Ingo Knöfler, Sagastägstrasse 8, 7220 Schiers
Zur Zeit Odachlos
Vertretender Adlatus per Vollmacht Adrian Schmid (Beilage 1)

EINSCHREIBEN

Grischa Transporte AG
(D.U.N.S. 48-347-7964 Einzelfirma)
C/O Reto Herrmann (Geschäftsführer/Vollhafter)
C/O Sandro Herrmann (Geschäftsführer/Vollhafter)

Datum: 24. November 2024

Sowie sonstige Angestellte/Vollhafter ihrer Firma

Grossbruggerweg 2
7004 Chur

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz

Ihre weiteren rechtswidrigen Handlungen unter Täuschung im Rechtsverkehr und die Annahme diverser Aufträge ihrer privaten Auftraggeber führt weiter zur Obdachlosigkeit, wie auch den Diebstahl des Eigentums des Unterzeichners den sie als priavate Firma mit zu verantworten haben, Beilagen 4,6,7. Entsprechend der Beilage 7 sind die o.g. Vollhafter in privater Haftung, was umgehend zum Schadenersatz führt und zu begleichen ist bis in die 3. Generation. Sie werden daher Verpflichtet das Eigentum des Unterzeichners solange auf ihre Kosten Sicher Einzulagern mit bedingungslosen Zugriff auf das Eigentum des Unterzeichners, binnen 3 Tagen nach Zustellung dieses Schreibens, bis eine andere Wohnung zur Verfügung gestellt wird ! Die Frist endet spätestens am 29.11.2024 und ist mit dem Adlatus Adrian Schmid in Beilage 1 entsprechend zu koordinieren respektive Abzuklären. Sollte in der Zwischenzeit Schäden des Eigentums des Unterzeichners Aufgetreten sein, weil Akkubetriebene Gerätschaften nicht geladen werden konnten (z.b. Laptop sonstige Hochsensible Elektronik), so führt dies Automatisch zum Schadenersatz.Sollten sie oder Angestellte ihrer privaten Firma das Eigentum des Unterzeichners unter Täuschung falscher Tatsachen ihrer Auftraggeber verkaufen, veräussern, vernichten oder sonst in irgend einer Form beschädigen so wird der Unterzeichner Schadenersatz geltend machen bis in die 3. Generation ihrerseits.

Grüezi

Reto Herrmann (Geschäftsführer/Vollhafter)
Sandro Herrmann (Geschäftsführer/Vollhafter)

Sowie sonstige Stellvertreter/Angestellte/Vollhafter ihrer Firma die zur Mitwirkung der Obdachlosigkeit wie auch wegen schweren Diebstahls/Zwangsenteignung/Unterschlagung im Namen ihrer Auftraggeber (Beilage 4,6,7) mitgewirkt haben.

Der Unterzeichner gibt ihnen hiermit die Einmalige Möglichkeit ihr Rechtswidriges Schwerstkriminelles Handeln, wie Menschenrechts verletzend seine Obdachlosigkeit und Rechtswidrige Enteignung des Eigentums des Unterzeichners sofort zu beenden was sie Vorsätzlich und willkürlich zu verantworten haben da sie von kriminellen Vereinigungen respektive private Firmen, Aufträge angenommen haben. Kurz um sie wie auch ihre Mitarbeiter des Transport Unternehmens Grischa AG (Beilage 5) Haften Privat mit ihrem gesamten Vermögen bis in die 3 Generation.

Ihnen sollte bekannt sein, dass es die öffentlich-rechtlichen Institutionen wegen der von Politik und Verwaltung eigenmächtig umgesetzten Privatisierung nicht mehr gibt. Die politische Absicht ist im Fusionsgesetz (FusG; SR 221.301) definiert, indem es ***die privatrechtlichen Voraussetzungen festlegt, unter welchen Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern fusionieren, … können***. Rechtsträger sind gemäss Fusionsgesetz nicht nur Gesellschaften, Stiftungen und im Handelsregister eingetragene Einzelfirmen, sondern auch Institute des öffentlichen Rechts. Rechtsträger sind nur Gesellschaften mit einem Handelsregistereintrag. Das bedeutet, dass sie dann wirtschaftliche Unternehmen im Sinne von Art. 52 Abs. 2 Zivilgesetzbuch sind.

Bei der Umwandlung von SBB und PTT wurde eigens dazu ein Gesetz verabschiedet und öffentlich diskutiert. Am Schluss stand das Referendum offen, das nicht ergriffen wurde. Wenn der dahintersteckende Betrug ausgeblendet wird, ist alles formell mehr oder weniger korrekt abgelaufen.

Verschiedentlich wurde mittels Abstimmungen versucht, die kommunalen Gemeindewerke in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Die Bevölkerung vereitelte diese Absicht mehrheitlich. Damit wurde jedoch in Präjudiz geschaffen, dass es für jede Umwandlung eine Volksbefragung geben muss. Aufgrund der einschneidenden Veränderungen ist das so oder so zwingend. Alles Weiteres siehe im Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*[1] (Beilage 2)

Solange das Volk die Umwandlung einer Institution zu einer Kapitalgesellschaft nicht in einer Abstimmung genehmigt, wird auch keine hoheitliche Legitimität übertragen. D.h. alle diese neu gegründeten Unternehmen sind deshalb nicht befugt, hoheitlich tätig zu sein, weil nie eine Volksbefragung durchgeführt wurde. Weiter müssen neue Unternehmen, damit sie eine juristische Rechtspersönlichkeit erhalten und damit Handel betreiben dürfen, zusammen mit den Handlungsberechtigten, im Handelsamtsblatt (SHAB) veröffentlicht werden und im Handelsregister öffentlich einsehbar sein. Aber das sind sie nicht. Dies wurde bereits 2017 aus einem Handelsregister bestätigt, dass alles eingetragen ist. Die Konsequenz davon ist, dass diese Unternehmen formell gar nicht existieren, weshalb sie auch keine Angestellte beschäftigen dürfen. Deshalb haften diese Pseudo-Angestellten für alles Handeln oder Nichthandeln privat und damit mit ihrem eigenen Vermögen. Weiteres siehe in *Die Privatisierung im Gesamtkontext*[1].

La Confédération Suisse (Schweizerische Eidgenossenschaft) wurde im Jahre 2014 in die höchste Muttergesellschaft (Ultimate Parent) umgewandelt. Sie hat ihren Sitz irgendwo in Belgien und beinhaltet total 999 Tochtergesellschaften (Subsidiaries) und Zweigniederlassungen (Branches). Das bedeutet, spätestens seit dieser Anmeldung erloschen in der ganzen Schweiz die letzten Institutionen und wurden Teil dieser Holding-Aktiengesellschaft.[1]

1. Übergeordnete Prozesse und Ziele

Die vorgängig beschriebenen Sachverhalte ereignen sich nicht einfach so per Zufall. Die Privatisierung ist nur eines von weiteren Beispielen. So wurde beispielsweise in den 1950er Jahren die parlamentarische

[1] www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Ideologie Behörden als Unternehmen → Die Privatisierung im Gesamtkontext
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/kontext_privatisierung.pdf

Oberaufsicht durch die Parlamente aufgehoben mit der Folge, dass nachher die Gerichte begannen willkürlich zu urteilen.[2]

Die Privatisierung und die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht zeigen, dass diese Prozesse von langer Hand geplant werden. Dahinter kann nur eine sehr grosse, mächtige und geheime Organisation stecken, die Parlamente, Regierungen, Gerichte, Verwaltung, Universitäten und Medien kontrolliert.

Spätestens jetzt muss man sich grundlegende Gedanken machen, wer das alles organisiert. Das ist nicht einfach, weil die Menschheit in einer falschen Informationsblase gefangen ist, denn sie kennt weder die tatsächliche Geschichte der letzten Jahrtausende und weiss schon gar nicht, wie Führung und Herrschaft ausgeübt werden.[3] Die Gesellschaft glaubt lediglich an die Narrative, die ihr von Kirche, Politik, Universität, Schule und Medien angedreht werden. Zudem wurde sie durch verschiedenste Massnahmen verdummt, um sie unter Kontrolle zu halten. Siehe Kapitel 3 im Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*[1].

Wenn man sich aufgrund seiner einschlägigen Erfahrung mit «Behörden» zur Aufgabe macht, hinter die Kulissen zu schauen und den Augiasstall zu beschreiben, damit er ausgemistet werden kann, wird man automatisch noch sehr viel mehr an die Oberfläche befördern. Die Lehre der drei Welten[4] ist so ein Thema, die völlig unbekannt ist, die mit dem Entstehen der Religionen vorsätzlich zerstört wurde. Erst dieses Wissen befähigt einem, nachdem man sich in der Geschichte kundig gemacht hat, die Absicht der Religionen zu durchschauen. (Beilage 3).[5]

Diese Voraussetzungen ermöglichten es, die geheime Offenbarung (Offb 5,1) des Schöpfungs- und Heilsplan Gottes, seinen detaillierten Entwurf für die ganze Wirklichkeit, für die Menschen, für die Dinge, für die Ereignisse, wie es Papst Johannes Paul II. im Schreiben *Ecclesia in Europa*[6] in Position 44 beschrieb, zu entschlüsseln, obschon er gleichzeitig festhielt: *«Kein geschaffenes Wesen, weder im Himmel noch auf der Erde, ist imstande, ‹das Buch zu öffnen und es zu lesen› (Offb 5,3), das heisst seinen Inhalt zu verstehen.»*

So sind die beiden Weltkriege bereits in der Offenbarung der Bibel kryptisch mit Geburtswehe (Offb 12,1-2), beschrieben. Das Rätsel konnte aber nur im Zusammenhang mit dem Angelusgebet[7] und den weiteren Kenntnissen gelöst werden. Allerdings ist in der Offenbarung von drei Geburtswehen die Rede. In Politik und Medien ist aber bereits von einem Dritten Weltkrieg die Rede. Alle drei Weltkriege wurden bereits 1871 vom Hochgradfreimauerer Albert Pike beschrieben. Das Szenario der ersten beiden stimmt mit der Ausführung überein und die sichtbaren Ereignisse bestätigen, dass auch der Dritte Weltkrieg korrekt prophezeit wurde.

In der Erklärung Gravissimum educationis (GE)[8] beschreibt Papst Paul VI., *«Die Studenten dieser Anstalten* (Hochschulen) *sollen zu Menschen herangebildet werden, die in ihrer Wissenschaft bestens bewandert, wichtigen Aufgaben im öffentlichen Leben gewachsen und Zeugen des Glaubens in der Welt sind.»* Das bedeutet, diese Studenten werden im Studium so konditioniert, damit sie die tatsächlichen

---

2 www.brunner-architekt.ch → Politik → Geschichte im Zusammenhang → Das manipulierte Rechtssystem, Kapitel 4 bis 7. https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem.pdf

3 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Herrschaft
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/herrschaft.pdf

4 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Einführung in die Lehre der drei Welten
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/einfuehrung_in_die_lehre_der_drei_welten.pdf

5 https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/analyse_religionen_kurz.pdf

6 https://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost_exhortations/documents/hf_jp-ii_exh_20030628_ecclesia-in-europa.html

7 https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Engel_des_Herrn

8 https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_gravissimum-educationis_ge.html

Zusammenhänge aufgrund der verschiedenen isolierten Ideologien gar nicht verstehen und lediglich das umsetzen, was ihnen im Studium erzählt wurde. Schlussendlich haben sie ein «Lizenziat» oder «Titel» erlangt und damit «wissen» sie was angeblich «Sache» ist. Genau das ist der Trugschluss. Das zu verstehen ist nicht einfach. Die weitere Vertiefung dieser Analyse[5], die gegenwärtig in Arbeit ist, bestätigt, dass in den letzten sechs Jahrtausenden alles systematisch verdreht wurde.

Der Dritte Weltkrieg begann nicht erst am 7. Oktober 2023, mit dem Angriff der Hamas auf Israel. Er begann auch nicht mit der Sonderoperation in der Ukraine. Der Dritte Weltkrieg begann mit der Covid-Pandemie, womit nicht nur aus gesundheitlichen Überlegungen, sondern auch aus organisatorischer bzw. geschichtlicher Sicht belegt ist, dass die Pandemie künstlich erzeugt wurde. Die Pandemie ist ein Völkermord, der bis Ende 2023 rund 35 Millionen Todesopfer forderte. Dabei sind die noch zu erwartenden Opfer dieser «Impfung», einer biologischen Waffe, noch nicht enthalten. Diese Zahl wird noch sehr viel höher werden, wenn noch weitere «Impfungen» dazukommen, die bereits angekündigt sind.

Der Dritte Weltkrieg beinhaltet auch, die Steuerungszentren vom Westen in den Osten zu verlegen, also von Washington nach Peking und von London nach Teheran. Das wird bis 2050 vollzogen sein. Der Westen wird jedoch gleichzeitig wirtschaftlich zerstört, auch wenn Politik und Medien im Westen etwas anderes behaupten. Das kann man spätestens mit den Sanktionen des Westens gegen Russland, aber auch gegen China leicht erkennen, denn sie schaden dem Westen sehr viel mehr als dem Osten. Deshalb darf man nicht an die westliche Propaganda glauben, sondern muss sich seine eigenen Überlegungen anstellen. Gleichzeitig soll mit der Ideologie der Klimakatastrophe Öl, Gas und Kohle durch «erneuerbare» Energien substituiert werden. Rein technisch ist das mit den zur Verfügung gestellten Technologien mit dieser Leistung nicht möglich und schon gar nicht in dieser kurzen Zeit. Deshalb kann allein daraus erkannt werden, dass diese Ideologie der Bevölkerung massiv schadet. Mit anderen Techniken, die schon lange vorhanden sind, wäre es möglich Energie zu erzeugen, die ausser der Technik nichts kostet. Doch das will die Elite nicht, weil sonst mit dem CO2 keine Klimakatastrophe beschworen werden könnte.

Es gibt verschiedene Gründe, weshalb der Westen, insbesondere die USA auf der Talfahrt ist und die Hegemonie verliert. Einer davon ist, dass das 1974 geschlossene Abkommen der USA mit Saudi-Arabien immer mehr bröckelt und China bereit ist, Yuan für Öl zu drucken. Der Grund: Die stete Ausweitung der Dollar-Menge stellt die Verlässlichkeit des Dollars zunehmend in Frage und die USA können nichts dagegen unternehmen. Zudem arbeiten die BRICS-Länder daran, eine alternative Währung für den Dollar zu schaffen, die nicht von westlichen Sanktionen betroffen ist. Über die Gründe siehe Kapitel 10.1.3, Unterkapitel Finanzwirtschaftliche Neuordnung.[1] Deshalb prophezeite der Präsident der Europäischen Kommission, Jean Claude Juncker: *In 30 Jahren wird kein EU-Land mehr bei der G7 sein*.

Mit der Sonderoperation wurde der Gaszufluss aus Russland nach Europa massiv erschwert, dafür fliesst sehr viel mehr gegen Osten, der sich nicht an der Ideologie Klima orientiert. Bis Ende 2024 fliesst nur noch Gas durch eine Leitung durch die Ukraine nach Mittel- und Westeuropa. Die Ukraine wird den auslaufenden Vertrag nicht mehr erneuern, was die Energieverknappung massiv erhöhen wird. Wenn nun der Nahostkrieg richtig los geht, wird der Suezkanal gesperrt werden und der Ölpreis wird explodieren. Das wird insbesondere in Europa existentielle Nöte hervorrufen, die Wirtschaft zusammenbrechen lassen und die Deindustriealisierung massiv fördern. Die Folgen sind u.a. Heere von Arbeitslosen, womit die Aussage vom WEF-Gründer Klaus Schwab, *«Bis in zehn Jahren (2030) werden Sie nichts mehr besitzen und glücklich sein.»* Realität werden. Das ist alles von langer Hand geplant und wird gemäss Brief von Albert Pike mit weiteren Ereignissen einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch auslösen.

Wenn die illegale Privatisierung nicht umgehend eingestanden wird, wird dieses «biblische» Szenario auch die Schweiz mit allen Folgen unerbittlich eintreffen. Die Auswirkungen werden fatal sein. Wenn jedoch die illegale Privatisierung umgehend eingestanden wird, haben wir zumindest die Möglichkeit, von einem Teil dieser Folgen verschont zu bleiben. Viel Zeit ist nicht mehr vorhanden, denn es ist mehr als fünf vor Zwölf. In jedem Fall tragen nebst den einschlägigen Organisationen alle Pseudo-Angestellten dieser Pseudo-Unternehmen die volle Verantwortung, was auf uns zukommen wird.

2. Das bestehende Recht

Wenn nur die Zwecke erreicht werden, so ist es gleichgültig, unter welcher Hülle es geschieht [...] Hören und erstaunen Sie: Nach diesem Gesichtspunkt richtet und bestimmt sich die ganze Moral und Begriffe von Recht und Unrecht erhalten erst dadurch die nöthige Berechtigung [...] [9]

Johann Adam Weishaupt (1748-1830), Jesuit, Gründer des Illuminatenordens, Hochschullehrer und Philosoph an der Universität von Ingolstadt

Die Gründung der Nationalstaaten war eine Folge der Französischen Revolution, die beide von Babylon[10] durch deren babylonischen Geheimorganisationen verdeckt organisiert und geführt wurden. Die Vertreter dieser Geheimorganisationen sitzen nicht erst seither in Politik, Gerichten und Verwaltung. Sie alle setzen den Willen von Babylon gegen die Bevölkerung im «Namen des Volkes» mittels Täuschung und Betrug durch, unabhängig davon, ob sie vorsätzlich oder aus Unwissenheit handeln.

Wie im Aufsatz *Herrschaft*[3] und in der Analyse[5] erklärt, gibt Babylon die Ideologien vor und die Universitäten setzen sie, zusammen mit den Regierungen und den Staatsverwaltungen, in Gesetze um und die Parlamente tun so, als ob die politischen Parteien gegeneinander kämpfen. Unter dem Strich ist alles von aller Anfang an abgekartet.

Völkermord ist nicht nur gemäss dem Schweizer Recht, sondern auch aufgrund des internationalen Rechts ein Verbrechen. Aber es sind ausgerechnet die «Offiziellen», die babylonischen Steigbügelhalter, die diese Normen gegen Völkermord erlassen haben, ihn jedoch gegen die eigene Bevölkerung umsetzen. Sie sind immer noch der Meinung, Sie würden straffrei davonkommen. Damit haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Da die Bundeskanzlei bereits am 30. August 2002 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, sind seither keine neuen Rechtserlasse mehr gültig. Inwieweit die Gesetzgebung aufgrund des gewaltigen Betrugs schlussendlich zurück annuliert werden muss, hat eine spätere Untersuchung und ein politischer Volksentscheid zu bestimmen. In der Folge wird beim Zitieren der Gesetze vom Stand per 2002 ausgegangen.

2.1 Internationales Strafrecht

Auf internationaler Ebene steht das Übereinkommen vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (SR 0.311.11) im Vordergrund. Die Schweiz hat dieses Übereinkommen am 7. September 2000 ratifiziert und es trat am 6. Dezember 2000 in Kraft. Darin heisst es u.a.:

Art. II In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

---

9 Carmin E.R., *Das schwarze Reich. Okkultismus und Politik im 20. Jahrhundert*, Verlag Ralph Tegtmeier, 1994, 632 Seiten, ISBN 3924613303, Seite 428.
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/carmin_das_schwarze_reich.pdf

10 Im Folgenden wird der Begriff ‚Babylon' und ‚babylonisch' als Synonym für Fremdherrschaft über die Menschen eingesetzt. Weiteres in www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen) → Kurzfassung
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zerstoerung_3_welten_kurzfassung.pdf

d) Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Art. III Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:

a) Völkermord,

b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord,

c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord,

d) Versuch, Völkermord zu begehen,

e) Teilnahme am Völkermord.

Art. IV Personen, die Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen begehen, sind zu bestrafen, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind.

Da die «Offiziellen» dieses Übereinkommen abgeschlossen haben, sind sie davon ausgegangen, dass sie ungeschoren davonkommen werden.

Seit der Inkraftsetzung fallen vor allem die ganze Gender-Ideologie unter Art. II, lit. d und mit dem Beginn des Dritten Weltkrieges und der Covid-Pandemie mit der «Impfung», die nie schützte und eine biologische Waffe ist, wurden Art. II, lit. c und d verletzt.

Griffiger ist hingegen Art. III, insbesondere lit. b, Verschwörung zur Begehung von Völkermord und c, unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord. Mit diesem Artikel ist es möglich, den Sumpf trocken zu legen und die Verantwortlichen, insbesondere die Mitglieder dieser babylonischen Geheimorganisationen und ihren Steigbügelhaltern, die das Licht scheuen, zur Rechenschaft zu ziehen. Dass das bis heute noch nicht gemacht wurde, liegt einerseits daran, dass der Hintergrund zur Entstehung des Dritten Weltkriegs noch nie grundsätzlich aufgedeckt wurde, wie das Papst Johannes Paul II. auch bestätigt. Andererseits stehen dazu die kriminellen babylonischen Organisationen im Wege, die in der Staatsverwaltung alles mit weiteren Verbrechen verhindern.

2.2 Das Schweizer Strafrecht

Nachstehend werden einige relevante Artikel des Schweizer Strafrechts genauer betrachtet, damit Sie erkennen, wie tief Sie im Sumpf stecken, in dem es Ihnen so gut gefällt:

2.2.1 Kriminelle Organisation

Art. 260ter Kriminelle Organisation

1. Wer sich an einer Organisation beteiligt, die ihren Aufbau und ihre personelle Zusammensetzung geheimhält und die den Zweck verfolgt, Gewaltverbrechen zu begehen oder sich mit verbrecherischen Mitteln zu bereichern,

wer eine solche Organisation in ihrer verbrecherischen Tätigkeit unterstützt,

wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

2. Der Richter kann die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 66), wenn der Täter sich bemüht, die weitere verbrecherische Tätigkeit der Organisation zu verhindern.

3. Strafbar ist auch, wer die Tat im Ausland begeht, wenn die Organisation ihre verbrecherische Tätigkeit ganz oder teilweise in der Schweiz ausübt oder auszuüben beabsichtigt. Artikel 3 Ziffer 1 Absatz 2 ist anwendbar.

Auch wenn das Strafgesetzbuch erst 1942 in Kraft trat, wurden bereits vor 6000 Jahren die ersten kriminellen Organisationen gegründet, ansonsten die Menschheitsgeschichte seither ganz anders verlaufen wäre. Spätestens mit der illegalen Privatisierung, indem die gekaperten Institutionen zu Unternehmen

ohne Rechtspersönlichkeit umfunktioniert wurden, entstanden damit weitere gewerbsmässige kriminelle Organisationen. Sie bedienen sich aller Praktiken, die strafrechtlich von Bedeutung sind.

Die einzelnen «Mitarbeiter» dieser Pseudo-Unternehmen, sind arbeitsrechtlich formell gar nicht angestellt, auch wenn sie ihren Lohn (vorläufig noch) regelmässig erhalten. Sie haben deshalb keinen Rechtsschutz für Fortzahlung des Lohnes und können daher höchstens jene privatrechtlich einklagen, die sie eingestellt haben, aber nicht die entsprechende Unternehmung, weil sie formell nicht existiert. Letzteres ist auch der Grund, weshalb z.B. die Polizisten eine Privathaftpflichtversicherung abschliessen und diese selbst bezahlen müssen. Sehr wahrscheinlich besitzen diese «Mitarbeiter» nicht einmal einen schriftlichen Arbeitsvertrag, trotzdem tragen sie für alles Handeln selbst das volle Risiko. Sie wurden vom Opfer zum Täter.

Diese Pseudo-Unternehmen arbeiten daher wie die Mafia. Der einzige Unterschied ist lediglich, dass bei der Mafia allgemein bekannt ist, dass sie eine kriminelle (babylonische) Organisation ist. Bei den Pseudo-Unternehmen ist das noch zu wenig im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Diese Pseudo-Unternehmen sind daher nichts anderes als kriminelle Organisationen (Art. 260ter) und deren Pseudo-Angestellten sind ihre Mitglieder, für die sie gewerbsmässig arbeiten. Es besteht also ein wirtschaftliches Motiv, vorsätzlich Verbrechen zu begehen. Da diese Pseudo-Angestellten bereits mehrfach über ihr illegales Handeln in Kenntnis gesetzt wurden, handeln sie vorsätzlich und erst noch gewerbsmässig, ansonsten hätten sie ihre Tätigkeit schon längstens einstellen und alle Massnahmen ergreifen müssen, dass keine weiteren Verbrechen begangen werden. Das haben sie bis heute vorsätzlich unterlassen.

Zusätzlich arbeiten diese Pseudo-Angestellten in diesen Pseudo-Unternehmen für die kriminellen geheimen babylonischen Organisationen, die alles organisieren und kontrollieren. Das heisst sie unterstützen diese gemäss Art. 260ter, Abs. 1. Da sie nachweislich über ihre Situation ins Bild gesetzt wurden, sie aber nach wie vor weiterarbeiten, handeln sie auch hier willentlich.

Wenn nun diese Pseudo-Angestellten dieser Pseudo-Unternehmen es nicht bemerken wollen, dass sie Mitglied einer kriminellen Organisation sind und zudem eine andere kriminelle Organisation unterstützen oder gar Mitglied sind, so kann man sie, ob in einer privaten Unternehmung oder künftig in einer Institution nicht gebrauchen.

2.2.2 Rassendiskriminierung

Über den Artikel 261bis, Rassendiskriminierung, des Strafgesetzbuches (SR 311.0) wurde erstmals am 25. September 1994 abgestimmt.[11] Im Vorfeld zeichnete sich eine Niederlage der Vorlage ab. Deshalb wurde der Präsident der SVP, Christoph Blocher, ein Hochgradfreimaurer und späterer Bilderberger, vom B'nai Brith-Logenbruder Sigi Feigel[12] «vorgeladen». Während diesem Gespräch «befahl» er ihm, während der Abstimmung einen Strategiewechsel vorzunehmen, d.h. die Nein-Parole herauszugeben, weshalb die Vorlage schlussendlich angenommen wurde. Diese Strafnorm trat am 1. Januar 1995 in Kraft.

Dieser Artikel ist bewusst vage definiert, um im Rahmen des entstandenen Wahrheitsministerium[13] mehr «Spielraum» zu haben, damit die Ziele von Babylon durchgesetzt werden können.

Die definierte Rassendiskriminierung umfasst ebenfalls die Leugnung, Verharmlosung oder die Rechtfertigung von Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist aber politisch gleichzeitig beabsichtigt, einen Völkermord zu begehen, d.h. diesen im Rahmen des Dritten Weltkriegs zu vollziehen.

---

11 https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/rf/cr/1993/19930176.html

12 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/gra_medienmitteilung_sigi_feigel_terrase.pdf

13 Orwell George, *Neunzehnhundert-Vierundachtzig*, Originalausgabe *Nineteen Eighty-Four*, Diana, 21. Auflage 1973, 458 Seiten, ISBN ISBN 387158035X. www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/orwell_george_1984.pdf

Diese Entwicklung wird nicht nur von der Politik, der Verwaltung und dabei ganz besonders von den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten sowie den Universitäten und Medien nach Kräften geschürt. Dazu kommen alle babylonischen Steigbügelhalter sowie die verschiedenen babylonischen Vereine und Stiftungen, wie z.B. die babylonische Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), die vom B'nai Brith-Bruder Sigi Feigel gegründet wurde.

Es kommt nicht darauf an, was oder wie man etwas sagt, denn entscheidend ist das Resultat, ob es beispielsweise zu einem Völkermord kommt oder nicht.

Inzwischen ist es eine offensichtliche Tatsache geworden, auch wenn sie in der öffentlichen Diskussion wie alles zerredet wird, dass es in Gaza an den Palästinensern bereits zu einem ersten Völkermord, provoziert von der Hamas (These) und angerichtet von den Israelis (Antithese), gekommen ist. Wie wir aber wissen, konnte der Staat Israel nur mittels der beiden ersten Weltkriege errichtet werden. Das heisst, alle «offiziellen» Narrative und Ideologien rund um die Weltkriege und vor allem um den Holocaust waren ein Mittel, die bewusst falsch informierte Gesellschaft zu manipulieren, um eben diesen Völkermord im Rahmen des Dritten Weltkrieges vollziehen zu können, damit daraus die Synthese entsteht. Der Artikel 261bis, Rassendiskriminierung, des Strafgesetzbuches ist daher lediglich Mittel zum Zweck, den Völkermord zu vollziehen, und nicht um ihn zu verhindern! Auf diese Weise wird sachliche und damit berechtigte Kritik an den ideologischen Narrativen bestraft.

Das lässt sich im Detail an verschiedenen Handlungen ableiten, wie z.B. am Schreiben des Zuger Bildungsdirektors Stephan Schleiss an die Kantonsschullehrer, keine Kritik an Israel aufkommen zu lassen oder die polizeiliche Auflösung der Gaza-Proteste an verschiedenen Universitäten der Schweiz im März 2024. Auch die Internationale Palästina-Konferenz in Berlin vom 12. April 2024 sowie verschiedene Proteste an Universitäten der USA, aber auch in anderen Ländern, wurden polizeilich aufgelöst. Daran nahmen auch Juden teil, die mit dem Vorgehen nicht einverstanden sind.

Das zeigt einmal mehr, für wen Parlamente, Regierungen, Staatsverwaltung, Universitäten, Kirche und Medien arbeiten: Für Babylon und deren kriminellen Organisationen. Daher ist alles, was der Bevölkerung «offiziell» vorgegaukelt wird, lediglich Propaganda!

> *Die grössten Triumphe der Propaganda wurden nicht durch Handeln, sondern durch Unterlassung erreicht. Gross ist die Wahrheit, grösser aber, vom praktischen Gesichtspunkt, ist das Verschweigen von Wahrheit* [14]
>
> *Aldous Leonard Huxley (1894-1963), britischer Schriftsteller und Mitglied des Komitees der 300*

Die skizzierten Aufdeckungen sowie die Art der Reaktion der «Offiziellen» bestätigen, dass es nur um Propaganda handeln kann.

Wegen der Rassismus-Strafanzeige der Polizei Basellandschaft gegen den Architekten Alex Brunner entstand die vorher genannte Analyse[5]. Damit unterstützt die Polizei als Teil der Strafverfolgungsbehörden vorsätzlich jene Massnahmen, damit der Dritte Weltkrieg mit einem gewaltigen Völkermord, der Enteignung und der Versklavung der Bevölkerung umgesetzt werden kann. Anstatt diese Verbrechen zu verhindern, fördert sie diese jedoch vorsätzlich, womit zweifelsfrei bewiesen ist, dass die Polizei Basellandschaft – stellvertretend für alle anderen Pseudo-Unternehmen – nur Babylon huldigt. Die Zürcher Staatsanwaltschaft – wiederum stellvertretend für alle anderen Pseudo-Unternehmen – und als weiterer Teil der Strafverfolgungsbehörden huldigt damit ebenso nur Babylon und die Parlamente waschen ihre Hände in Unschuld und vorsätzlicher Teilnahmslosigkeit, weil dieses Szenario Absicht ist. Zudem dürfen Sie nicht in laufende Verfahren eingreifen. Und die abgeschlossenen Verfahren «dürfen» sie angeblich wegen der sich selbst, still und heimlich auferlegten Gewaltenteilung infolge der Aufhebung parlamentarischen Oberaufsicht, der Aufhebung der Führungstätigkeit Kontrolle, nicht einsehen, womit sie die Willkür vorsätzlich provozierten. Schlussendlich sind sie die vorgeschobenen Drathzieher, indem sie die

---

[14] Huxley Aldous, *Schöne neue Welt*, Fischer, 1981, Original *„Brave new World"* 1932, 260 Seiten, ISBN 3596200261, Seite 13. www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/wells_die_offene_verschwoerung.pdf

Bevölkerung vorsätzlich enteignen und versklaven wollen, um sie mit einem weiteren Völkermord zu redizieren oder ganz zu zerstören.

Aus dem gleichen Grund ist ebenfalls die Broschüre *Staatsverweigerer und Selbstverwalter – Informationen und Hinweise zum Umgang*[15], herausgegeben von der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP), einer interkantonalen Fachstelle der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), lediglich «offizielle» Propaganda.

Deshalb ist die Aussage, *«Parlamente, Regierungen, Gerichte, Staatsverwaltung, Universitäten und Medien sind der Feind einer freien Gesellschaft.»* korrekt. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich.

2.2.3 Völkermord

Im Strafgesetzbuch sind die Vorbereitungshandlungen in Art. 260bis und der eigentliche Völkermord in Art. 264ff. definiert:

Art. 260bis Strafbare Vorbereitungshandlungen

1 Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis wird bestraft, wer planmässig konkrete technische oder organisatorische Vorkehrungen trifft, deren Art und Umfang zeigen, dass er sich anschickt, eine der folgenden strafbaren Handlungen auszuführen:

Art. 111	Vorsätzliche Tötung
Art. 122	Schwere Körperverletzung
Art. 183	Freiheitsberaubung und Entführung
Art. 264	Völkermord.

Die Covid-Pandemie und die Vorbereitung der weiteren Pandemien sowie auch der globale Pandemievertrag der WHO fallen unter diesen Artikel, genau gleich wie alle provokativ verordneten Massnahmen, damit es auch in der Schweiz zu einem Völkermord und Bürgerkrieg kommt.

Art. 264 Völkermord

Mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren wird bestraft, wer, in der Absicht, eine durch ihre Staatsangehörigkeit, Rasse, Religion oder ethnische, soziale oder politische Zugehörigkeit gekennzeichnete Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten:

a. Mitglieder dieser Gruppe tötet oder auf schwerwiegende Weise in ihrer körperlichen oder geistigen Unversehrtheit schädigt;
b. Mitglieder der Gruppe Lebensbedingungen unterwirft, die geeignet sind, die Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten;
c. Massnahmen anordnet oder trifft, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

Unter lit. a. fallen vor allem die künstlich ausgelöste Covid-Pandemie sowie die Covid-«Impfung», aber auch alle Massnahmen, um unser spirituelles/geistiges Potential zu senken. Das fängt bei der Negierung des Lebens an, indem es das Spirituelle offiziell nicht gibt. Deshalb werden alle Massnahmen im Gesundheitswesen und im Lebensmittelbereich auf materielle Werte reduziert und der Inhalt des gesunden geistigen Potentials wird nicht nur negiert, sondern Esswaren, Körperpflegeprodukte und Arzneimittel mit schädlichen Substanzen verunreinigt. Lebensmittel werden zudem gezielt so gezüchtet, damit sie keine Inhaltsstoffe mehr haben, womit sie den Namen Lebensmittel nicht mehr verdienen. Deshalb wird nur noch von Nahrungsmitteln gesprochen. Eine Folge davon ist z.B. Fastfood. Bei Ratten ist bekannt, wenn sie mit Fastfood gefüttert werden, dass sie in der dritten Generation unfruchtbar sind. Zusätzlich werden natürliche Heilmittel verboten, um die Menschen krank zu halten. Damit verbrauchen die

[15] https://www.skppsc.ch/de/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/staatsverweigerer_broschuere_de.pdf

Menschen ihr spirituelles Potential schneller, weshalb sie nicht nur schneller krank und alt werden, sondern vor allem besser kontrollier- und manipulierbar werden. Weiteres siehe im Kapitel 3 im Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*.[1]

Zu lit. b. passt vor allem die Gängelung mit Zugangsbeschränkungen etc. während der Pandemie, um die «Impfung» besser durchsetzen zu können, die die Menschen körperlich und geistig schädigt und sie gezielt, mit Ausnahmen nicht sofort, aber in Raten, umbringt. Deshalb sind die Geimpften seither immer mehr krank und sterben immer mehr.

Unter lit. c. fallen alle Massnahmen zum Gender-Wahnsinn, wie die verschiedenen Geschlechter und Medikamente, z.B. Pubertätsblocker etc. Sie alle sind darauf ausgerichtet, die Geburtenrate zu senken.

Da seit der Privatisierung der Institutionen keine Legitimität vorhanden ist, können beispielsweise die neuen Strafnormen per 1. Januar 2011 keine Kraft entwickeln. Das betrifft vor allem die neuen Bestimmungen über die Strafbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere auch Art. 264l. Darin wird definiert, dass der Untergebene der auf Befehl eines Vorgesetzten oder auf Anordnung von vergleichbarer Bindungswirkung eine Tat nach dem zwölften Titel^{bis} oder dem zwölften Titel^{ter} begeht, nur strafbar ist, wenn er sich der Strafbarkeit der Handlung zur Zeit der Tat bewusst war. Die Titel^{bis} und Titel^{ter} umfassen die Kapitel Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Kriegsverbrechen.

Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde am 12. Juli 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Auch deshalb konnten diese neuen Artikel nicht in Rechtskraft erwachsen.

Mit dieser Änderung wurde versucht, das Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (SR 0.311.11) zu unterlaufen, denn dieses gilt für regierende Personen, öffentliche Beamte und für private Einzelpersonen. Durch die illegale Privatisierung wurden alle Regierenden und Beamten zu privaten Einzelpersonen, die einzeln haftbar sind. Gleichzeitig wurde mit diesen Artikeln versucht, die Gleichgültigkeit zu fördern, indem nun jeder behaupten kann, *«Ich führe nur einen Befehl aus!»* und *«Ich weiss von nichts!»*.

Bei der Polizei wurde diese Gleichgültigkeit bereits im Jahre 2000 mit dem finalen Rettungsschuss legitimiert, indem der Bündner Polizeikommandant einen sogenannten «Amokschützen» vorsätzlich erschiessen liess. Bis zum Beweis des Gegenteils ist davon auszugehen, dass dieser «Amokschütze» im Vorfeld von den «Behörden» so «intensiv behandelt» wurde, dass er keinen anderen Ausweg mehr sah. Ironie des Schicksals war, dass der gleiche Bündner Polizeikommandant und WEF-Sicherheitschef, Markus Reinhardt, am WEF 2010 selbst mit zwei Kugeln erschossen wurde. Er hat nicht, wie nachher behauptet wurde, Selbstmord begangen! Er wurde von WEF-Söldnern erschossen, weil er Banker abhörte.

2001 wiederholte sich die Gleichgültigkeit in Zug. Nachdem die Vorbringen von Friedrich Leibacher vorsätzlich kein Gehör fanden, sah er nur noch mit einem Attentat einen Ausweg. Sein eigentliches Hauptziel war Volkswirtschaftsdirektor Robert Bisig. Er verfehlte ihn. Leibacher beging ebenfalls keinen Selbstmord, sondern wurde von der Polizei erschossen. Bisig setzte nachher sei verräterisches Spiel im Kanton Ausserrhoden fort und war der grösste Gegenspieler des Säckelmeister Sepp Moser. Moser wurde aus der Regierung gemobbt, weil er einige Geschäfte in Frage stellte.[16] Er verstand jedoch die Politik ebenfalls nicht.

2.2.4 Verbrechen gegen den Staat, die Landesverteidigung und den Volkswillen

Die einschlägigen Artikel sind im Strafgesetzbuch im

- Dreizehnten Titel: Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung
- Vierzehnten Titel: Vergehen gegen den Volkswillen

von Art. 265 bis Art. 284 beschrieben. Es werden nur einige wenige Artikel aufgezählt.

---

[16] www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Manifeste → Der Spiegel → Kapitel 3.3.2, Seite 257 https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der_Spiegel.pdf

Der Hochverrat ist ein Straftatbestand, der auf den gewaltsamen Umsturz im Innern gerichtet ist. Im Gegensatz zum Hochverrat schwächt der Landesverrat den eigenen Staat in seiner Sicherheit gegenüber ausländischen Staaten. Die Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats dagegen zielt auf den gewaltlosen Umsturz durch Massnahmen im Innern mit Unterstützung von aussen ab.

Art. 265 1. Verbrechen oder Vergehen gegen den Staat. Hochverrat

Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, mit Gewalt die Verfassung des Bundes oder eines Kantons abzuändern,

die verfassungsmässigen Staatsbehörden abzusetzen oder sie ausserstand zu setzen, ihre Gewalt auszuüben,

schweizerisches Gebiet von der Eidgenossenschaft oder Gebiet von einem Kanton abzutrennen,

wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

Art. 266 Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft

1. Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist,

die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft zu verletzen oder zu gefährden,

eine die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gefährdende Einmischung einer fremden Macht in die Angelegenheiten der Eidgenossenschaft herbeizuführen,

wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

2. Wer mit der Regierung eines fremden Staates oder mit deren Agenten in Beziehung tritt, um einen Krieg gegen die Eidgenossenschaft herbeizuführen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.

In schweren Fällen kann auf lebenslängliche Freiheitsstrafe erkannt werden.

Art. 266bis Gegen die Sicherheit der Schweiz gerichtete ausländische Unternehmungen und Bestrebungen

1. Wer mit dem Zwecke, ausländische, gegen die Sicherheit der Schweiz gerichtete Unternehmungen oder Bestrebungen hervorzurufen oder zu unterstützen, mit einem fremden Staat oder mit ausländischen Parteien oder mit andern Organisationen im Ausland oder mit ihren Agenten in Verbindung tritt oder unwahre oder entstellende Behauptungen aufstellt oder verbreitet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.

2. In schweren Fällen kann auf Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr erkannt werden.

Art. 267 Diplomatischer Landesverrat

1. Wer vorsätzlich ein Geheimnis, dessen Bewahrung zum Wohle der Eidgenossenschaft geboten ist, einem fremden Staate oder dessen Agenten bekannt oder zugänglich macht,

wer Urkunden oder Beweismittel, die sich auf Rechtsverhältnisse zwischen der Eidgenossenschaft oder einem Kanton und einem ausländischen Staate beziehen, verfälscht, vernichtet, beiseiteschafft oder entwendet und dadurch die Interessen der Eidgenossenschaft oder des Kantons vorsätzlich gefährdet,

wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteile der Eidgenossenschaft führt,

wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

2. Wer vorsätzlich ein Geheimnis, dessen Bewahrung zum Wohle der Eidgenossenschaft geboten ist, der Öffentlichkeit bekannt oder zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.

3. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.

Art. 272 2. Verbotener Nachrichtendienst. Politischer Nachrichtendienst

1. Wer im Interesse eines fremden Staates oder einer ausländischen Partei oder einer andern Organisation des Auslandes zum Nachteil der Schweiz oder ihrer Angehörigen, Einwohner oder Organisationen politischen Nachrichtendienst betreibt oder einen solchen Dienst einrichtet,

wer für solche Dienste anwirbt oder ihnen Vorschub leistet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

2. In schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr. Als schwerer Fall gilt es insbesondere, wenn der Täter zu Handlungen aufreizt oder falsche Berichte erstattet, die geeignet sind, die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu gefährden.

Art. 275 3. Gefährdung der verfassungsmässigen Ordnung. Angriffe auf die verfassungsmässige Ordnung

Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmässige Ordnung der Eidgenossenschaft260 oder der Kantone rechtswidrig zu stören oder zu ändern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Art. 275bis Staatsgefährliche Propaganda

Wer eine Propaganda des Auslandes betreibt, die auf den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmässigen Ordnung der Eidgenossenschaft oder eines Kantons gerichtet ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Art. 275ter Rechtswidrige Vereinigung

Wer eine Vereinigung gründet, die bezweckt oder deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, Handlungen vorzunehmen, die gemäss den Artikeln 265, 266, 266bis, 271–274, 275 und 275bis mit Strafe bedroht sind,

wer einer solchen Vereinigung beitritt oder sich an ihren Bestrebungen beteiligt,

wer zur Bildung solcher Vereinigungen auffordert oder deren Weisungen befolgt,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Art. 282 Wahlfälschung

1. Wer ein Stimmregister fälscht, verfälscht, beseitigt oder vernichtet,

wer unbefugt an einer Wahl oder Abstimmung oder an einem Referendums- oder Initiativbegehren teilnimmt,

wer das Ergebnis einer Wahl, einer Abstimmung oder einer Unterschriftensammlung zur Ausübung des Referendums oder der Initiative fälscht, insbesondere durch Hinzufügen, Ändern, Weglassen oder Streichen von Stimmzetteln oder Unterschriften, durch unrichtiges Auszählen oder unwahre Beurkundung des Ergebnisses,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

2. Handelt der Täter in amtlicher Eigenschaft, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen. Mit der Freiheitsstrafe kann eine Geldstrafe verbunden werden.

Es gibt also genügend Möglichkeiten, die Illegalen an die Kandarre zu nehmen, zumal noch weitere Strafdelikte dazu kommen.

2.2.5 Übrige Strafrechtsartikel

In jedem Fall kommen die weiteren individuellen strafrechtlichen Handlungen wie Amtsanmassung (Art. 287), Betrug (Art. 146), Diebstahl (Art. 139), Raub (Art. 140), Ungetreue Geschäftsbesorgung (Art. 158), Hehlerei (Art. 160), Nötigung (Art. 181), Freiheitsberaubung (Art. 183), Hochverrat (Art. 265), Angriffe auf

die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft (Art. 266) etc. zur Anwendung und alle Funktionäre dieser illegalen Kapitalgesellschaften haften dafür privat!

Wie blöd muss man doch sein, dass man das nicht bemerkt, erst recht, nachdem man darauf aufmerksam gemacht wurde! Aber niemand wird behaupten, er/sie seien blöd, weshalb sie alle vorsätzlich kriminell handeln. Trotzdem gilt der Grundsatz: Nichtwissen schützt vor Strafe nicht!

2.3 Menschenrechtskonvention

Wie bereits in Kapitel 5, Ideologie Mensch/Person, im Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*[1] erklärt, machen die Menschenrechtskonventionen die Menschen zu Personen, einem juristischen Konstrukt, einem Strohmann, zum namensgebenden Menschen. Da die Wörter Mensch und Person als Synonyme behauptet werden, was aufgrund der Gesetzgebung nicht den Tatsachen entspricht, werden die Menschen so betrogen und ihnen wird auf diese Weise befohlen, dies und jenes zu tun oder zu lassen. Das bedeutet, dass das Völkerrecht nur Babylon huldigt, aber nicht der Menschheit.

Gemäss der Menschenrechtskonvention hat jedermann das Recht, die Religion frei auszuüben. Wie in *Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen*[5] erklärt, sind aber ausgerechnet das Judentum, das Christentum (These) und der Islam (Antithese) ein Mittel von Babylon, um die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Auf diese Weise wird der Dritte Weltkrieg äusserst blutig ablaufen und gleichzeitig ein gewaltiger gesellschaftlicher Zusammenbruch einhergehen, um die Menschheit Babylon endgültig zu unterwerfen. Der Dritte Weltkrieg begann mit der vorsätzlich ausgelösten Corona-Pandemie und nimmt immer mehr Fahrt auf. Die Menschenrechtskonventionen sind also nichts anderes als ein Mittel zum Zweck.

Die Religionsfreiheit bleibt nach wie vor unangetastet, weil die Konvention die Ziele von Babylon unterstützt, hingegen werden die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die in der Menschenrechtskonventionen ebenfalls definiert sind, immer mehr eingeschränkt, erst recht dort, wo sie den Nerv von Babylon treffen.

Nach dem Dritten Weltkrieg wird es nur noch eine Religion (Synthese) geben, die wieder von Babylon vorgegeben wird. Alle bisherigen Religionen werden vernichtet. Damit wird alles Spirituelle gänzlich ausradiert sein. Es wird das skrupelloseste und menschenverachtendste System sein, wie es die Menschheit noch nie zuvor erlebt hat.[17]

3. Konsequenz

Aus dem Erklärten ergeben sich die folgenden Konsequenzen, die spätestens mit dem Erhalt dieses Schreiben Gültigkeit erhalten, sofern sie nicht bereits wirkten:

1. Sämtliche Arbeiten ohne hoheitliche und handelsrechtliche Legitimation müssen von allen Pseudo-Angestellten aller Pseudo-Unternehmen sofort und vollständig eingestellt werden, bis eine legale, ordentliche, unparteiische und unabhängige Institution wieder bestellt ist.

   Das Gleiche gilt sinngemäss auch für die legal gegründeten Unternehmen wie Banken, Serafe, Anwälte aber auch Handwerker, IT-Spezialisten etc., die mit diesen Pseudo-Unternehmen Handel betreiben.

2. Gleichzeitig ist der Grund der Einstellung sämtlicher Arbeiten seitens der illegalen als auch der legalen Unternehmen umgehend öffentlich bekanntzumachen.

---

17 www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen → Weizsäcker, Der bedrohte Friede - heute in zwölf Punkten
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/weizsaecker_der_bedrohte_friede1.pdf

3. Werden nicht alle Arbeiten umgehend ausgesetzt und trotz der vorliegenden Beweise weitergeführt, so treten automatisch die nachstehenden besonderen und allgemeinen Bedingungen in Kraft, soweit sie nicht bereits in Kraft traten.

4. Mit Erhalt dieses Schreibens nehmen Sie ebenfalls Kenntnis von den geschichtlichen Zusammenhängen und den damit verbundenen strafrechtlichen Konsequenzen, die alle Funktionäre der illegalen Pseudo-Unternehmen, aber auch der legalen Unternehmen treffen.

Ab Erhalt dieses Schreibens willigen

- alle Funktionäre der angeschriebenen Pseudo-Unternehmung mit jeder neuen Handlung gegen **den Unterzeichner Ingo Knöfler** als auch gegen Dritte, ob direkt oder indirekt,
- alle Funktionäre der legalen Unternehmen, die mit den Illegalen Handel betreiben

in folgendes ein:

5. Sie bestätigen sofort und mit jeder neuen oder weiteren Handlung (auch Weiterführung des «Auftrags»), dass sowohl der Prinzipal als auch der Agent in Kenntnis gesetzt wurde, d.h. alle Funktionäre der Gesamtorganisation über die Situation und die Tragweite ins Bild gesetzt wurden.

6. Sie bestätigen, dass alle Funktionäre der illegalen als auch der legalen Gesamtorganisation alle Ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen ergriffen haben, um die skizzierten Verbrechen zu stoppen und weitere zu verhindern.

7. Sie bestätigen mit jeder neuen illegalen Handlung oder auch mit der Weiterführung des «Auftrags» einer Unternehmung ohne Rechtspersönlichkeit, dass
   a. alle Funktionäre der kantonalen Verwaltung inklusive des Parlaments, der Regierung und der Gerichte, sowie der direkt und indirekt unterstellten Organisationseinheiten inklusive der Gemeinden
   b. sowie sinngemäss des Bundes inklusive aller Kantone
   c. und alle Funktionäre der legalen Unternehmen, die mit den Illegalen Handel betreiben
   d. sowie aller kriminellen babylonischen Organisationen

   vorsätzlich gewillt sind, die Bevölkerung nicht nur zu enteignen, sondern sie darüber hinaus zu versklaven sowie einen weiteren Völkermord gegen sie zu begehen.

8. Gleichzeitig wird mit jeder einzelnen Handlung bestätigt, dass sich alle Funktionäre der genannten Organisationen über die gesellschaftliche, aber auch über die eigene strafrechtliche Tragweite ihres Handelns bewusst sind.

9. Zusätzlich gestehen Sie mit jedem Tag stillschweigend erneut und rechtsverbindlich ein, an dem Sie nachweislich keine messbaren Aktivitäten der Information und Verhinderung der Verbrechen unternehmen, dass alle Funktionäre der Gesamtorganisation diese Absicht nach wie vor in verbrecherischer Weise umsetzen wollen. **Die Angeschriebenen, aber auch alle, die davon Kenntnis erhalten, sind verpflichtet, ihre gesamten zur Verfügung stehenden Ressourcen (die eigenen, die der Organisation sowie die von Dritten) für diese Aktivitäten einzusetzen, ansonsten sie die Ziele von Babylon unterstützen**. Sie sind beweispflichtig.

10. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Architekten Alex Brunner. Alle Rechte vorbehalten.

Aufgrund des vorgängig Skizzierten können die Folgen für die Fehlbaren leicht erkannt werden. Träumen Sie nicht weiter davon, dass die illegale Privatisierung mit allem Drumm und Dran nicht öffentlich werde. Spätestens in wenigen Monaten wird alles manifest. Je länger es noch dauern wird, desto schlimmer werden die Auswirkungen für die Täter. Die Konsequenz dieses Nichthandelns ist, dass Sie dementsprechend ohne grosses Federlesens verurteilt werden.

Spekulieren Sie ebenfalls nicht damit, dass zu wenig Gefängnisplätze zur Verfügung stehen werden, weshalb Sie keine Strafe absitzen müssen. Not macht bekanntlich erfinderisch. Die Alliierten waren am

Ende des Zweiten Weltkrieges ebenfalls in der Lage, Millionen von Deutschen einzusperren. Also werden wir in der Schweiz auch in der Lage sein, ein paar Hunderttausend einzusperren.

Wenn der Tag endlich gekommen ist, möchten dann die einen vor Schmach in den Boden versinken, andere werden wegen der drohenden Konsequenzen den Freitod wählen. Diese Suizidwelle wird vierstellig sein und wenn die Bevölkerung einmal die wahre Absicht erfahren wird, so ist davon auszugehen, dass von einigen Aufgebrachten sogar Bäume und Kandelaber zweckentfremdet werden. Alle anderen, werden wie Aussätzige behandelt werden. Sie tragen jedoch für alles die Verantwortung.

Alle kantonalen Polizeikommandanten[18], Ersten Staatsanwälte[19] und obersten Kantonalen Gerichte[20] wurden bereits im April 2024 im erklärten Sinn darüber ins Bild gesetzt. Von der Bundesanwaltschaft und den Staatsanwaltschaften Bern und Zürich gab es die Antwort, dass sie dieses Schreiben nur Kenntnis nehmen würden. Das bedeutet, sie begehen genau wie die Politik weiterhin vorsätzlich Verbrechen. Ihnen wurde ebenfalls mitgeteilt, dass sie nicht in diese Funktion gewählt wurden, weil sie für diese Arbeit besonders fähig sind, sondern bloss, weil sie Mitglied einer kriminellen Organisation (Art. 260ter) und daher erpressbar sind. Wenn diese Aussage nicht sitzen würde, hätten sie dies in Abrede stellen müssen. Das tat aber keiner. Die Reaktion bei den untergeordneten Behörden ist ganz anders. Diese realisieren ihre Situation immer mehr und unternehmen nichts mehr. Die Gründe zu diesem Verhalten sind im Kapitel 9, *Organisationen*, im Aufsatz zur Privatisierung[1] nachzulesen. Aufgrund ihres Verhaltens ist ihr Schicksal bereits besiegelt.

4. Nachweise und Bedingungen

4.1 Nachweise

Nachdem Sie Nachweislich wiederholt aufgefordert wurden, die verschiedenen Nachweise der hoheitlichen und handelsrechtlichen Legitimation zu erbringen, Sie sie aber nicht erbringen wollen, erübrigt es sich, weiter darauf zu insistieren. Das bedeutet keineswegs, dass Sie deswegen entlastet sind.

4.2 Besondere Bedingungen:

Die Besonderen Bedingungen habe ich Ihnen bzw. Ihren Vertretern bereits nachweislich verschiedentlich bekannt gegeben, auf die Sie immer wieder darauf eingetreten sind.

4.3 Allgemeine Bedingungen

Die Allgemeinen Bedingungen finden Sie unter dem angegebenen Link.[21] Sie werden gelegentlich aktualisiert, sobald jemand die ergänzten neuen Bedingungen akzeptiert hat.

Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

---

18 https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/KKPKS_20240408.pdf

19 https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/sskcmp_20240415.pdf

20 https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ch_gerichte_20240415.pdf

21 https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/allg_bedingungen_2.pdf

5. Rückabwicklung

Wenn eines Tages, der Tag ist nicht mehr fern, «offiziell» eingestanden wird, dass alles illegal privatisiert wurde, kann nicht einfach wieder zum normalen Tagesablauf übergegangen werden, wie wenn nichts geschehen wäre. Dann müssen spezielle, der Situation angepasste Massnahmen ergriffen werden, um die korrupte Situation kontrolliert zu beenden. Das kann nicht mit den bisherigen Funktionären erfolgen, weil dann Babylon, die Organisierten, wieder das «Rennen» machen würde.

Solange die Gesellschaft die tatsächlichen Zusammenhänge, Organisationen und Absichten der vergangenen, eingeleiteten und geplanten Prozesse nicht versteht, kann sie weiterhin über den Tisch gezogen werden. Babylon wird jedoch alle erdenklichen Möglichkeiten ergreifen, wieder die Herrschaft über die Gesellschaft zu erringen und wird wie bisher keine Skrupel kennen. Deshalb muss jede Gelegenheit ergriffen werden, damit keine weitere babylonische Herrschaft errichtet werden kann. Jeder Versuch, diese Herrschaft wieder zu erreichen, ist deshalb ein Verbrechen.

Weil wir uns in einer ausserordentlichen Situation befinden, sind daher griffige ausserordentliche Massnahmen zu verordnen, um uns aus dem Würgegriff dieser Korruption zu befreien, damit wir nicht in wenigen Jahren wieder in der gleichen Bredouille stecken. Nur auf diese Weise verhindern wir eine erneute Herrschaft durch Babylon. Deshalb wurde bereits ein Vorgehenskonzept entworfen, das mit wirkungsvollen Massnahmen eine weitere feindliche Übernahme verhindert. Solange diese ausserordentlichen Massnahmen nicht umgesetzt werden, solange werden alle Versuche, zu einem neuen «geregelten» Tagesablauf zu gelangen, Makulatur bleiben. Dieses Konzept wird nur herausgegeben, wenn es beim Architekten Alex Brunner «offiziell» angefordert wird.

6. Schlussbemerkung

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie diese Verbrechen nicht aussitzen können, in der Hoffnung, Sie und Ihre Komplizen kämen ungeschoren davon und es wachse wieder Gras darüber. Im Gesamten handelt es sich vorliegend nicht nur um von Babylon inijzierte materielle Prozesse wie dem Dritten Weltkrieg, dem Great Reset sowie weiterer Teilprozesse wie beispielsweise der illegalen Privatisierung. Tatsächlich findet parallel dazu ein natürlicher pyschischer Prozess der Gegensätzlichkeiten (*Yin* und *Yang*) statt, der vom Menschen nicht zu beeinflussen ist und eine natürliche Reaktion auf die babylonische Attacke ist, die umso heftiger reagiert, je mehr die Gesellschaft unter Druck kommt.

Dieser Prozess findet immer statt, denn im *Yin* ist immer auch das *Yang* und umgekehrt enthalten. Es gibt nie 100 Prozent *Yin* (Materialismus) oder *Yang* (Philosophie). Die Menschen bemerken diesen Prozess jedoch vermehrt, wenn er an die Extrempunkte gelangt.

Philosophisch bedeutet das, Babylon wird sein Ziel nicht erreichen können, weil wir jetzt das *Yin*-Extrem des Materialismus erreichen. Das Pendel wendet sich jetzt und schlägt nun in Richtung Philosophie (*Yang*). Das wurde in der Einleitung der Kurzfassung *Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen*[5] mit den Ablösungen von Weltenbränden und goldenen Zeitaltern beschrieben. Wir befinden uns gegenwärtig an einem dieser Extrem- oder Ablösepunkte. Deshalb schrieb Konfuzius im *Buch der Wandlungen* oder *Yijing* (*I Ging*): *Einmal Yin und einmal Yang, das ist Dao*.

Wie skizziert, ist es unmöglich, dass dieser pyschische Prozess der Gegensätzlichkeiten gestoppt werden kann und je länger es dauert, bis die Verbrechen eingestanden werden, desto mehr Schaden wird entstehen. Dementsprechend wird das Pendel unerbittlich zurückschlagen.

Damit zeigt es sich einmal mehr, je länger diese Einsicht dauert, desto grösser ist der *«Mangel an ehrlichen Männern (und Frauen)»*.[22]

---

[22] https://blog.nationalmuseum.ch/2019/02/vom-landjaeger-zum-verkehrspolizist/

Wenn Sie die skizzierten Zusammenhänge verstehen, werden Sie begreifen, dass damit Babylon und somit alle Funktionäre dieser Pseudo-Unternehmen schachmatt gesetzt wurden. Selbst die ersten Richter haben das erkannt. Gleichzeitig werden die einzelnen Funktionäre ihre ausweglose Situation immer mehr erkennen, weshalb sich Panik verbreiten wird. Und je länger es dauern wird, desto härter werden die Strafen ausfallen. Sie sind nicht zu beneiden, aber Sie wollten und wollen es immer noch so. Also sollen Sie es haben!

Abschliessend sei zur Verdeutlichung nochmals festgehalten, dass diese Konsequenzen nicht nur für die Angeschriebenen gelten, sondern für alle Funktionäre der Gesamtorganisation, also beispielsweise in der Gemeinde auch für die Gemeindewerke, das Betreibungsamt, den Friedensrichter, die Gemeinde- oder Regionalpolizei, die Schulen etc., aber auch jener weitverzweigten Suborganisationen der Verwaltung der Kantone und des Bundes. Hüten Sie sich daher, nicht nur **den Unterzeichner Ingo Knöfler** weiter zu «behandeln», sondern auch alle Dritten. Wenn Sie Ihre Strafe möglichst klein halten wollen, so müssen Sie die illegale Privatisierung umgehend öffentlich machen und keine hoheitlichen Handlungen mehr vollziehen, wofür Sie keine Legitmität besitzen. Letzteres bedeutet gar nichts mehr tun. **Der Unterzeichner Ingo Knöfler** wird in jedem Fall das legale Rechtssystem bis an seine Grenze ausreizen, sollten Sie und Ihre Verteter **ihn** weiter «behandeln». Alle diese Bedingungen und Konsequenzen treten spätestens mit Erhalt dieses Schreibens in Kraft, sofern sie nicht schon vorher in Kraft traten. Sie entscheiden daher selber über Ihre eigene Zukunft.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme und sehe Ihrer Antwort mit Interesse entgegen.

Adieu

By.....a.R.

Mensch ingo: KNÖFLER

Beilagen:

1 Vollmacht Ingo Knöfler geb. 06.05.1975
2 Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*, Seiten 1 bis 4 und 34 bis 62
3 Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen, Kurzfassung, vom 28. März 2024
4 DUNS-48-545-6011-Caviezel & Thöny Advokaturbüro, Chur
5 DUNS-48-347-7964-Grischa Transpote AG
6 Schreiben der Firma Caviezel & Thöny Advokaturbüro, Chur
7 Emailverkehr Ihre Anfrage zur Weiterführung der Lagerung

NFH

Netzwerk Fairness Humanität
Tel. 061 534 06 94, Mobil. 076 241 73 37, Webseite: http://www.n-f-h.ch Mail: a-schmid@balcab.ch
Dorfstrasse 11
4057 Basel

18. August 2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Betreffend: Vollmacht Ingo, Knöfler geb. 06. 05. 1975.

Hiermit erteilt Herrn Ingo Knöfler - dem NFH Herrn Adrian Schmid als Adlatus - mit Seiner nachfolgenden Unterschrift. Vollmacht in Sachen: Soziale Existenzsichernde Einkünfte die von Staates/Amtes/Wegen, wie in der Bundesverfassung im Art. 12 verankert ist.

Dem Recht zu zuführen anhand zugeben um Seine derzeitigen Notlagen, rechtlich/ wirtschaftlich/sozial - aufzufangen. Wäre Grundsätzlich Aufgabe der Sozialhilfe.

Mit dem „Ziel Sinn und Zweck". Der Integration im ersten Arbeitsmarkt zu finden und einzubinden.

Aufgrund einer polizeilichen zu unrechten Wegweisung aus der Mietwohnung. Als Ausgangslage von nicht anhand genommenen Mängellisten Seitens - des Eigentümers.

Wurde Er, ohne gerichtlichen Beschluss/Verfügung/Rechtsmittel - direkt in die Obdachlosigkeit entlassen … Wäre in einem funktionierenden Rechtsstaat ein Ding der Unmöglichkeit. Anmassungen und Verstrickungen von seltsamen Willkürlichen Massnahmen ohne jeglicher Rechtskraft.

Um hierfür allen Involvierten und Beteiligten die Bestmöglichsten Lösungen anbieten zu können. Steht eine gemeinsame Zusammenarbeit immer im Vordergrund.

Denn: Aussergerichtliche Lösungen sind meistens nicht so Kosten intensiv und nicht von Nöten. In diesem Sinne verbleibend mit.

Freundlichen Grüssen

NFH

Adrian Schmid

Ingo Knöfler Unterschrift:

BRUNNER

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz

Die Privatisierung im Gesamtkontext

Stand 4. Februar 2024

Download:
www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien →
Ideologie Behörden als Unternehmen → Die Privatisierung im Gesamtkontext

Dieser Aufsatz ist öffentlich und darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Im Internet darf er nur angeboten werden, wenn der Zugang direkt und uneingeschränkt ist. Ein Download mit einem speziellen Zugang (z.B. Angabe des Mails u.a.m.) ist nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Die Privatisierung im Gesamtkontext 1

Inhaltsverzeichnis 2

1. Die tatsächliche Geschichte 5

2. Die stillen politischen Veränderungen in der Schweiz 5

3. Wie Herrschaft ausgeübt wird 7

3.1 Die natürliche Funktionsweise des Menschen 9

3.1.1 Funktionsweise des Körpers 9

Immunsystem 10

Die fünf Speicherorgane 10

Stress 11

Schwingung 11

3.1.2 Wissen ist Macht – Nichtwissen ist Ohnmacht 11

3.1.3 Ausweg aus der Ohnmacht durch Verbesserung des Qi-Potentials 12

3.2 Die Zerstörung unserer Fähigkeiten 12

3.2.1 Gesetze als Herrschaftsinstrumente 13

3.2.2 Wirtschaft 13

3.2.3 Kriege 13

3.2.4 Zersetzung des Philosophischen 14

3.2.5 Zersetzung der Gesundheit 14

3.2.6 Zersetzung der Ernährung 18

3.2.7 Zersetzung der Bildung 19

Zersetzung durch Reformen im Bildungswesen 20

OEEC und OECD 20

Lissabon-Konvention 21

Bologna-Prozess 21

PISA-Studien 22

Der Lehrplan 21 (LP21) 22

Schlussbemerkung 23

3.3 Die Fortsetzung der eingeleiteten Massnahmen 23

3.3.1 Transgender 24

3.3.2 Transhumanismus 26

3.4 Schlussbetrachtung 27

4. Fünf Minuten Rechtsphilosophie, von Gustav Radbruch 28

5. Ideologie Mensch/Person 30

5.1 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) 31

5.2 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) 31

6. BAR-Vermutungen 33

7. Behörden und Ämter als Unternehmen 34

7.1 Einleitung 35

7.2 Die Wortbedeutung *«privat»* 35

7.3 Die Gesetzgebung 36

7.3.1 Das Fusionsgesetz 36

7.3.2 Die Rollen der verschiedenen Organisationen 38

Die Rolle der politischen Parteien 38

Die Rolle der Verbände 39

Die Rolle der Medien bei der Diskussion in den eidgenössischen Räten 40
Die Rolle der Gerichte, insbesondere des Bundesgerichtes 42
Die Rolle der Universitäten 42
Die Rolle der Juristen und Anwälte 43
Fazit 45
7.3.3 Die Handelsregisterverordnung 45
7.3.4 Die handelsrechtliche Bedeutung von Handelsregistereinträgen 47
Die Bedeutung der Eintragung 48
Aktienrechtliche Verantwortlichkeit 48
7.3.5 Die Veränderung der Gesetzgebung ... 50
... am Beispiel der Mehrwertsteuer 51
7.4 Die einzelnen «Behörden und Ämter» 53
7.4.1 Ebene Bund 53
7.5 Wirtschaftsdaten und deren Quellen 54
7.5.1 Die Herkunft der D-U-N-S®-Nummer 55
Das Geschäftsgebaren von Dun & Bradstreet 55
7.6 Die Veränderungen der Machtverhältnisse durch die Privatisierung 56
7.6.1 Die hoheitliche Bedeutung der Umwandlung 56
7.6.2 Die organisatorische Bedeutung der Umwandlung 58
7.6.3 Ergänzendes 59
7.7 Zusammenfassung 59
8. Die Geschichte wiederholt sich 62
8.1 Alte Eidgenossenschaft 63
8.2 Die Helvetische Republik 1798-1803 63
8.2.1 Stecklikrieg 65
8.3 Mediationszeit 1803-1813 66
8.4 Die Schweiz als Staatenbund 1814–1848 66
8.4.1 Restauration 66
Vor dem Wiener Kongress 66
Der Wiener Kongress 68
Nach dem Wiener Kongress 69
Die Heilige Allianz 69
8.4.2 Regeneration 1830 bis 1848 69
Der Sonderbundkrieg 72
8.5 Der Bundesstaat von 1848 74
8.5.1 Die Bundesverfassung von 1848 74
8.5.2 Die weiteren Verfassungsrevisionen 75
Die Teilrevision von 1866 75
Die Teilrevisionen von 1872 und 1874 75
8.5.3 Über die heutige Verbindlichkeit der Bundesverfassungsgarantien 76
Bemerkungen zu David Dürrs «Argumenten» 77
Interview von David Dürr 78
9. Organisationen 80
9.1 Alte Organisationen' 80
Absprachen mit der 'öffentlichen' Verwaltung 86
9.2 Neue Organisationen 86
9.2.1 Verschiebung der Machtzentren 88
9.2.2 Eine neue Etappe der Weltgeschichte steht bevor 89

9.3 Wie die Politik kontrolliert und kanalisiert wird 90

10. Die internationale Dimension der Privatisierung 91

10.1 Die weltweite Privatisierung 91
10.1.1 Die Nachbarländer 92
10.1.2 Ursache und Ziele der beiden Weltkriege 92
Entstehung der Weltkriege 93
Die Finanzierung der Weltkriege 96
Die Verschiebung des Ersten Weltkrieges um ein Jahr 98
10.1.3 Was wurde mit den Weltkriegen umgesetzt? 100
Verwaltungsmässige Neuordnung 100
Organisatorische Neuordnung 101
Wirtschaftliche Neuordnung 104
Finanzwirtschaftliche Neuordnung 106

10.2 Entwicklung und Zukunft 108
10.2.1 Entwicklung der Weltwirtschaftsordnung 109
Das internationale Handelsrecht 109
Mechanismus zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten 111
Das International Business Leaders Forum 115
10.2.2 Zukunft 117
«Freie» Städte 117
«15-Minuten» Städte – «15-minute» city 118
Digitales Zentralbankgeld 126
10.2.3 Künstliche Intelligenz 131

11. Schlussbemerkungen 134
Empfehlungen 135

12. Hinweise zu den Veränderungen seit der Urversion 136
Version vom 22. Dezember 2023 136
Version vom 17. Januar 2024 136

Anhang 136

Auszugsweise werden hier vier dieser (den allermeisten Rechtssuchenden unbekannten) «*Vermutungen*» zitiert. Diese sollen den in Treu und Glauben handelnden Menschen bei fehlendem Widerspruch zu dessen völliger Entrechtung vor Gericht führen:[52]

2. Die Vermutung der Öffentlichen Dienstleistung bedeutet, dass alle Mitglieder der Privaten BAR-Gilde, die allesamt einen feierlichen, geheimen und absoluten Eid auf ihre Gilde geschworen haben, als öffentliche Agenten der Regierung oder als „public officials" handeln, indem sie zusätzliche Eide auf das Öffentliche Office schwören, was ganz ungeniert und vorsätzlich ihren privaten „höherrangigen" Eiden ihrer eigenen Gilde gegenüber widerspricht. ***Bevor man nicht mittels Anfechtung und Zurückweisung offen widerspricht, besteht der Anspruch, dass diese Mitglieder der Privaten Bar-Gilde legitimierte öffentliche Bedienstete sind und deshalb als Treuhänder unter öffentlichem Eid stehen****;*

5. Die Vermutung der gerichtlichen Vorladung bedeutet, dass eine Vorladung gewohnheitsmässig unwiderlegt bleibt und dass von demjenigen, der vor Gericht erscheint, vermutet wird, dass er seiner Eigenschaft [position] als Beklagter, Schöffe oder Zeuge sowie der Jurisdiktion des Gerichts zugestimmt hat. Das Erscheinen vor Gericht erfolgt gewöhnlich auf eine gerichtliche Vorladung hin. *Ohne Zurückweisung und Rückgabe der gerichtlichen Vorladung mittels einer Kopie der Zurückweisung, die im Vorhinein und vor dem Erscheinen protokolliert wurde, gilt die Jurisdiktion und die Position als Angeklagter und* ***die Existenz der „Schuld" steht fest****;*

7. Die Vermutung des Gerichts der Aufseher bedeutet, dass Du als ein „Ansässiger" [resident] eines Bezirks einer Kommunalregierung registriert bist und in Deinem „Reisepass" der Buchstabe „P" steht, mit dem Du ein Armer [Pauper] und deshalb unter der Aufsicht der Regierungskräfte als einem „Gericht der Aufseher" [Court of Guardians] und ihrer Agenten stehst. Wenn diese Vermutung nicht offen zurückgewiesen wird, indem man zeigt, dass man generell ein Aufseher und Exekutor der Angelegenheit (Trust) vor dem Gericht ist, verbleibt die Vermutung und Du bist ein Pauper aufgrund Verzichts [by default]; ***ebenso bist du schwachsinnig*** *und musst deshalb den Vorschriften des Amtsvorstehers der Aufseher [clerk of guardians] (Justiziar des Amtsgerichts)* ***gehorchen****;*

11. Die Vermutung der Inkompetenz ist die Vermutung, dass Du zumindest unkundig in Rechtsdingen bist und deshalb inkompetent, Dich zu präsentieren und sachgemäss zu argumentieren. Deshalb hat der Richter/ Friedensrichter das Recht, Dich festzusetzen, zu inhaftieren, Dich mit einem Bussgeld zu belegen oder Dich in eine psychiatrische Untersuchung zu zwingen. Bevor diese Vermutung nicht offen bestritten wird mit der Tatsache, dass Du Dein Standing als Exekutor und Begünstigter kennst und aktiv jegliche gegenteilige Vermutung bestreitest und zurückweist, dann steht hinsichtlich des Plädoyers fest, ***dass Du inkompetent bist und die Richter oder Friedensrichter alles machen dürfen, um Dich gefügig zu halten****»;*

Somit werden die Rechtsuchenden auch von den Justizbehörden und Anwälten[53] elementar betrogen, weil die Gerichte auf diese Weise wiederum den eigentlichen, versteckten Herrschern die Macht sichern.

Alle diese BAR-Vermutungen werden hiermit abgemahnt.

7. Behörden und Ämter als Unternehmen

Wir sollten in einer von Unternehmen geführten oder kooperativen oder kollektiven Gesellschaft leben.[54] *Robert T. Frerichs (-), Amerikaner, baptistischer Pastor*

---

52 www.menschvsperson.ch → Staatsgewalt → Das Römische Recht und die 12 BAR-Vermutungen
www.menschvsperson.ch/post/das-r%C3%B6mische-gericht-und-die-12-bar-vermutungen

53 www.politik.brunner-architekt.ch → Politik → Recht → Anwälte → Brief an den Schweizerischen Anwaltsverband vom 13. April 2022: Die Rolle der Anwälte – Allgemeine Bedingungen

54 In einer Ansprache vom 19. Juli 1963: Coleman John, Das Komitee der 300, 2006, Seite 33

Grausamer noch als jede Diktatur sei die Herrschaft des Niemand, die eigentliche Staatsform der Bürokratie.[55]
Hannah Arendt (1906-1975)
Jüdische deutsch-amerikanische politische Theoretikerin und Publizistin

Die Bürokratie ist ein gigantischer Mechanismus, der von Zwergen beherrscht wird.
Honoré de Balzac (1799-1850), Französischer Schriftsteller

Denn Herrschaft ist im Alltag primär: Verwaltung.[56]
Eine Verwaltung ist entweder bürokratisch oder dilettantisch!
Alle politischen Gebilde sind Gewaltgebilde.
Eine einmal voll durchgeführte Bürokratie gehört zu den am schwersten zu zertrümmernden sozialen Gebilden. … Stets ist die Machtstellung der vollentwickelten Bürokratie eine sehr grosse, unter normalen Verhältnissen eine überragende.[57]
Maximilian (Max) Carl Emil Weber (1864-1920),
deutscher Soziologe und Nationalökonom

7.1 Einleitung

Der Mechanismus der Reproduktion des Lebens, seiner Beherrschung und seiner Vernichtung ist unmittelbar der gleiche, und demgemäss werden Industrie, Staat und Reklame fusioniert.[58]
Theodor W. Adorno-Wiesengrund (1903-1969), deutscher Philosoph,
Soziologe, Musiktheoretiker und Komponist, Vertreter der Frankfurter Schule

Die Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen begann in den 1990er Jahren mit den SBB und der PTT, indem sie aus der Bundesverwaltung ausgegliedert und in Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden. Diese Umwandlung erfolgte aufgrund einer Botschaft des Bundesrates und einer Diskussion in den eidgenössischen Räten, über die die Medien berichteten. Schlussendlich wurden die Gesetze verabschiedet, welche dem fakultativen Referendum unterstanden. Das Referendum wurde nicht ergriffen, weshalb die Gesetze in Kraft traten. Dieser ganze Prozess ist transparent nachvollziehbar.

In der gleichen Zeit wurde versucht, in den Gemeinden die technischen Betriebe / Gemeindewerke zu privatisieren, d.h. in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Diese Vorhaben blieben meist Versuche, weil das Volk eine Privatisierung mehrheitlich ablehnte. So scheiterte beispielsweise in Wetzikon dieses Vorhaben 2001 und 2016 an der Urne zweimal deutlich.[59]

7.2 Die Wortbedeutung *«privat»*

Nach Duden Herkunftswörterbuch, 3. Ausgabe 2001, bedeutet das Wort *privat* «persönlich, vertraulich, familiär: nicht öffentlich, ausseramtlich»: Das Adjektiv wurde im 16. Jahrhundert aus lat. *Privatus* «(der Herrschaft) beraubt; gesondert, für sich stehend, nicht öffentlich» entlehnt, dem Partizipialadjektiv von lat. *privare* «berauben; befreien; sondern». Dies gehört zu lat. *privus* «für sich stehend, einzeln», das als Bestimmungswort in *Privileg* erscheint.

Privat bedeutet also 'nicht öffentlich' und 'ausseramtlich'. Damit ist die Privatisierung ein Prozess, bei dem es darum geht, etwas der Öffentlichkeit wegzunehmen, bzw. ihr zu entreissen. Das heisst, das Entrissene ist nicht mehr amtlich. Damit haben wir den Kern der Privatisierung erkannt. Alle privatisierten

---

55 Arendt Hannah, *Eichmann in Jerusalem*, 2004, Seite 59

56 Weber Max, Wirtschaft und Gesellschaft (1922), Seite 126

57 Weber Max, *Wirtschaft und Gesellschaft, Bürokratie*, Seite 572

58 Adorno Theodor W., *Minima Moralia*, Suhrkamp, 22. Auflage, 1994, ISBN 3518012363, Seite 62

59 www.wetzipedia.ch → Stadtwerke Wetzikon

Institutionen können nicht mehr 'amtlich' sein, da sie der Öffentlichkeit entrissen wurden. Wie nachstehend bewiesen wird, wurde dies bereits vollzogen.

7.3 Die Gesetzgebung

Je mehr Beschränkungen und Verbote, umso mehr verarmt das Volk.
Laotse (604-531 v.u.Z.), chinesischer Philosoph

7.3.1 Das Fusionsgesetz

Am 3. Oktober 2003 hat das Bundesparlament das Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG; SR 221.301) verabschiedet.[60] Der Bundesrat hat dazu am 13. Juni 2000 die Botschaft an die Bundesversammlung sowie den Entwurf des Gesetzestextes (BBl 2000 4531)[61] erlassen. Darin teilt er mit, dass er zwischen Dezember 1997 und Mai 1998 66 Organisationen zu einem Vorentwurf zur Vernehmlassung eingeladen habe. Darunter befinden sich das Bundes- und das Versicherungsgericht, alle im Parlament vertretenen Parteien und die schweizerischen Universitäten. Insgesamt wurden 72 Stellungnahmen eingereicht. An der Vernehmlassung beteiligten sich u.a. 25 Kantone, sieben Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sieben eidgenössische und kantonale Behörden sowie 29 interessierte Organisationen und Privatpersonen.

Bereits in der Übersicht zur Botschaft schreibt er: *Die vorgeschlagene Neuordnung erstreckt sich ausserdem auf grenzüberschreitende Vorgänge, d.h. auf solche, an denen Gesellschaften mit Sitz in verschiedenen Staaten beteiligt sind. Erfasst werden ebenfalls Fusionen und Umwandlungen, die der Überführung von Instituten des öffentlichen Rechts in Gesellschaften des Privatrechts dienen.*

Der vorliegende Entwurf bezweckt, eine grössere Beweglichkeit innerhalb der Rechtsformen zu schaffen und eine optimale rechtliche Organisation von Unternehmensträgern zu ermöglichen. Und: *Er trägt dazu bei, die Rahmenbedingungen der Schweiz als Wirtschaftsstandort zu verbessern.*

Als Notwendigkeit wird u.a. erwähnt, dass für die meisten Rechtsformen die Fusion im Gesetz nicht vorgesehen sei, so für Vereine, Stiftungen, Personengesellschaften (Kollektiv- und Kommanditgesellschaften), GmbHs und öffentlich-rechtliche Institute. Während die Übernahme des Vermögens einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft (Bund, Kanton oder Gemeinde) im Gesetz vorgesehen sei (Art. 751, 915 OR), fehle für die Überführung eines öffentlich-rechtlichen Instituts in eine Rechtsform des Privatrechts durch Umwandlung oder Fusion eine gesetzliche Grundlage. In der Praxis ergebe sich jedoch zunehmend das Bedürfnis nach entsprechenden Restrukturierungen, so namentlich für Kantonalbanken, Spitäler und staatliche Elektrizitätsunternehmen, die eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft anstrebten.

Unter dem Titel *'Ziele des Entwurfs'* schreibt er: Der Entwurf sieht weiter auch dringend benötigte gesetzliche Grundlagen für die Überführung öffentlich-rechtlicher Institute in privatrechtliche Rechtsformen vor. Die neue Regelung ermöglicht ferner eine gewisse Harmonisierung der schweizerischen Rechtsordnung mit dem Recht unserer Nachbarstaaten und der Europäischen Union.

Dieser Parlamentsbeschluss unterstand dem fakultativen Referendum und trat am 1. Juli 2004 in Kraft. Wie bereits erwähnt, wurde von keiner politischen Partei oder einem Verband das Referendum ergriffen. Wie wir noch sehen werden, bestand dahinter eine Absicht.

Bereits im Entwurf und auch im verabschiedeten Fusionsgesetz heisst es in Art. 1, Gegenstand:

---

60 Geschäft 00.052: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20000052

61 https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2000/922/de

1 Dieses Gesetz regelt die Anpassung der rechtlichen Strukturen von Kapitalgesellschaften, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen und Einzelunternehmen im Zusammenhang mit Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung.

2 Es gewährleistet dabei die Rechtssicherheit und Transparenz und schützt Gläubigerinnen und Gläubiger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Personen mit Minderheitsbeteiligungen.

3 Ferner legt es die privatrechtlichen Voraussetzungen fest, unter welchen Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern fusionieren, sich in privatrechtliche Rechtsträger umwandeln oder sich an Vermögensübertragungen beteiligen können.

Daraus geht eindeutig die politische Absicht hervor, die öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Das Fusionsgesetz bietet den Rahmen, um Kapitalgesellschaften zu fusionieren, zu spalten oder umzuwandeln.

In der ersten Version des Fusionsgesetzes vom 1. Juni 2004 heisst es unter Art. 2, Begriffe:

In diesem Gesetz gelten als:

a. Rechtsträger: Gesellschaften, Stiftungen, im Handelsregister eingetragene Einzelfirmen und Institute des öffentlichen Rechts;

d. Institute des öffentlichen Rechts: im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen des öffentlichen Rechts des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht;

Mit einer Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften ist zwingend ein Handelsregistereintrag erforderlich. Wenn ein Laie dieses Gesetz durchliest, realisiert er nicht, dass damit alle öffentlich-rechtlichen Institutionen gezwungen werden, sich im Handelsregister eintragen zu lassen. Der Grund liegt in Art. 2 Bst. a. Darin werden die Gesellschaften und die öffentlich-rechtlichen Institutionen in den gleichen Topf der Rechtsträger geworfen.

Art. 934 Abs. 1 OR verlangt, dass jedes kaufmännische Unternehmen ins Handelsregister eingetragen wird. Ebenfalls müssen Gesellschaften eingetragen werden, wenn die Eintragung Entstehungsvoraussetzung ist.[62] Ein Rechtsträger ist deshalb eine gemäss Art. 934 Abs. 1 OR im Handelsregister eingetragene Organisation. Bei einem Rechtsträger liegt die Rechtsinnehabung beim Personenverband vor, also bei der Gesellschaft als Ganzes. Bei den nicht rechtsfähigen Rechtsgemeinschaften (z.B.: einfache Gesellschaft) liegt die Rechtszuständigkeit bei den einzelnen Mitgliedern.

Mit dem Fusionsgesetz wurden die Institutionen somit gezwungen, sich ins Handelsregister einzutragen, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht. Mit diesem Schritt wurden sie aber gemäss Art. 52 Abs. 2 Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) zu einem Unternehmen, das wirtschaftliche Zwecke verfolgt. Heisst es doch darin seit der ersten Inkraftsetzung am 1. Januar 1912:

Keiner Eintragung (ins Handelsregister) bedürfen die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten sowie die Vereine, die nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgen.

Damit wurde die politische Absicht eindeutig festgehalten, letztlich alles in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, d.h. ins Privatrecht zu überführen. Bereits mit diesem Entscheid haben alle hoheitlich tätigen Organisationen den Status der öffentlich-rechtlichen Institution verloren. Sie werden nur noch so genannt, weil es das Fusionsgesetz so definiert. Der rechtliche Hintergrund fehlt jedoch vollständig, weil sie damit Privatunternehmen geworden sind.

Solange die in Kapitalgesellschaften umgewandelten, öffentlich-rechtlichen Institutionen im Besitz des Volks verbleiben, könnte theoretisch davon ausgegangen werden, dass sie keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgen, weil sie den akkumulierten Gewinn nicht an einzelne abführen können, sondern an alle abzugeben haben. Aber weshalb braucht es dann eine Umwandlung und weshalb sollen sie mit privaten Rechtsträgern fusionieren? Spätestens wenn letzteres passiert, werden sie garantiert nur noch

62 https://www.rwi.uzh.ch/static/elt/lst-vogt/gesellschaftsrecht/handelsregister/de/html/unit_eintragungvonr.php

wirtschaftliche Zwecke verfolgen und den Gewinn maximieren und dementsprechend abführen. Dieses Verhalten kann bei Privatisierungen weltweit beobachtet werden.

Die privatisierten Institutionen sind deshalb fortan keine Institutionen mehr, sondern nur noch Gesellschaften, also wirtschaftliche Unternehmen. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft auch deutlich gemacht, dass es darum gehe, die Rahmenbedingungen der Schweiz als Wirtschaftsstandort zu verbessern. Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass die Gewinne maximiert und abgeführt werden, während man die Ausgaben sozialisiert, d.h. den Gemeinwesen überbindet.

Um das Ziel guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu erreichen, braucht es keine Unternehmen, sondern zuverlässige, schlanke, öffentliche Institutionen, also Einrichtungen, die einen ganz bestimmten gemeinnützigen Zweck verfolgen und auf Dauer angelegt sind. Öffentliche Institutionen beschreiben die formellen und informellen Spielregeln einer Gesellschaft, die die Anreizstrukturen für das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenspiel festlegen. Unternehmen, und insbesondere mit privaten Rechtsträgern fusionierte, setzen diesen Anspruch garantiert nicht im Sinne des Volks um, nachdem ihn Parlamente, Regierungen, Gerichte und Verwaltungen in der Vergangenheit schon nicht erfüllten.

Daher dient Art. 52 Abs. 2 ZGB, genau gleich wie die Bezeichnung 'öffentlich-rechtliche Institution', nur noch zur Täuschung des Volks, um den Prozess der Privatisierung des Staates ohne Wissen und gegen den Willen des Volkes durchzusetzen. Deshalb verweigern die Handelsregisterämter die Auszüge zu diesen Gesellschaften mit Verweis auf diesen Artikel vorsätzlich. Wo nichts herausgegeben werde, könne auch nichts vorhanden sein, so die Devise.

Mit dem Fusionsgesetz wollte man aber keineswegs den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sondern das internationale Unternehmertum. Oder populär ausgedrückt, den «Wirtschaftsstandort fördern», als ob dieser auf Dauer ohne stabil funktionierende menschliche Gesellschaft florieren könnte.

7.3.2 Die Rollen der verschiedenen Organisationen

Die Rolle der politischen Parteien

Wie im Manifest *Unser manipuliertes Rechtssystem* im Kapitel 9.8 erklärt, wurden die politischen Universalparteien von Babylon gegründet. Jede dieser Parteien repräsentiert eine andere babylonische Ideologie und nutzt dabei die grossen Ungleichheiten aus, die zulasten unseres Gesellschaftslebens durch politisch erzeugte Verwerfungen entstanden sind. Die Parteien profitieren davon, dass es in jedem Bereich Ausbeuter und Unterdrückte gibt und die Menschen gespalten und gegeneinander aufgehetzt wurden. Ursache ist dabei vor allem das Geldsystem mit dem Zins, weil es das Vermögen von den Armen zu den Reichen verschiebt. Die Ausbeutenden haben ein Interesse, dass sie an der Macht bleiben und so auf Kosten der Unterdrückten gut leben können. Die Unterdrückten hingegen haben ein Interesse, diesen Zustand zu ändern. Die Mittelschicht dazwischen will ebenfalls keine Änderung, besonders keinen sozialen Abstieg. Auch wenn sie teilweise wie die Babylonier auf Kosten der Unterdrückten lebt, so ist sie doch teilweise auch ein Stabilitätsfaktor mit gesellschaftspolitisch sozialen Seiten. Marx hatte die Mittelschicht nie erwähnt, denn sie sollte nach dem Willen von Babylon künftig gar nicht mehr existieren.

> *Der Weg, die Bourgeoisie (Mittelstand/Mittelschicht) zu vernichten, ist, sie zwischen den Mühlsteinen von Besteuerung und Inflation zu zermahlen.*
>
> *Lenin, eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow (1870-1924),*
> *russischer Politiker und Revolutionär, Hochgradfreimaurer*

> *Eine hierarchische Gesellschaft ist nur auf der Grundlage von Armut und Unwissenheit möglich. Die neue Variante ist die Vergangenheit, und keine andere Vergangenheit kann je existiert haben. Im Prinzip soll jede Kriegsanstrengung die Gesellschaft am Rande des Verhungerns halten.*
> *Der Krieg wird von jeder herrschenden Gruppe gegen ihre eigenen Anhänger geführt, und das*

Kriegsziel ist nicht, Gebietseroberungen zu machen oder zu verhindern, sondern die Gesellschaftsstruktur intakt zu erhalten.

George Orwell, richtig Eric Arthur Blair (1903–1950), Schriftsteller, MI6-Mitarbeiter

Kurzum, die politischen Parteien, sie sind alle babylonisch, sorgen dafür, dass die Gesellschaft mehrfach geteilt bleibt, dass sich die einzelnen Gruppen permanent gegenseitig bekriegen und so den eigentlichen Gegner – Babylon, auch mangels Kenntnis – nicht in Frage stellen. 'Teile und herrsche' ist ihr Mittel, die Gesellschaft zu unterwerfen.

Dass sie kein Interesse an tatsächlicher Aufklärung und besseren Verhältnissen für alle haben, lässt sich auch am Beispiel des Fusionsgesetzes feststellen. Wie oben erwähnt, ist aus der bundesrätlichen Botschaft bekannt, dass alle im Parlament vertretenen Parteien im Jahre 1997 zur Vernehmlassung zu einem Vorentwurf des Fusionsgesetzes eingeladen wurden. Doch ausnahmslos alle Parteien haben ihre Mitglieder nie über die Absicht des Fusionsgesetzes orientiert. Sie halten bis heute dicht.

Indem die politischen Universalparteien die Privatisierung stillschweigend gutheissen und dieses Vorhaben vor ihren eigenen Mitgliedern geheim halten, von denen sie sich füttern lassen, zeigen sie eindrücklich, welch doppeltes Spiel sie treiben. Deshalb ist es unumgänglich, die Rolle der Parteien zu entlarven und aufzuzeigen, dass sie und ihre Organe nur Parasiten sind. Kündigt ihnen das bisher irregeleitete 'Fussvolk' die Gefolgschaft, ist ihr Spiel zu Ende.

Zu ergänzen ist, dass die einzelnen Parlamentarier nicht aus ihrer eigenen Überzeugung selber entscheiden, ob sie für oder gegen eine Vorlage sind. Ihnen bzw. den Parlamentsfraktionen wird von den Parteioberen vorgegeben, wie sie sich bei den Abstimmungen zu verhalten und abzustimmen haben. Auf diese Weise werden die babylonischen Ideologien in Gesetze gegossen und damit sicher und kalkulierbar umgesetzt. Deshalb unterliegen die einzelnen Parlamentarier dem Fraktionszwang.[6] Passen sie sich nicht an, so werden sie spätestens bei der nächsten Wahl nicht mehr portiert.

Wie eine Partei funktioniert, gab Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924) bekannt:[63]

Beim 11. Partei-Kongress der Kommunistischen Partei (im März 1922) war Lenin so unklug, zuzugeben, dass die Partei von einer „riesigen bürokratischen Maschine" gelenkt wurde. Er starb ein paar Monate später, wie man annimmt an einem Gift, das die Paresis (Syphilis) stimulierte; diese Substanz soll hier nicht genannt werden. Die sogenannte bolschewistische Revolution wurde ausschliesslich mit Geld von Lord Alfred Milner und Kuhn Loeb finanziert, die als Kanal für die Rockefellers handelten, bzw. durch deren Strohmann, Präsident Wilson.

Alles ist kontrolliert, damit die babylonischen Ideologien auch tatsächlich politisch umgesetzt werden. Genauso rigoros stehen aus denselben Gründen die Staatsverwaltungen unter Kontrolle.

Die Rolle der Verbände

Wie die politischen werden auch die wirtschaftlichen Vorgänge und Veränderungen nicht dem Zufall überlassen. Auch hier wirken Steuerungsmechanismen, die in Form von Verbänden straff durchorganisiert sind. Dies betrifft sowohl die Arbeitgeber-, als auch die Arbeitnehmerseite, die beide von Babylon gesteuert werden. Auch hier gilt nicht nur 'teile und herrsche' sondern zusätzlich 'kontrolliere beide Seiten!'

Die Tatsache, dass der Bundesrat auch die Verbände angeschrieben hat, diese jedoch die politische Absicht der Privatisierung seit einem Viertel Jahrhundert vor Ihren Mitgliedern ebenfalls geheim halten und so tun, als ob sie davon nichts wüssten, zeigt, wie sklavisch auch sie die babylonische Agenda umsetzen. Dabei kassieren sie von den Mitgliedern horrende Mitgliederbeiträge, um sie nach Strich und Faden zu verraten!

---

63 Siehe dazu: Coleman John, *Das Komitee der 300*, Fischer, 2015, 560 Seiten, ISBN/EAN 9783941956100 Ausgabe 2006: https://archive.org/details/coleman-das-komitee-der-300

Auch bezüglich Wirtschaft müssen wir die Geschichte genau betrachten, um zu erkennen, wie die Menschheit in den babylonischen Netzwerken gefangen gehalten und immer stärker in Abhängigkeiten verstrickt wurde.

Dies geschah über sehr lange Zeiträume, in denen der Materialismus nach Kräften gefördert und das Spirituelle unterdrückt wurde. Zu diesem Zweck wurde die Naturlehre der drei Welten mittels Ideologien, insbesondere der Religionen, zersetzt. Indem die Menschen vom natürlichen Zugang zum Spirituellen abgeschnitten wurden, verloren sie auch ihr Wissen über ihre eigene Natur und Schöpfungsmacht und wurden von den von Babylon definierten Ideologien abhängig.

Besonders wirksam war die Forderung, die Natur müsse dem Menschen Untertan werden. Der Materialismus mit immer mehr Konsum und immer mehr Ressourcenverbrauch wurde zum Lebenszweck hochstilisiert. Um diese künstlich geschürten Bedürfnisse weltweit zu decken, ist eine riesige Industrie erforderlich, die immer grösser und produktiver werden muss, einerseits um die Nachfrage zu decken und andererseits aufgrund des babylonischen Geldsystems.

Zusätzlich schöpft der babylonische Staat immer mehr ab und schiebt als Begründung verschiedenste Ideologien vor.

Weil die Menschen auf diese Weise Raubbau an der Natur begehen, kann man ihnen nun ein Schuldgefühl einpflanzen, was ja bereits mit den Religionen, vor allem mit dem Christentum, vorbereitet wurde. Das wird heute u.a. mit der Ideologie 'Energieverbrauch ist böse', vor allem das Verbrennen von Öl, Gas und Kohle, zusammen mit der «Klimakatastrophe» vortrefflich umgesetzt. Allzu viele hinterfragen diese Narrative nicht, halten sie für wahr und sind bereit, alles zu tun, um die vorgegebenen ideologischen Massnahmen umzusetzen und sich dafür aussaugen zu lassen.

Die Rolle der Medien bei der Diskussion in den eidgenössischen Räten

> *Was faselt Ihr! Solange wir nicht die Presse der ganzen Welt in Händen haben, ist alles was Ihr tut, vergeblich; wir müssen die Zeitungen der ganzen Welt beeinflussen, um die Völker zu täuschen und zu betäuben.* *Baronet Moses Montefiori (1784-1885), Oberster Zivilbeamter der City of London, Br.:*

> *Journalismus ist etwas zu veröffentlichen, was andere nicht wollen, dass es veröffentlicht wird. Alles andere ist Propaganda…* *George Orwell, richtig Eric Arthur Blair (1903–1950) Schriftsteller, MI6-Mitarbeiter*

In der Vergangenheit berichteten die Medien detailliert über die einzelnen Themen und Debatten in den Sessionen der eidgenössischen Räte. Seltsamerweise gaben die Medien aber im Vorfeld und in der Zeit der Debatte über das Fusionsgesetz bis zur Verabschiedung durch die Bundesversammlung am 3. Oktober 2003 keinen einzigen Hinweis im Zusammenhang mit der Privatisierung der Institutionen. Dieses Thema wurde schlichtweg vorsätzlich totgeschwiegen!

Nachdem die illegale Privatisierung in der Öffentlichkeit ruchbar geworden ist und der Druck von Seiten des Volks immer mehr zunimmt, verteidigen die Medien die sich amtsanmassend nennenden «Behörden» und «Ämter» und deren Funktionäre, obschon es keine Institutionen mehr gibt. Rechtlich gesehen gibt es sogar nicht einmal die neuen Unternehmen. Aber dazu später mehr.

Das bedeutet, dass die Medien Teil des babylonischen Netzwerks sind und weitestgehend von Babylon kontrolliert werden. Entweder sitzt Babylon in den Teppichetagen und setzt die Richtlinien direkt durch, oder wenn es noch einzelne kleine Unternehmen gibt, so wird ihnen mittels der Banken[64] oder der Lieferanten die Existenzgrundlage entzogen, sollten sie nicht in ihrem Sinne publizieren. Zusätzlich wirkt eine systematische und intensive Manipulation der Menschen durch Babylon, die viele dazu bringt, die

---

64 www.brunner-architekt.ch → Politik → Schriftenwechsel → Banken und Wertpapierhäuser → Brief an die Geschäftsleitungen aller Banken und Wertpapierhäuser vom 18. Januar 2023: Allgemeine Bedingungen für Finanzintermediäre

aufgetischten Lügen zu «glauben». Offensichtlich gibt es weltweit keine unabhängigen Medien, genauso wie es weltweit keine Demokratie gibt.

> *Es ist leichter eine Lüge zu glauben, die man schon hundert Mal gehört hat, als die Wahrheit, die man noch nie gehört hat.* *Robert Lynd (1879-1949), irischer Schriftsteller*

Die Medien scheuen sich dabei nicht, im abgestimmten Orchester die babylonischen Narrative zu verbreiten und die illegale Privatisierung mit dreisten Lügen als ein Hirngespinst einiger weniger sogenannter «Reichsbürger» oder «Staatsverweigerer» darzustellen. Diese Zuschreibungen sind jedoch mehr als unpassend und hilflos: All jene Schweizer, die gegen die illegale Privatisierung opponieren, sind keine Reichsbürger, weil dieses Narrativ als billige Anlehnung an die Deutschen Hetzkampagnen gar nicht in die Schweizer Geschichte passt. Und sie sind auch keine Staatsverweigerer, weil sie die Rückabwicklung der illegalen Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen verlangen und die Amtsanmassungen der Firmenfunktionäre und die Zersetzung der verfassungsmässigen Ordnung der Schweiz (d.h. schwerwiegende Straftatbestände) nicht akzeptieren.

Nachdem offensichtlich geworden ist, dass die Medien Teil des kriminellen babylonischen Netzwerks sind, erstaunt es auch nicht, dass ihnen Bundesrat und Parlament mittels des Bundesgesetzes vom 18. Juni 2021 über ein 'Massnahmenpaket zugunsten der Medien', Geschäft Nr. 20.038[65], «Steuergelder» zuschanzen wollten, um ihre «Arbeit» zu vergüten. Obschon die Abstimmung nicht den Vorstellungen der Drahtzieher entsprach,[66] reichte Ständerat Charles Julliard (JU/Die Mitte) mit neun weiteren Ständeräten bereits fünf Wochen später eine Parlamentarische Initiative, Geschäft Nr. 22.417,[67] ein. Nach ihrem Willen sollen nun Fördermassnahmen zugunsten aller elektronischen Medien ergriffen werden.

Mit anderen Worten: Die Medien sind ein fester Bestandteil dieser Gesamtorganisation, die aktiv mitarbeiten, die Volksrechte abzuschaffen und daher mithelfen, die Menschheit von Babylon abhängig zu machen.

Deshalb ist es wichtig, die Funktion der Medien zu verstehen.[68]

Deswegen wird in den Medien auch der Vereinsname SIPS – *Stopp der illegalen Privatisierung des Staates* selten erwähnt. Diesen Namen haben einzig der Beobachter in der Ausgabe vom 16. Februar 2023 und Nau vom 9. März 2023 erwähnt, dabei jedoch die Vereinstätigkeit und die Ziele völlig verzerrt und falsch dargestellt. Wohlweislich wurde kein Verweis auf die Webseite gemacht, der die Lügen und Verdrehungen sofort offensichtlich gemacht hätte. Genau gleich wird der Name Alex Brunner in den Medien verheimlicht. Sowohl der Beobachter als auch der Tagesanzeiger vom 9. Januar 2023 schrieben nur von einem Architekten, gaben den Namen nicht preis, weil man auch auf seiner Homepage ganz andere Informationen finden würde, die nicht im Sinne der babylonischen Medien sind. Nur die Goldkueste24[69] vom 13. April 2023 und Nau[70] nannten diesen Namen. Nau zitierte sogar den «Verschwörungsspezialisten» und Dozenten an der Hochschule Zürich und Luzern, Dr. Marko Kovic[71], mit den Worten, Brunner sei ein «verwirrter Architekt» und SIPS sei ein Schwurbel-Verein mit ideologischem Eifer. Der Babylonier Kovic ist offensichtlich gezwungen, solche Antworten zu liefern, weil wahrheitsgemässe, breite Aufklärung der illegalen Privatisierung des Staates sehr schnell einen Riegel schieben würde.[72] Dafür würde er wohl von seinen Kreisen radikal abgestraft. Somit hat er also ein handfestes Interesse, vorsätzlich zu lügen.

Auf Linkedin schreibt er sogar offen[73], er *versuche, über Wichtiges nachzudenken; meist erfolglos*.

---

65 https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200038

66 https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20220213/index.html

67 https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220417

68 www.brunner-architekt.ch → Politik → Geschichte im Zusammenhang → Funktion der Medien, Seite 167-170

69 https://www.goldkueste24.ch/articles/186592-flugblatt-mit-verschwoerungstheorien-verteilt

70 https://www.nau.ch/news/schweiz/schweizer-reichsburger-verteilen-flyer-an-hochschulen-66440881

71 https://kovic.ch/

72 www.sips.ch → Grundlagen → Fakten zur illegalen Privatisierung → Umfrage bei Rechtsprofessoren

73 https://ch.linkedin.com/in/marko-kovic

Die Rolle der Gerichte, insbesondere des Bundesgerichtes

Auch das Bundesgericht wurde 1997 zur Vernehmlassung des Vorentwurfs zum Fusionsgesetz eingeladen.

Das Bundesgericht nimmt insofern eine bedeutende Rolle ein, als es das höchste Schweizer Gericht ist, weshalb seine Urteile wegweisenden Charakter haben. Deshalb verbeugen sich alle Juristen und jene, die es gerne wären, vor seinen Entscheiden, auch wenn Verfassung und Gesetze missachtet wurden. Es ist keineswegs gewährleistet, dass diese Urteile per se über jeden Zweifel erhaben und 'rechtskonform' sind, wie von den Rechtssuchenden in Treu und Glauben erwartet.

Wie im Manifest *Unser manipuliertes Rechtssystem* in den Kapiteln 4 bis 7[6] erklärt, spielte das Bundesgericht nicht nur bei der heimlichen Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht eine wichtige Rolle, sondern vor allem in der darauffolgenden letztinstanzlichen 'Rechtssprechungs-Praxis'. Die Aufhebung der parlamentarischen Kontrolle war in enger Zusammenarbeit mit den sogenannten «Vertretern» des Volks, dem Parlament, und dem Bundesrat durchexerziert worden. Nach dem Wegfall dieser Hürde erlaubten sich das Bundesgericht und auch die untergeordneten Gerichte, willkürlich die verbindlichen Rechtsgarantien und -grundlagen auszuhebeln und immer wieder zu Ungunsten des Volks zu entscheiden.

Es erstaunt daher keineswegs, dass das Bundesgericht die Tatsache der Staats-Privatisierung vehement abstreitet bzw. sie völlig ignoriert. Wird die Privatisierung rückgängig gemacht, was unausweichlich ist, so muss auch zwingend die inhaltliche Prüfung der Gerichtsurteile wieder eingeführt werden. Nicht nur das Bundesgericht, sondern alle Gerichte fürchten diese Prüfung, weil sie wissen, dass es ihnen dann für ihre Willkürentscheide an den Kragen geht. Deshalb äusserte sich das Bundesgericht in seinem Geschäftsbericht über das Jahr 2002 eindeutig: Es dürfe keine Prüfung der Gerichtsurteile mehr geben.[5]

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Gerichte nicht für das Volk da sind und keineswegs gewährleisten, dass dieses zu seinem Recht kommt. Vielmehr verhelfen die Gerichte den hintergründigen Strippenziehern dazu, ihre lügnerischen und manipulativen Ideologien durchzusetzen, die inzwischen mit Hilfe der Parlamente in immer absurdere Gesetze gegossen wurden. Sie sind nichts weiter als ein Rädchen im Getriebe, um einen Schein-Rechtsstaat zugunsten von Babylon vorzutäuschen.

Wie in den obigen Kapiteln 2, Die stillen politischen Veränderungen in der Schweiz und 3, Wie Herrschaft ausgeübt wird, erläutert, hatten die Gerichte bisher kaum die Wahl, anders zu entscheiden. Der Aufsatz Herrschaft[11] liefert hierzu weitere, vertiefte Erklärungen.

Die Rolle der Universitäten

> *Der Professorenstand sei eine Art Kaste, die sich vornehmlich durch Inzucht fortpflanze: Schwiegervater und Schwiegersohn sitzen innerhalb derselben Fakultät und fungieren innerhalb derselben Kommission als Examinatoren. In die Professuren heiratet man wie früher in die Handwerksgilden. Geistige Korruption, elende Schmeichelei und servile Anpassung können nur einen jungen Gelehrten zu Amt und Würde bringen.*[74]
>
> *Eugen Karl Dühring (1833-1921), deutscher Philosoph, Nationalökonom und einflussreicher Antisemit. Privatdozent*

Aus der Botschaft des Bundesrates zum Fusionsgesetz geht schlüssig hervor, dass er u.a. auch die schweizerischen Universitäten eingeladen hat, zum Vorentwurf Stellung zu nehmen. Ob sich die Universitäten dazu vernehmen liessen, sei dahingestellt. Entscheidend ist, dass die massgebenden Funktionäre der Universitäten, d.h. die Professoren, frühzeitig von der politischen Absicht Kenntnis hatten, die öffentlich-rechtlichen Institutionen zu privatisieren. Aber haben sie dieses Ziel und seine Konsequenzen in den Universitäten je thematisiert? In der Öffentlichkeit waren sie dazu stumm wie ein Fisch, obschon sie

---

74 Nikola Tesla, *Erfinder ohne Nobelpreis, Ursachen und Wirkungen diesseits und jenseits von Materie*, Band 2, Verlag für Aussergewöhnliche Perspektiven, 1996, ISBN 3922367615, 128 Seiten

zu allen möglichen anderen Themen immer behaupten, sie wüssten, was Sache ist und gerne das letzte Wort haben.

Im November 2022 führte der Verein SIPS bei über 300 Rechtsprofessoren eine Umfrage zur Privatisierung der staatlichen Organe und Instanzen durch. Das Ergebnis: Fast alle blieben eine Antwort schuldig, einige wenige gaben ausweichende Stellungnahmen ab, aber niemand wagte es, die Tatsache der illegalen Privatisierung zu verneinen.[72]

Die Professoren können keineswegs behaupten, dass sie keine Ahnung von den politischen und rechtlichen Vorgängen haben. Sie spielen diese Agenda mit, wohl wissend, dass damit die Gesellschaft zerstört werden soll und die Menschen in umfassende Abhängigkeit von den hintergründigen Machtzirkeln getrieben würden. Das ist ihnen aber offensichtlich egal, weil sie mit der Verbreitung von Narrativen und Ideologien sehr gut leben. Schliesslich wurden sie ja von den kantonalen Regierungen als Professoren gewählt. Diesen 'Würdenträgern' müssen sie im Gegenzug behilflich sein, im Amt zu bleiben, sonst könnte ihr eigener Brotkorb auf einmal leer bleiben. Sie setzen somit ihr eigenes Wohl egoistisch über das ihrer eigenen Kinder und der ganzen Gesellschaft, obschon sie bis heute von letzterer mittels «Steuergeldern» (noch) bezahlt werden. Welch fragwürdiger Charakter sich doch darin zeigt!

Siehe dazu im Kapitel 9.3, Wie die Politik kontrolliert und kanalisiert wird, welche Rolle die Universitäten in diesem kriminellen Netzwerk einnehmen. Dazu muss die geschichtliche Entstehung der Universitäten mitberücksichtigt werden.

Die Rolle der Juristen und Anwälte

Nachdem die Rolle der Universitäten bekannt ist, ergibt sich auch – zumindest ein Stück weit – aus welchen Gründen die Juristen dieses privatisierte System immer noch auf Biegen und Brechen unterstützen. Im Verlaufe ihrer Ausbildung wurden sie dermassen indoktriniert, dass sie die verschiedenen Veränderungen schlicht und einfach als gegeben annehmen und sich hüten, die schwerwiegenden Hintergründe, Zusammenhänge und Auswirkungen kritisch zu hinterfragen.

Durch die Mitgliedschaft der Anwälte im Schweizerischen Anwaltsverband, vertreten sie damit automatisch die Interessen der *International Bar Association (IBA)* und akzeptieren damit die zwölf BAR-Vermutungen. (Siehe dazu Kapitel 6, BAR-Vermutungen.)

Die anwaltliche Tätigkeit wird vor allem durch das Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz, BGFA, SR 935.61)[75] geregelt, welches die Anwälte im Zaun hält.

- Da ist in Artikel 2 das Monopol der Anwälte definiert, das nur ihnen erlaubt, Dritte gegen Entgelt vor Gericht zu vertreten. Im Zuge der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht und in deren Folge der entstandenen Behördenwillkür, entstand ein Bedarf nach Rechtsberatung. Damit wurde eine riesige unproduktive Branche geschaffen, die auf dem Buckel der Produktiven lebt.[76]
- Artikel 6 regelt die Pflicht zur Eintragung ins Anwaltsregister. Bedingung für diesen Eintrag ist nicht nur ein juristisches Studium mit einem anerkannten Abschluss einer babylonischen Universität, sondern sie müssen auch über ein Anwaltspatent verfügen. Damit sie dieses Patent erlangen, müssen sie eine Prüfung vor einer Prüfungskommission ablegen. Diese Kommission ist an den obersten kantonalen Gerichten angesiedelt und deren Mitglieder bestehen aus Richtern dieses Gerichtes sowie Vertretern des jeweiligen kantonalen Anwaltsverbandes. Diese Mitglieder vertreten nur das Interesse von Babylon, ansonsten sie nicht in diese Kommission gewählt worden wären.
- Artikel 14 (bis 17) bestimmt die kantonalen Aufsichtsbehörden über die Anwälte, die sie zu beaufsichtigen haben. Dafür gibt es an den obersten Gerichten eine separate Kommission, welche Disziplinarverfahren gegen Anwälte durchführt, wenn Gerichts- und Verwaltungsbehörden Vorfälle melden, die die Berufsregeln verletzten. Die von der Kommission erlassenen Disziplinarstrafen können von einem Verweis über Busse bis zu einem unbefristeten Berufsverbot reichen.

---

75 https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2002/153/de

76 www.brunner-architekt.ch → Politik → Geschichte im Zusammenhang → Das manipulierte Rechtssystem, Kapitel 4.5.2 Spezielles, Anzahl der Rechtsanwälte

Weiter gibt es noch die Schweizerischen Standesregeln (SSR) des Anwaltsverbandes[77], welche die Anwälte weiter drangsalieren.

- Artikel 3 beschreibt die Unabhängigkeit und fordert, dass sich die Anwälte in der Ausübung ihres Berufs keinen Einflüssen von Dritten aussetzen dürfen, die ihrerseits nicht der berufsrechtlichen Aufsicht unterstehen. Das bedeutet, dass die BAR-Vermutungen, die über den Anwaltsverband eingebracht werden und alle von den Gerichten begangenen und vorsätzlich tolerierten Verbrechen sowie alle verbreiteten babylonischen und gerichtlich bestätigten Ideologien zu akzeptieren sind und keine Beeinflussung Dritter sind.
- In Artikel 6 wird die Berufsausübung definiert. Sie haben sich dabei sorgfältig und gewissenhaft an die Rechtsordnung zu halten. Das bedeutet, sie haben alles von den «Behörden» zu akzeptieren, was sie entschieden haben. Sie dürfen diese Entscheide selbstverständlich auf dem Rücken ihrer Klienten und gegen Bezahlung beschweren, müssen sonst aber den Mund halten, ansonsten drohen ihnen Disziplinarstrafen.
- Artikel 26 fordert von den Anwälten das Auftreten gegenüber Gerichten und Behörden mit dem gebotenen Anstand und Respekt. Schlussendlich sind sie alle Kollegen. Bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus. Gleichzeitig wird gefordert, dass sie alle rechtmässigen Massnahmen ergreifen, die zur Wahrung der Interessen ihrer Klientschaft erforderlich sind. Das tun sie leider nicht, ansonsten müssten sie sich beispielsweise gegen die illegale Privatisierung vehement zur Wehr setzen.
- In Artikel 32 wird der Streit unter Kollegen geregelt. Kurz festgehalten, bevor sie gerichtliche oder behördliche Schritte einleiten, haben sie sich an den kantonalen Anwaltsverband ihres Kontrahenten zu wenden. Spätestens mit diesem Schritt wenden sie sich an die unterste Stufe von Babylon. Bereits hier wird vermittelt, damit die Vorgänge unter den Teppich gekehrt werden können, damit sie in einem babylonischen Gerichtsverfahren nicht öffentlich werden. Auf diese Weise wird die «Rechtschaffenheit» der Anwälte – aber vor allem der ganzen Justiz – nicht in Frage gestellt. Die künstlich hochgehaltene Reputation bleibt somit erhalten.

Mit der künstlich hochgehaltenen Reputation wird Prestige verliehen. Das Wort Prestige stammt aus dem Französischen und bedeutet Ansehen bzw. Geltung, hat aber seine Wurzeln im Lateinischen Wort *praestigium*, was Vorzeichen, aber auch im Wort *praestigiae*, was Gaukelei, Blendwerk bedeutet. Der Begründer der Massenpsychologie, Gustave Le Bon (1841-1931), schreibt in seinem Buch *Psychologie der Massen*:

> *Der Nimbus ist in Wahrheit eine Art Zauber, den eine Persönlichkeit, ein Werk oder eine Idee auf uns ausübt. Diese Bezauberung lähmt alle unsere kritischen Fähigkeiten und erfüllt unsre Seelen mit Staunen und Ehrfurcht. Die Gefühle, die so hervorgerufen werden, sind unerklärlich wie alle Gefühle, aber wahrscheinlich von derselben Art wie die Suggestion, der ein Hypnotisierter unterliegt. Der Nimbus ist der mächtige Quell aller Herrschaft. Götter, Könige und Frauen hätten ohne ihn niemals herrschen können.*[78]

Den Anwälten ist die Behördenwillkür bestens bekannt. Bereits im Jahre 2005, als der Verfasser die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht aufdeckte und nachforschte, hat er den ehemaligen Nationalrat Dr. iur. Claudius Alder (1938-2022), ein Mitglied des Landesrings, kontaktiert, weil er eine Beschwerde über das Bundesgericht an den Bundesrat gerichtet hatte. Dabei sagte er, dass ein Weiterzug eines Rechtsmittels an das Bundesgericht eine Lotterie sei. Das sei in Anwaltskreisen seit 20 Jahren bekannt. Deshalb folgerte er, das Bundesgericht sei abzuschaffen. Welcher Anwalt hat das je seinen Klienten je so direkt kommuniziert?

Das Geschäftsmodell der Anwälte basiert ausschliesslich auf dem Anwaltsmonopol, wobei sie gemäss den Standesregeln vor Beendigung des Rechtsstreits weder eine Vereinbarung über die Beteiligung am

---

77 https://www.sav-fsa.ch/standesrecht-ssr-

78 Z.B. der Klassiker: Le Bon Gustave, *Psychologie der Massen*, Nikol, 2009, 208 Seiten, ISBN 3868200266
E-Book auf http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/le_bon_gustave_psychologie_der_massen_1985.pdf

Prozessgewinn als Ersatz für das Honorar abschliessen, noch sich dazu verpflichten, im Falle eines ungünstigen Ausgangs des Verfahrens auf das Honorar zu verzichten. So gesehen ist ihnen das Honorar in jedem Fall garantiert, weshalb sie kein Interesse haben, ihren Umsatz zu schmälern, indem sie ihre Klienten darüber orientieren, dass Behördenwillkür vorherrscht und die Täter überhaupt keine Legitimation mehr besitzen. Würden sie zudem gegen das betrügerische System opponieren, so wären sie schnell brotlos. Das heisst, sie betrügen ihre zahlenden Klienten, damit sie weiterhin wie eine Made im Speck leben können.[79]

Fazit

Alle genannten Organisationen und Funktionäre, aber nicht nur diese, sind feste Bestandteile der Gesamtorganisation, welche die Volksrechte abschaffen will, und sie helfen alle auf ihre Weise mit, die Menschheit von den verdeckten, tatsächlichen Herrschern abhängig zu machen. Auch wenn möglicherweise einige wenige schlichtweg keine Ahnung von den Zusammenhängen haben, oder diese nicht erkennen wollen, geben sie doch alle das babylonische Narrativ wieder. Deshalb handeln alle – spätestens seitdem nun dieses Thema in der Öffentlichkeit diskutiert wird – vorsätzlich und gewerbsmässig betrügerisch.

Mit der Aufdeckung der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht wurde längst bewiesen, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte gegen das Volk agieren. Das bedeutet, dass sich diese drei Mächte (Legislative, Exekutive, Judikative) verschworen haben. Mit der Aufdeckung der illegalen Privatisierung wird nun auch noch nachgewiesen, dass dieses Komplott nicht nur aus den drei Mächten besteht, sondern zusätzlich aus den Helfershelfern in den genannten Organisationen.

7.3.3 Die Handelsregisterverordnung

Welche Organisationen das Handelsregister aufzunehmen hat, regelte schon die Handelsregisterverordnung (HRegV; SR 221.411) vom 7. Juni **1937**.[80] Darin hiess es lediglich in Art. 10, Inhalt des Registers, Abs. 1, Bst. k **Institute auf Rechnung öffentlicher Gemeinwesen**. Dass sich öffentlich-rechtliche Institutionen ins Handelsregister einzutragen hätten, war damals völlig unbekannt.

In der Handelsregisterverordnung mit Stand vom 15. November 1989, in Kraft seit dem 1. Januar **1990**[81] hiess es erstmals in Artikel 10, Inhalt des Registers: Das Handelsregister enthält Eintragungen über: Bst. k **die selbständigen Gewerbe des öffentlichen Rechts.** Das war der Türöffner, mit dem die Gewerbe des öffentlichen Rechts, wie beispielsweise die technischen Betriebe der Gemeinden, privatisiert werden sollten. Entsprechend versuchten die ersten Gemeinden schon in den 1990er Jahren, ihre technischen Betriebe in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, d.h. zu «privatisieren», was aber nur bedingt gelang.

In der HRegV mit Stand vom 1. Juni **2004**[82] heisst es in Art. 10, **Inhalt des Registers**:

> *Abs. 1: Das Handelsregister enthält Eintragungen über:*
>
> *k. selbständige Gewerbe des öffentlichen Rechts;*

Und zusätzlich in Art. 53 **Die Arten der eintragspflichtigen Gewerbe**:

> A: Hier werden die Handelsgewerbe aufgezählt
>
> B: Definition der Fabrikationsgewerbe

---

79 www.politik.brunner-architekt.ch → Politik → Recht → Anwälte → Brief an den Schweizerischen Anwaltsverband vom 13. April 2022: Die Rolle der Anwälte – Allgemeine Bedingungen

80 https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc/130000007.pdf?id=130000007&cache=1687269121479

81 Fassung vom 01.02.2004, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/53/577_573_593/de

82 https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/53/577_573_593/20040201/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-53-577_573_593-20040201-de-pdf-a.pdf

C. Zu den andern, nach kaufmännischer Art geführten Gewerben gehören diejenigen, die nicht Handels- oder Fabrikationsgewerbe sind, jedoch nach Art und Umfang des Unternehmens einen kaufmännischen Betrieb und eine geordnete Buchführung erfordern.

Darunter fallen selbstverständlich auch alle öffentlich-rechtlichen Institutionen, zumal sie ja auch eine geordnete Buchhaltung zu führen haben. Formell sollte diese von den jeweiligen parlamentarischen Kommissionen kontrolliert werden, doch die Kontrolle der Buchhaltung erfolgt nicht effektiv und das tatsächliche, detaillierte Ergebnis wird nicht öffentlich kommuniziert.

Faktisch wurde so allen öffentlich-rechtlichen Institutionen, die irgendwelche Leistungen gegen Entgelt ausführen, vorgeschrieben, sich im Handelsregister eintragen zu lassen. Die Kombination von Handelsregisterverordnung und Fusionsgesetz führte unter dem Radar des Volkes hindurch zur Umsetzung der Privatisierungsagenda.

In der neu revidierten Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007, in Kraft seit dem 1. Januar **2008**,[83] heisst es seither in Art. 2, Begriffe:

Rechtseinheit

Dann werden die verschiedenen Organisationsformen aufgezählt.
13. ***Institute des öffentlichen Rechts (Art. 2 Bst. d FusG)***

Eine Rechtseinheit ist rechtlich und wirtschaftlich selbständig. Sie kann bei rechtlicher Selbständigkeit wirtschaftlich abhängig sein (Tochtergesellschaft eines Konzerns) oder sie kann wirtschaftlich selbständig sein bei rechtlicher Abhängigkeit (Zweigniederlassungen). Eine Rechtseinheit ist ein Eintragungssubjekt im Handelsregister wie z.B. eine Aktiengesellschaft oder auch ein Einzelkaufmann.

Weiter heisst es in Art. 107, Inhalt des Eintrags: **Bei Instituten des öffentlichen Rechts müssen ins Handelsregister eingetragen werden:** Dann folgen alle Elemente, die anzugeben sind. Damit wurde ohne Wissen und Willen des Volkes 'vorgegeben', die Institute des öffentlichen Rechts seien handelsregisterpflichtige, d.h. wirtschaftlich ausgerichtete Unternehmen.

Dass diese Eintragungen schon flächendeckend stattgefunden haben, wird von den Handelsregisterämtern bei Nachfrage weiterhin geleugnet. Nachdem die Wirtschaftsdaten dieser Pseudo-Unternehmen (ehemals Bund, Kantone, Gemeinden und deren staatliche Unterorganisationseinheiten) aber in privaten Wirtschaftsdatenbanken bekannt geworden sind, ist dieses Mauern völlig unglaubwürdig geworden.

Die Handelsregisterführer wissen sehr wohl, woher die präzisen Eintragungsdaten stammen. Sie könnten durchaus bekanntgeben, dass sie selbst den Wirtschaftsdatenbanken diese Angaben mitgeteilt haben.[84] Es ist nämlich keinesfalls so, dass die Handelsregisterämter nicht wissen, welche Gesellschaften im Register eingetragen sind und welche nicht, denn bereits gemäss Art. 63 HRegV von 1937 mussten die Registerführer jährlich die Gemeinde- oder Bezirksbehörden ersuchen, ihnen Meldung von Änderungen von Gewerben zu erstatten. Zudem wurden die Ämter auch gehalten, relevante Angaben von Gewerben zu melden, welche eine Änderung des Eintrags zur Folge hatten. Ab dem Jahre 1990 wurde der Turnus auf drei Jahre erweitert. Seit dem Jahre 2008 ist dies in Art. 157 geregelt.

Deshalb können die Handelsregisterführer gar nicht behaupten, sie hätten keine Ahnung von der Umwandlung von öffentlich-rechtlichen Institutionen zu Kapitalgesellschaften. Diese Pseudo-Unternehmen sind bei ihnen registriert, nur nicht öffentlich einsehbar.

---

83 https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/2007/686/20080101/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-2007-686-20080101-de-pdf-a.pdf

84 DE/FR/IT: www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG, vom 30. November 2021

7.3.4 Die handelsrechtliche Bedeutung von Handelsregistereinträgen

Wenn wir hier von Kapitalgesellschaften sprechen, so steht vor allem die Aktiengesellschaft im Vordergrund, untergeordnet wird teils die GmbH verwendet. Vor allem mit der Aktiengesellschaft können sich potente Investoren geschickt in der Anonymität verstecken, ohne dass ihr Name in der Öffentlichkeit erscheint. Um die Anonymität dieser Investoren noch mehr zu verstärken, werden weitere Gesellschaften in verschiedenen Ländern gegründet und diese miteinander verwoben, womit der einzelne Aktionär nur sehr schwer ausfindig zu machen ist. Deshalb ist der französische Name der Aktiengesellschaft so treffend: Société anonyme. Wo Geld ist, ist auch Macht. Die tatsächlichen Machthaber sind darum hinter den Finanzgesellschaften versteckt. In der Öffentlichkeit wird dann anonymisierend von sogenannten Finanzmärkten gesprochen, die alle von den tatsächlichen Herrschern manipuliert sind.

Daraus wird ersichtlich, dass das Handelsregister u.a. auch ein Mittel zur steigenden Anonymisierung und Schwächung der Gesellschaft ist. Dies ist gewollt und wird vor allem mit der Globalisierung und der Vermischung der Völker gefördert. Früher ging es auch ohne Handelsregister, doch dieses Konstrukt dient nun als Kontrollinstrument der Wirtschaft gegenüber der Gesellschaft bzw. der Menschheit, um sie den vorgegebenen Ideologien, die ständig geändert und verschärft werden, zu unterwerfen.

Nur die Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitungen sowie die weiteren Handlungsberechtigten werden in der Öffentlichkeit bekannt, weil mit ihnen die einzelnen Geschäfte abgewickelt werden. Die eigentlichen Machthaber jedoch geben ihre Order den von ihnen beherrschten Verwaltungsräten nicht auf offiziellem Weg bekannt, sondern inoffiziell und geheim.

Als Hauptaufgabe des Handelsregisters wird vorgegeben, es lege für den Geschäfts- und Rechtsverkehr bedeutsame rechtliche Verhältnisse über kaufmännische Betriebe offen (Publizitätsfunktion). Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn es geht darum, wie vorliegend geschildert, mittels stetig veränderter Normen die Völker zu betrügen, sie mit Hilfe von Verwaltungen zu kontrollieren und Macht über sie auszuüben, um sie klein zu halten.

Wenn eine Aktiengesellschaft neu gegründet wird, müssen dem Handelsregisteramt verschiedene Angaben und Unterlagen gemäss Art. 20ff HRegV eingereicht werden.

Wird ein neues Wirtschaftsunternehmen gegründet, ist zunächst zu klären, welches Gewerbe ausgeübt werden soll und welchen Zweck es verfolgt. Weiter ist der Firmenname zu definieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass beispielsweise bei Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Zusatz AG bzw. GmbH zwingend ist. Weiter muss die Kapitalgrösse definiert werden und unter Umständen sind auch die Haftungsverhältnisse festzulegen. Dies gilt jedoch nicht bei der AG. Dann sind deren Organe zu bestellen, d.h. es ist zu definieren, wer welche Funktionen übernimmt. Als wichtigstes Dokument muss der Wille des Eigentümers vorgelegt werden, in dem er bestätigt, dass er das geplante Unternehmen so umsetzen will.

Aber genau hier liegt das grösste Problem bei der heimlichen Privatisierung der staatlichen Organe und Institutionen, denn für ihre Umwandlung zu Kapitalgesellschaften braucht es einen formellen Beschluss der Eigentümer. Dieser Eigentümer ist bei staatlichen Organisationen das Volk. Aber Volksbeschlüsse zur Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen und Organe gibt es nicht. Es wurden nie entsprechende Diskussionen geführt und Volksbefragungen durchgeführt. Das heisst, den (inzwischen auch privatisierten) Handelsregisterämtern wurden unvollständige oder vorsätzlich falsche Unterlagen eingereicht, weshalb alle Umwandlungen schon allein aus diesem Grund nie zu einer eigenen Rechtspersönlichkeit führen können. Diese Vorgänge hätten zwingend gestoppt werden müssen, was jedoch nicht geschah.

Zum Vergleich: Als es in diversen Gemeinden um die Privatisierung der kommunalen technischen Betriebe ging, wurde versucht, dies auf legalem Wege mit Abstimmungen zu erreichen. Wenn dagegen zu viel Widerstand erwuchs, wurde auf eine formelle Befragung verzichtet und durch die Hintertür privatisiert. Mit einigen wenigen Volksbefragungen zur Privatisierung öffentlicher Institute wurde jedoch präjudiziert, dass die Privatisierungen in einer Abstimmung vom Volk zu genehmigen sind.

Die Bedeutung der Eintragung

Um die Bedeutung und Tragweite des Begriffs «Eintragung ins Handelsregister» zu verstehen, wird hier kurz der schematische Ablauf erläutert:[85]

Der Eintragungsvorgang besteht darin, dass der Registerführer bestimmte Sachverhalte in «sein» Handelsregister (Art. 927 Abs. 1 OR) einträgt. Dieser Vorgang ist zweistufig. Zuerst werden die Sachverhalte ins Tagebuch eingetragen, dann ins Hauptregister. Mit vollzogener Eintragung im Hauptregister ist der Eintragungsvorgang abgeschlossen: die Eintragung ist vollendet und das Unternehmen erhält seine Rechtspersönlichkeit (Art. 52 Abs. 1, ZGB).

Bevor der Registerführer den Eintragungsvorgang einleitet, hat er zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Eintragung gegeben sind (Art. 940 OR; Art. 15ff HRegV). Diese Angaben trägt er ins Tagesregister ein. Die Prüfung des Registerführers wird ergänzt durch eine Nachprüfung beim eidgenössischen Amt für das Handelsregister:

Das eidgenössische Amt für das Handelsregister (EHRA) prüft, ob die Eintragungen «den Vorschriften entsprechen». Trifft dies im Einzelfall zu, so genehmigt es die Eintragung und veranlasst die Publikation der Eintragung im Schweizerischen Handelsamtsblatt (Art. 931 OR). Durch die Publikation wird die Genehmigung nach aussen bekanntgegeben.

Einträge im Tagesregister sind nach der Genehmigung durch das EHRA ins Hauptregister zu übernehmen. Die Übernahme muss spätestens am Tag der Veröffentlichung im Schweizerischen Handelsamtsblatt erfolgen (Art. 9 HRegV).

Zusammengefasst heisst das, die neue Unternehmung ist erst gegründet, wenn sie im Hauptregister erfasst **und** im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) publiziert ist. Erst ab diesem Zeitpunkt erhält sie eine eigene Rechtspersönlichkeit und wird erst dadurch rechtlich handlungsfähig.

Das gilt nicht nur für die Unternehmung, sondern auch für alle handlungsberechtigten Organe. Erst wenn die Handlungsberechtigten im Handelsamtsblatt publiziert sind, d.h. auch im Hauptregister eingetragen sind, haftet die Unternehmung, sofern keine anstellungsrechtlichen Hindernisse im Wege stehen.

Bei Schulden einer Aktiengesellschaft haftet ausschliesslich das Geschäftsvermögen. Bei einer GmbH haftet der Geschäftsführer privat, wenn Fahrlässigkeit und Absicht vorhanden sind. Da die angeblichen Unternehmen, die aus den staatlichen Institutionen hervorgingen, nie rechtskonform gegründet wurden (sonst müsste der Eintrag im Handelsregister öffentlich und die Publikation im Handelsamtsblatt erfolgt sein), haften alle Funktionäre privat – d.h. mit ihrem eigenen Vermögen – unabhängig davon, welche Position sie in diesem fiktiven Unternehmen einnehmen.

Aktienrechtliche Verantwortlichkeit[86]

Art. 752 ff. OR regelt die eigene Verantwortlichkeit bestimmter Funktionäre für von ihnen in Verletzung ihrer Pflichten gegenüber der Gesellschaft, den Aktionären und allenfalls den Gläubigern verursachte Schäden. Die nachstehend aufgeführten Regelungen basieren jedoch immer auf einer eigenen Rechtspersönlichkeit des Unternehmens und nicht auf einer Fiktion. Dabei werden die folgenden Bereiche unterschieden:

- Die *Emissionshaftung* (Art. 752 OR) normiert eine individuelle Verantwortlichkeit von Funktionären, die bei der Gründung einer Gesellschaft oder bei der Ausgabe von Aktien, Obligationen oder anderen Titeln in Emissionsprospekten oder ähnlichen Mitteilungen unrichtige, irreführende oder den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechende Angaben machen oder verbreiten.

---

85 ~~https://www.unifr.ch/ius/stoeckli/de/assets/public/files/publications/PublikationenPeterGauch/VonderEintragunginsHandelsregisterWirkungennegativenPublizitaetswirkung.pdf~~ - nicht mehr vorhanden

86 https://www.rwi.uzh.ch/static/elt/lst-vogt/gesellschaftsrecht/organisation/de/html/verantwortlichkeit_organhaftung.php

- Die *Gründerhaftung* (Art. 753 OR) gilt für Funktionäre, die an der Gründung einer Aktiengesellschaft mitwirken und dabei ihre Pflichten verletzen.
- Die *Organhaftung* (Art. 754 OR) sieht für die Mitglieder des Verwaltungsrates und alle mit der Geschäftsführung oder der Liquidation betrauten Funktionäre eine individuelle Haftung für Schäden vor, die sie durch fahrlässige oder vorsätzliche Pflichtverletzungen herbeiführen.
- Die *Revisionshaftung* (Art. 755 OR) gilt für alle Funktionäre, die bei der Prüfung der Jahres- und Konzernrechnung, der Gründung, der Kapitalerhöhung oder Kapitalherabsetzung ihre Pflichten vernachlässigen.

Eine Haftung der betreffenden Funktionäre besteht nur, wenn die
- Pflichtverletzung
- schuldhaft geschehen ist und
- adäquat kausal
- zu einem Schaden geführt hat.

Die Regeln des allgemeinen Haftpflichtrechts sind anwendbar, soweit keine abweichenden Vorschriften gemäss Art. 752 ff. OR dagegenstehen.[87]

Aus diesem Kontext ist zu schliessen, dass nebst dem Volksentscheid auch sämtliche Angaben im Register eingetragen sein müssten: Allein damit stünden die gründenden Funktionäre bereits in der Gründerhaftung. Aber es kam nie zu einer vollständigen Gründung.

Unter Organhaftung (Art. 754 OR) wird die individuelle Haftung der mit der
- Verwaltung,
- Geschäftsführung und
- Liquidation befassten Funktionäre

für Schäden verstanden, die sie der Gesellschaft, den Aktionären und – im Konkurs – den Gläubigern verursacht haben. Sicher ist jedenfalls, dass sich die vorgeblichen 'Handlungsberechtigten', die jedoch lediglich Funktionäre dieser Unternehmungen ohne Rechtspersönlichkeit sind, der ungetreuen Geschäftsbesorgung schuldig machen, weil sie ohne Auftrag handeln (Art. 158 StGB). Deshalb werden sehr viele Forderungen auf sie zukommen, weil es offensichtlich ist, dass sie Schäden vor allem durch vorsätzliche Pflichtverletzungen herbeigeführt haben. Wie weit die übrigen Haftungen relevant sind, wird sich noch weisen.

Die Angestellten dieser Pseudo-Unternehmen haben eine Haftpflichtversicherung für ihr Handeln abgeschlossen. Es erscheint unwahrscheinlich, dass diese Versicherungen die bereits verursachten Schäden und vor allem die ihnen offerierten Pönalen, auf die bisher alle eintraten, überhaupt bezahlen werden. Es wird umso spannender werden, weil auf beiden Seiten dieses Vertragsabschlusses Babylon sass, d.h. beide Seiten (Pseudo-Unternehmen und Haftpflichtversicherer) waren sich über die Tragweite ihrer Handlungen bewusst.

Da die entsprechenden Handelsregistereinträge geheim gehalten wurden und nie eine Publikation im Handelsamtsblatt erfolgte, erübrigt sich auch zu diskutieren, ob nun eine positive oder negative Publizitätswirkung gemäss Art. 933 OR erfolgt sei.[88]

Sollten die ersten Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit bereits verkauft sein, wovon auszugehen ist,[89] stellt sich die Frage, ob dem «Investor» ein «beglaubigter Handelsregisterauszug» vorgelegt wurde. Das wäre durchaus denkbar, um so pro forma zu dokumentieren, dass alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass diese Unternehmen – deren Kapital aus öffentlichen Mittel besteht – nie öffentlich ausgeschrieben, sondern quasi unter der Hand «verkauft» wurden. Das bedeutet, dass der «Investor» von den betrügerischen Machenschaften Kenntnis haben musste. Zudem hat nur Babylon Interesse, solche Unternehmungen zu übernehmen, womit

---

87 https://www.rwi.uzh.ch/static/elt/lst-vogt/gesellschaftsrecht/organisation/de/html/unit_organisationsm.html

88 https://www.rwi.uzh.ch/static/elt/lst-vogt/gesellschaftsrecht/handelsregister/de/html/unit_wirkung.html

89 Erste Meldungen von «Verkäufen» sind bereits eingegangen.

offensichtlich wird, wem die Privatisierung nützt. Da aber nicht nur die «Gründung» der Unternehmung ohne Rechtspersönlichkeit betrügerisch erfolgte, sondern auch ein vorgeblicher Kaufvertrag gezinkt sein muss, wovon mit Sicherheit beide Seiten Kenntnis haben und weil zudem beide Seiten (die Funktionäre des «Verkäufers» und des Käufers) Babylon vertreten, erfüllt ein solcher «Investor» zweifelsfrei den Straftatbestand der gewerbsmässigen Hehlerei gemäss Art. 160 Abs. 2 StGB.

Entgegen allen offiziellen Beteuerungen, insbesondere von den Handelsregisterämtern**, sind alle diese neuen Pseudo-Unternehmen in den Registern eingetragen**. Dem Verfasser wurde schon vor sieben Jahren bestätigt, dass die «Institutionen» einen Handelsregistereintrag besitzen. Dieser Eintrag darf nicht offiziell öffentlich bekannt werden, ansonsten der Betrug bekannt und nicht durchgesetzt werden könnte. Deshalb werden diese Einträge nur indirekt über die privaten Datenbanken publiziert. Damit ist das Geheimnis ein wenig gelüftet und deshalb wird es offiziell dementiert. Bei den Handelsregistern haben nur die «eingeweihten» Funktionäre Zugriff auf diese Daten. Das wird über die Software gesteuert. Weil die DV Bern AG fast allen Handelsregistern die Software liefert und mehrheitlich auch die Daten hostet, ist bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, dass sie mitverantwortlich ist.

7.3.5 Die Veränderung der Gesetzgebung …

Der immer stärker werdende Privatisierungs-, Zentralisierungs- und Konzentrationsprozess wird von verschiedener Seite kritisiert. Das haben schon diverse Autoren festgestellt, allerdings in einem engeren Gebiet. So schreibt etwa die ‚Schweizerische Kirchenzeitung' im Aufsatz ‚Subsidiarität und Föderalismus':[90]

> *… In den letzten Jahren ist allerdings ein Prozess der schleichenden Zentralisierung auch in der Schweiz wie in anderen Staaten feststellbar, obschon die gegenwärtig geltende Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Grundsatz der Subsidiarität seit 2005 explizit garantiert. Neue Ausgaben- und Einnahmenverbünde sind seither geschaffen, weitere Politikbereiche vereinheitlicht worden. …*

Als Professor für Politische Ökonomie und ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse, einer babylonischen Lobby-Organisation, muss Christoph A. Schaltegger wissen, wovon er spricht, weil er Insiderwissen haben muss. Weiter wird darin berichtet:

> *… Man könnte zugespitzt sagen, dass die Gliedstaaten sich zu einem Steuerkartell zusammenschliessen und die Zentralisierung ein Mittel zur Stabilisierung des an sich instabilen Kartells ist. Als Entgelt für die Überwachung der kolludierenden Gliedstaaten wird der Zentralstaat anteilsmässig am Kartellgewinn beteiligt. …*[91]

Der Volkswirt und Babylonier Charles B. Blankart, der als Mitglied der babylonischen Organisationen Mont Pèlerin Society und der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft vertieftes Insiderwissen hat, muss es schlussendlich wissen.

Das «instabile Kartell» ist natürlich nur eine Tarnung, um die Prozesse der Vereinheitlichung zu verschleiern, und zudem werden die Probleme nur ansatzweise beschrieben, damit die dahinter versteckten Ziele nicht erkannt werden können.

Dieser rasant voranschreitende Konzentrationsprozess wird im Steuerrecht durch die Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA) (innereuropäische Organisation der Steuerverwaltungen) gesteuert. Die IOTA entstand im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Sie wurde 1996 gegründet

---

90 https://www.kirchenzeitung.ch/article/subsidiaritaet-und-foederalismus-9700

91 Zur Kartellthese siehe Charles B. Blankart: Die schleichende Zentralisierung der Staatstätigkeit: Eine Fallstudie, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Vierteljahresschrift der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik 119 (1999), 331–350.

und hat 44 Steuerverwaltungen als Mitglieder. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) ist seit 2006 Mitglied der IOTA.[92]

Das internationale Steuerrecht verdeutlicht die Zielvorgabe einer lückenlosen Überwachung und über den Staaten stehenden Kontrolle. Mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) übermittelt die ESTV den ausländischen Steuerbehörden Informationen zu Kapitaleinkommensarten und Saldi von Kundenkonti von Personen, die im Ausland steuerlich ansässig sind. Oder beim Country-by-Country- Reporting (CbCR) tauscht die ESTV mit ausländischen Steuerbehörden länderbezogener Berichte multinationaler Unternehmen aus. Sie beinhalten Umsätze, Steuern und Kennzahlen sowie Angaben zu sämtlichen Rechtsträgern.

Schlussendlich wird die sogenannte «Amts- und Rechtshilfe» ausgeübt, indem Informationen zwischen internationalen Steuerbehörden gemäss Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), den Spontanen Informationsaustausch SIA und die Steueramtshilfe gemäss Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) ausgetauscht werden.[93] Man beachte, dass dies alles völlig illegal geschieht, weil nicht nur die schweizerischen Steuerverwaltungen als Kapitalgesellschaften über gar keine hoheitliche Legitimation verfügen, sondern auch die ausländischen, da praktisch alle Nationen zu Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden; selbstverständlich illegal.[94]

… am Beispiel der Mehrwertsteuer

Mit der Inkraftsetzung des ZGB im Jahre 1912 konnten auch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, die wirtschaftliche Zwecke verfolgten, ins Handelsregister eingetragen werden.

Die erste bisher bekannte «öffentlich-rechtliche Institution», ist die Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV in Bern, welche schon im Jahre 1915 als Kapitalgesellschaft ins Handelsregister eingetragen wurde. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Umwandlung der Eidgenössischen Steuerverwaltung in eine Kapitalgesellschaft im Jahre 1915 fällt genau auf die neue Verteilung der Steuerquellen.[95] In dieser Publikation wird auch eindrücklich dargestellt, ab wann die verschiedenen Steuern erhoben wurden. Sie wurden immer vielfältiger und immer höher. Die Eidgenössische Steuerverwaltung verfolgt somit seit mehr als einem Jahrhundert nur wirtschaftliche Zwecke (Art. 52 Abs. 2 ZGB). Die Steuern sind **die** Einnahmequelle eines Staates. Und wenn diese Einnahmequelle nur wirtschaftliche Zwecke verfolgt, so heisst das folglich, dass ein solcher Staat nur ein Wirtschaftsunternehmen ist und keine darüber hinaus gehenden gesellschaftlichen Funktionen mehr erfüllen will.

Und diese Kapitalgesellschaft masst sich an, Steuern einzuziehen.

Gestützt auf den «Vollmachten-Beschluss» vom 30. August 1939 beschloss der Bundesrat am 9. Dezember 1940, eine Wehrsteuer zu erheben. Diese Wehrsteuer wurde 1982 in die «direkte Bundessteuer» unbenannt.

Die heutige Mehrwertsteuer (MWST) ist der Nachfolger der einstigen Warenumsatzsteuer (WUST). Letztere wurde als fiskalische Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg durch den Bundesratsbeschluss vom 29. Juli 1941 über die Warenumsatzsteuer eingeführt und Ende 1995 von der Mehrwertsteuer abgelöst. Dafür wurde das Bundesgesetz vom 2. September 1999 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG, SR 641.20) erlassen, welches am 12. Juni 2009 durch ein neues Mehrwertsteuergesetz ersetzt wurde. Rein fiskalisch ist der Zweite Weltkrieg somit nach wie vor nicht beendet, sondern nur sprachlich umgedeutet.

---

92 ~~https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/internationales-steuerrecht/iota.html~~ nicht mehr verfügbar https://www.iota-tax.org/

93 https://www.estv.admin.ch/estv/de/home.html

94 https://www.law.cornell.edu/cfr/text/26/301.7701-2

95 www.estv.admin.ch → Die ESTV → Steuersystem Schweiz → Das Schweizerische Steuersystem → PDF

Steuern zu erheben ist eine Erfindung von Babylon, denn dieses Mittel wurde bereits im 3. Jahrtausend vor unserer Zeit bei den Sumerern angewandt.[96] Damit setzt die Eidgenössische Steuerverwaltung lediglich die Vorgaben von Babylon um.

Im ersten Mehrwertsteuergesetz aus dem Jahre 1999 wurde der Begriff des Gemeinwesens erstmals in wirtschaftlicher Hinsicht definiert. Damit wurden beispielsweise Lieferungen von Wasser, Gas, Elektrizität, thermischer Energie und Ähnlichem sowie die Tätigkeiten von Amtsnotaren, Vermessungsbüros etc. erstmals besteuerbar.

Mit dem Mehrwertsteuergesetz von 2009 wird in Art. 3 Begriffe, Bst. g das Gemeinwesen grundsätzlich neu umschrieben und geregelt. Als hoheitliche Tätigkeit wird jede Leistung bezeichnet, die nicht unternehmerischer Natur ist, namentlich nicht marktfähig sei und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter stehe, selbst wenn für die Tätigkeit Gebühren, Beiträge oder sonstige Abgaben erhoben werden. Weshalb werden dann die Institutionen trotzdem privatisiert, wenn sie angeblich nicht marktfähig sind?

Zum Gemeinwesen heisst es im Mehrwertsteuergesetz vom 12. Juni 2009 in Art. 12, dass die autonomen Dienststellen von Bund, Kantonen und Gemeinden und die übrigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts Steuersubjekte seien. Steuerpflichtig sind sie erst, wenn mehr als 100'000 Franken Umsatz pro Jahr aus steuerbaren Leistungen an Nichtgemeinwesen stammen.

In der Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV, SR 641.201) vom 27. November 2009 wird sodann definiert, welche Tätigkeiten als unternehmerisch und damit als steuerbar gelten. Neu fallen u.a. auch die Rauchgaskontrollen unter die Steuerpflicht.

Weiter gibt es für 26 Branchen umfangreiche MWST-Branchen-Infos[97]. Allein die Infos für die Gemeinwesen umfassen 160 PDF-Seiten. Darin wird zwischen unternehmerischer und hoheitlicher Tätigkeit unterschieden. Bei der unternehmerischen Tätigkeit wird wiederum zwischen steuerbaren und steuerbefreiten Leistungen einerseits und Leistungen, die von der Steuer ausgenommen sind andererseits, unterschieden. Im Grundsatz ist ein Gemeinwesen «hoheitlich», wenn es nicht unternehmerischer Natur, namentlich nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht. Aber ausgerechnet durch die Fusion mit privaten Rechtsträgern wird der Wettbewerb angekurbelt.

Noch komplizierter wird es, wenn Gemeinden gewisse Bereiche zusammenlegen. Dann gelten diese Bereiche nicht mehr als Organisationseinheit im Sinne von Art. 21. Abs. 5 MWSTG. Für diese Bereiche gilt neu die Mehrwertsteuerpflicht.

Gesamthaft bekommt man den Eindruck, dass das MWSTG bereits ans Fusionsgesetz angepasst wurde, indem es immer unerheblicher wird, ob nun ein Gemeinwesen mit einem privaten Rechtsträger fusioniert ist oder nicht. Es geht aber auch darum, die Mehrwertsteuer irgendwann auf alles auszudehnen, wenn die Privatisierung weit genug fortgeschritten ist.

---

96 http://www.estv2.admin.ch/jubi/begriffsgeschichte-d.htm

97 https://www.gate.estv.admin.ch/mwst-webpublikationen/public/pages/sectorInfos/tableOfContent.xhtml?publicationId=1004706&lang=de

7.4 Die einzelnen «Behörden und Ämter»

7.4.1 Ebene Bund[98]

La Confédération Suisse (Schweizerische Eidgenossenschaft) wurde im Jahre 2014 in die höchste Muttergesellschaft (Ultimate Parent) mit total 999 Subsidiaries (Tochterfirmen) und Branches (Zweigniederlassungen) umgewandelt und hat ihren Sitz irgendwo in Belgien. Siehe unter www.dnb.com.[99]

Der ehemalige SVP-Nationalrat und Walliser Staatsrat Oskar Freysinger schrieb im *Walliser Bote* vom 19. August 2022 unter dem Titel «Die Firma Schweiz»,[100] sie sei am 18. Februar 2014 ins belgische Handelsregister eingetragen worden.

Die amerikanische Cornell Universität[94] erklärt auf Ihrer Homepage den *Code of Federal Regulations* (CFR; Sammlung der Bundesverordnungen). Er ist nebst den vom Kongress erlassenen Gesetzen eine zusätzliche Sammlung von Verwaltungsverordnungen, welche von den Bundesbehörden erlassen und im CFR publiziert werden. Im Kapitel 26 werden die *Internal Revenue* (auch *Treasury Regulations*) beschrieben. Darin werden u.a. die Wirtschaftseinheiten definiert, so auch bestimmte ausländische Körperschaften, welche in der definierten Rechtsordnung gegründet wurden. In dieser Liste sind 87 Nationalstaaten aufgeführt, u.a. die Schweiz (Switzerland) als Aktiengesellschaft.[94]

Gleichzeitig gibt es in der Schweiz ein Unternehmen namens Schweizerische Eidgenossenschaft, die über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im In- und Ausland verfügt. Siehe unter www.monetas.ch.

Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde am 12. Juli 2006 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Sie verfügt über Tochtergesellschaften im Ausland. Sie hat einen Verwaltungsrat, der mit dem Bundesrat identisch ist. Verwaltungsräte gibt es nur in Aktiengesellschaften womit die Aussage der Cornell Universität bestätigt wird. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Bundeskanzlei wurde bereits am 30. August 2002 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Auch sie ist eine Kapitalgesellschaft und verfügt über Tochtergesellschaften im Inland sowie über Niederlassungen im Ausland. Als Geschäftsführer (Key Principal) wurden bei monetas.ch Annemarie Hotz und Walter Thurnherr, Bundeskanzler seit 2016 bis heute, genannt. Diese Angaben sind heute nicht mehr zugänglich. Hotz war von 2000 bis 2007 Bundeskanzlerin, womit unter ihr die Privatisierung vollzogen wurde. Thurnherr ist gleichzeitig Geschäftsführer der Muttergesellschaft Bundesverwaltung und der Tochtergesellschaft Bundeskanzlei. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Daraus geht schlüssig hervor, dass der ganze Bundesrat nur noch pro forma eine Behörde ist, um das bestehende Bild der Ideologie «Demokratie» in den Köpfen der unwissenden, vorsätzlich in die Irre geführten Menschen in Erinnerung zu halten. Tatsächlich ist er jedoch «handlungsberechtigtes Organ» eines illegal gegründeten Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit, das sich anmasst, hoheitliche Handlungen zu erlassen, anzuwenden und durchzusetzen. Dazu stehen ihm die gesamte «Staatsverwaltung» sowie auch die Kantone und Gemeinden als untergeordnete und damit befehlsnehmende «Tochtergesellschaften» zur Verfügung. Spätestens seit der Privatisierung im Jahre 2014 sind all diese Handlungen schweizweit illegal und damit amtsanmassend (Art. 287 StGB).

Diese Umwandlung der gesamten Nation in eine Holdinggesellschaft wurde in strategischer Weitsicht geplant. Hierzu hat der Bundesrat die Planung von Babylon gemäss vorgegebenem Auftrag umgesetzt, bzw. umsetzen müssen, denn er ist, wie das Parlament, bloss ein biederer und korrupter Lakai dieser Herrscher im Hintergrund.

---

98 www.brunner-architekt.ch → Politik → Diverse Korrespondenzen ab 2020 → Allgemein → Listen → Liste von Behörden und Ämter mit Handelsregistereintrag

99 Seit Anfangs Juli 2022 sind die Daten nur noch via Bezahlschranke sichtbar.

100 https://bumibahagia.com/2022/09/03/die-firma-schweiz-klartext-in-der-oberwalliser-zeitung/

Weiter gilt es noch zu klären, ob die Bundesversammlung mit der UID-Nummer CHE-420.485.329 ebenfalls bereits eine private Kapitalgesellschaft ist. Da die Bundesversammlung ebenfalls ein Teil von La Confédération Suisse ist, die im Jahre 2014 «incorporated» (d.h. ins Handelsregister eingetragen) wurde, ist sie spätestens seit diesem Zeitpunkt zumindest eine angegliederte Organisationseinheit von *La Confédération Suisse*. Deshalb können ihre Beschlüsse allerspätestens seit diesem Datum keine rechtliche Wirkung entfalten. Weil aber der Bundesrat alle Gesetze in Kraft setzt und die Bundeskanzlei diese Geschäfte vorbereitet und umsetzt, sind schon seit dem Jahre 2002 sämtliche Inkraftsetzungen nichtig, bzw. ohne Legitimität. Es bleibt noch zu ergänzen, dass auch schon ältere Erlasse ungültig sind, hinter denen ein perfider Betrug (Art. 146 StGB) liegt, der von einer kriminellen Organisation (Art. 260ter StGB) umgesetzt wird.

Der Zürcher Kantonsrat offenbart sich mit dem Unternehmensnamen *«Kantonsrat während des Ratssitzungen»* und wird als Parent bzw. als Subsidiary beschrieben. Weitere Angaben fehlen, aber diese genügen, um ihn als eine Kapitalgesellschaft zu entlarven. Analog wird es auch bei den übrigen Parlamenten der Fall sein. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Übrigens hat der Zürcher Kantonsrat seine Parlamentsdienste bereits im Jahre 1996 verselbständigt.[101] Wurden sie bereits damals in eine Kapitalgesellschaft überführt?

7.5 Wirtschaftsdaten und deren Quellen

Die verschiedenen Wirtschaftsdaten stammen von den beiden privaten Datenbanken monetas.ch und dnb.com. Man muss die jeweiligen Einträge der beiden Datenbanken zusammenfassen, um eine bessere Übersicht zu erhalten.[98, 102] Gemäss dnb.com gibt es in der Schweiz mehr als 7000 sogenannter «behördlicher» Unternehmen.

Bei einer mündlichen Anfrage vom 16. November 2021 bei Dun & Bradstreet Schweiz AG wurde ganz entwaffnend eingestanden, dass die verwendeten Daten von den Handelsregistern, vom Zefix (Handelsamtsblatt) sowie vom Bundesamt für Statistik stammen. Bei der schriftlichen Anfrage wurde mit Schreiben vom 30. November 2021[103] mit Rücksicht auf «Geschäftspartner» nur noch angegeben, die Daten stammten aus öffentlichen Quellen (SHAB, schweizerisches Handelsamtsblatt) sowie von Inkassounternehmen / Geschäftspartnern oder Firmeninterviews.

Die genannten Organisationen sind damit nichts anderes als Geschäftspartner von Dun & Bradstreet Schweiz AG und Unternehmen im Sinne des Fusionsgesetzes.

Wo es Rauch hat, gibt es Feuer, und es ist bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, dass die vor der Öffentlichkeit verborgenen Detail-Akten der Privatisierungen jeweils bis auf eine Ausnahme vollständig sind. Die fehlende Akte ist jene des Volksentscheids.

Solange niemand direkt aussagen will, muss deshalb zuerst das Handelsregisteramt untersucht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Mitarbeiter keinen Zugang zu diesen Daten haben. Dies wird über die Software gesteuert. Diese Software wurde durch die DV Bern AG entwickelt und das gleiche Unternehmen hütet auch für die meisten Handelsregisterämter die Daten auf ihren eigenen Servern. Sie liegen daher nicht beim Handelsregisteramt oder gar beim Kanton, sondern bei privaten Dritten. Inwieweit die DV Bern AG die staatszersetzenden Abläufe mitverantwortet, wird sich weisen. Jedenfalls ist

---

101 https://zuonline.sich-erinnern.ch/Traueranzeige/Bruno-Rickenbacher - Wird nicht mehr angezeigt, jedoch bei Suche aufgelistet.

102 www.brunner-architekt.ch → Politik → Diverse Korrespondenzen ab 2020 → Allgemein → Liste von Behörden und Ämter mit Handelsregistereintrag **und**
www.brunner-architekt.ch → Politik → Diverse Korrespondenzen ab 2020 → Allgemein → Liste von amtsanmassenden Unternehmen mit richtigem Handelsname

103 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG, vom 30. November 2021

davon auszugehen, dass sie bzw. einzelne Funktionäre dieses Unternehmens hier eine wichtige Rolle spielen.

7.5.1 Die Herkunft der D-U-N-S®-Nummer

Das Data Universal Numbering System, abgekürzt als DUNS oder D-U-N-S, ist ein proprietäres System, das von Dun & Bradstreet (D&B) entwickelt und verwaltet wird und einer einzelnen Geschäftseinheit eine eindeutige numerische Kennung zuweist, die als „DUNS-Nummer" bezeichnet wird. **Es wurde 1963 eingeführt**, um die Kreditauskunftspraxis von D&B zu unterstützen. **Es ist weltweit Standard**. Zu den DUNS-Benutzern gehören u.a. die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen, die Regierung der Vereinigten Staaten und Apple. **Mehr als 50 globale Industrie- und Handelsverbände erkennen, empfehlen oder fordern DUNS.** Die DUNS-Datenbank enthält über 300 Millionen Einträge über Unternehmen auf der ganzen Welt.

Letzteres bedeutet, dass globale Gesellschaften schon in der Vergangenheit von ihren Kunden eine DUNS-Nummer verlangten, wie betroffene Schweizer mitgeteilt haben. Die DUNS-Nummer muss demzufolge als eine der Vorbereitungen auf eine allgemeine weltweite Handelsregisternummer betrachtet werden. Alle beobachtbaren Entwicklungen deuten darauf hin.

Seit 2003 verlangte die amerikanische Bundesregierung, dass für sie tätige Unternehmen eine DUNS-Nummer aufweisen müssen. Am 4. April 2022 hat die US-Bundesregierung die Verwendung der DUNS-Nummer zur eindeutigen Identifizierung von Unternehmen eingestellt. Jetzt verwenden Unternehmen, die mit der Bundesregierung «Geschäfte» machen, die in SAM.gov erstellte eindeutige Entitäts-ID. Sie müssen nicht mehr auf die Website eines Drittanbieters gehen, um ihre Kennung zu erhalten. Dieser Übergang ermöglichte es der Regierung, den Prozess zur Identifizierung und Validierung von Rechtsträgern damit zu begründen, es werde für Rechtsträger einfacher und weniger belastend sein, Geschäfte mit der Bundesregierung zu tätigen. Das wird zumindest behauptet.[104]

Das Geschäftsgebaren von Dun & Bradstreet

Die Wirtschaftsauskunftei Dun & Bradstreet mit Sitz in Florida bietet Unternehmensinformationen an und ist seit Jahren führend bei der Erstellung von Berichten über die Zahlungsmoral von Kleinunternehmen. Sollten diese Angaben, vor allem betreffend die Bonität nicht den Tatsachen entsprechen, so hat das für die betroffenen Unternehmen fatale Konsequenzen.

Dun & Bradstreet hat es dabei nicht so genau genommen, vor allem, wenn es um kleine Unternehmen ging. Aufgrund der Angaben ist davon auszugehen, dass dahinter eine Absicht steht, da die kleinen Unternehmen in den gesamten Vereinigten Staaten bei Kreditauskünften durchwegs mit falschen und ungenauen Informationen – meist zu ihrem Nachteil – beurteilt wurden.

Wenn D&B damit konfrontiert wurde, weigerte sie sich, die Quellen dieser falschen Informationen zu benennen. Stattdessen drehte sie den Kunden ein Produkt namens 'Credit-builder' (Kreditwürdigkeitsprüfung) zum Kauf an. Deswegen wurde Klage eingereicht. Ein Bezirksgericht in Washington hat den Antrag von D&B auf Abweisung der Klage abgewiesen.[105] Weitere Angaben sind nicht vorhanden.

Bis zum Beweis des Gegenteils muss befürchtet werden, dass dahinter der Vorsatz steckt, die kleinen Unternehmen aus dem Geschäft zu drängen. Das Vorgehen passt perfekt in die babylonische Absicht, die Marktmacht immer mehr zu zentralisieren.

In der Schweiz ist es so, dass sämtliche Wirtschaftsauskünfte, die sich auf Betreibungen oder Konkurse beziehen, seit Anfangs der 70er Jahre, dem Beginn der Justizwillkür, mit Vorsicht zu geniessen sind.

---

104 https://www.gsa.gov/about-us/organization/federal-acquisition-service/office-of-systems-management/integrated-award-environment-iae/iae-systems-information-kit/unique-entity-identifier-update

105 https://www.change.org/p/randy-cow-dun-bradstreet-t-should-be-investigated-by-the-fbi-see-class-action-allegations

Spätestens seit 1974 sind Betreibungen und Konkurse, die mit dem «Segen» eines Gerichtes durchgeführt wurden, nichtig, weil die Gerichte gemäss Art. 6 EMRK ab diesem Zeitpunkt weder unabhängig noch unparteiisch urteilten. Siehe dazu das Kapitel 2, Die stillen politischen Veränderungen in der Schweiz. Dazu kommt, dass seit der illegalen Privatisierung der staatlichen Institutionen so oder so alle Betreibungs- und Konkursverfahren betrügerisch sind, da sie ohne öffentlich-rechtliche Legitimation erfolgten. Entsprechend sind alle Bonitätsauskünfte der verschiedenen Anbieter über die betroffenen Unternehmen und Menschen grundlegend in Frage zu stellen. Das betrifft nicht nur Dun & Bradstreet Schweiz AG, sondern grundsätzlich alle Anbieter von Wirtschaftsauskünften.

Bei D&B kommt erschwerend hinzu, dass sie die Handelsregisterdaten veröffentlicht, womit sie bestätigt, dass sie Kenntnis von der illegalen Privatisierung hat. Diese Veröffentlichung erfolgt im Auftrag von Babylon, weil die offiziellen Stellen das nicht tun können. Auf diese Weise wird die illegale Privatisierung dennoch bekannt gemacht, so dass niemand «behaupten» kann, diese Tatsache sei nicht kommuniziert worden.

7.6 Die Veränderungen der Machtverhältnisse durch die Privatisierung

Es ist schwierig, die im Nationalismus aufgewachsenen Völker umzuerziehen und sie an die Idee zu gewöhnen, ihre Souveränität an übernationale Organisationen abzutreten. Denn die Vorstufe einer Weltregierung bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als die Zerstörung der nationalen Souveränität der Staaten. Das ist gleichbedeutend mit der Überführung der Macht in eine Hand voll supranationaler, nicht gewählter Organisationen.

Bernhard der Niederlande (1911-2004) Ganzer Name: Bernhard Leopold Friedrich Eberhard Julius Kurt Karl Gottfried Peter Prinz zur Lippe-Biesterfeld, Prinz der Niederlande. Erster Vorsitzender der Bilderberger. Mitglied der SS und gleichzeitig ging er bei der englischen Königin ein und aus.

Die machtpolitische Bedeutung der Umwandlung von öffentlich-rechtlichen Institutionen zu Kapitalgesellschaften darf nicht ausser Acht gelassen werden, denn sie ist der Schlüssel für die illegale Umwandlung.

7.6.1 Die hoheitliche Bedeutung der Umwandlung

Im bisherigen Politsystem steht formell das Volk an oberster Stelle, auch wenn es faktisch keine Macht besitzt. Bei einer grossen Aktiengesellschaft mit vielen Kleinaktionären ist es ähnlich, da die tatsächlichen Machtstrukturen ebenfalls verdeckt funktionieren.

Bei den öffentlich-rechtlichen Institutionen ist das oberste Organ je nach Organisation die Volksabstimmung, die Landsgemeinde oder die Gemeindeversammlung. Diese werden auf Stufe Staat von den Regierungen bzw. Stadträten geleitet und in den Gemeinden von den Gemeinderäten.

Anschliessend folgt im Staat oder in den Städten das Parlament, welches Kontrollfunktionen gegenüber der Regierung bzw. dem Stadtrat ausüben müsste. Formell wird das natürlich umgesetzt, doch effektiv sind die Kontrollen nicht, weil sie schon aufgrund des Pflichtenhefts untauglich sind. Bei den Gemeinden gibt es ebenfalls nur das mit beschränkter Kompetenz ausgerüstete Kontrollorgan der Rechnungs- (RPK) oder Geschäftsprüfungskommission (GPK). Diese Kommissionen hatten früher sehr viel grössere Kompetenzen als heute. Die schrittweisen Einschränkungen der Kontrollmacht wurden wiederum durch die Parlamente und Regierungen erlassen. Weiteres siehe in Kapitel 5, *Unser manipuliertes Rechtssystem*.[6]

Erst nachher folgen die Regierungen bzw. Stadt- oder Gemeinderäte. Sie waren bisher direkt für die Führung der ihnen unterstellten Ämter / Abteilungen etc. verantwortlich.

Alle Parlamente, Regierungen, Stadt- und Gemeinderäte als Organe werden mit Ausnahme des Bundesrates vom Volk gewählt.

Vergleich der Systeme		
Aktiengesellschaft	**Staat**	**Gemeindeorganisation**
Aktionäre	Volk	Volk
Generalversammlung	Volksabstimmung / Landsgemeinde	Gemeindeversammlung
Verwaltungsrat	Parlament	RPK oder GPK
Geschäftsleitung	Bundesrat / Regierung	Gemeinderat
Die verschiedenen angegliederten Organisationseinheiten, wie Ämter / Abteilungen und Betriebe	Die verschiedenen angegliederten Organisationseinheiten wie Ämter / Abteilungen und Betriebe	Die verschiedenen Ämter / Abteilungen und Betriebe

Mit der illegalen Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in Aktiengesellschaften, der Société anonyme, wurden die einzelnen Organe in der Öffentlichkeit nicht nur anonymisiert, sondern die Machtverhältnisse wurden dazu massiv verschoben. Zuoberst haben wir nicht mehr das Volk, sondern neu die Aktionäre. Selbst wenn das Volk noch Eigentümer sein sollte, wird es kaum zu einer Generalversammlung eingeladen. Trotzdem werden Generalversammlungen abgehalten, die aber nur im kleinen Rahmen stattfinden.[106] Wer namentlich dabei ist, wird in der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Bei einer legal gegründeten Aktiengesellschaft obliegt es den Aktionären, zu entscheiden, ob sie ihre Gesellschaft mit einer anderen fusionieren oder ob sie sie in Teilen oder als Ganzes verkaufen wollen. In unserem Fall sind die an der Generalversammlung teilnehmenden Funktionäre nicht mit dem Volk identisch.[106] Das bedeutet, mit der Privatisierung wurde das Volk wieder um seine Macht geprellt.

Wie oben beschrieben, wurde im Fusionsgesetz nicht nur der Rahmen definiert, wie zu fusionieren und zu spalten sei, sondern ohne Wissen und Einverständnis des Volkes vorgeschrieben(!), dass die Institutionen zu Kapitalgesellschaften umzuwandeln seien. Um diesen Prozess voranzutreiben, wurde die Handelsregisterverordnung sukzessive verändert.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass das Volk mit der heimlichen Privatisierung durch Parlamente, Regierung, Gerichte und Verwaltung nicht nur um sein Vermögen, sondern vor allem um seine Macht gebracht wurde. Das war ein weiterer Schritt, mit dem das Volk enteignet und entmündigt werden sollte.

Der springende Punkt dabei ist, dass die Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften heimlich vollzogen wurde, ohne das Volk dazu zu befragen. Einzige Ausnahme bilden dabei einige wenige Volksbefragungen in den Gemeinden, als es darum ging, deren technischen Betriebe zu privatisieren. Diese Ausnahmen bilden rechtlich ein Präjudiz, welches von genau diesen Drahtziehern selbst geschaffen wurde. Es bedeutet, dass demnach auch für alle anderen Privatisierungen staatlicher Organe und Institutionen zwingend das Volk hätte befragt werden müssen. Damit haben die babylonischen Drahtzieher selbst den Beweis erbracht, dass diese Privatisierung ein klassischer und gewaltiger Betrug (Art. 146 StGB) ist. Aus der Geschichte ist genügend belegt, dass diese Eigenmächtigkeit jedoch kein Einzelfall ist, sondern eine lange Tradition hat.

Diese Entwicklung zeigt korporativ-faschistische Elemente. Korporativer Faschismus ist die Verschmelzung von Staat und Wirtschaft, wobei staatliche Kompetenzen auf Privatunternehmen übertragen werden. Dieser Prozess der verdeckten, illegalen Umwandlung von Behörden und Ämtern hin zu privaten Kapitalgesellschaften dient der konsequenten Umsetzung des babylonischen Ziels: Der blinden und absoluten Unterwerfung der gesamten Menschheit unter die selbsternannte Elite, die Herrschaft von Babylon.

---

106 https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-2594.html

7.6.2 Die organisatorische Bedeutung der Umwandlung

Unter den einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen waren die Parlamente formell die oberste Macht im Staat. Diesen waren die Regierungen und die Gerichte untergeordnet. Mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht wurde diese Unterstellung faktisch aufgehoben und sie wurden den Parlamenten hierarchisch gleichgestellt.

Wenn man die Verfassungsänderungen der letzten zwei, drei Jahrzehnte genauer analysiert, stellt man fest, dass es eine stetige Machtverschiebung von den Parlamenten hin zu den Regierungen gab. Mit der still vollzogenen Reorganisation der Parlamentsdienste gab es eine weitere Verschiebung der Macht hin zu den Regierungen. Das wird auch von Insidern bestätigt, so u.a. vom Babylonier Thomas Dähler. Er sass von 1991 bis 2003 im Zürcher Kantonsrat und präsidierte ihn 2002/2003. Er half als Kantonsrat in den 1990er Jahren mit, einen «modernen» Parlamentsdienst aufzubauen. Dähler wurde 2004 vom basellandschaftlichen Landrat zum Leiter des Parlamentsdiensts ernannt. Er war 2004 für den Aufbau eines regierungsunabhängigen Parlamentsdiensts zuständig, indem er die vom Grossen Rat beschlossene Parlamentsreform umsetzte. Auf den 1. Juli 2004 wurde unter seiner Leitung die Grossratskanzlei in einen regierungsunabhängigen Parlamentsdienst überführt, als direkt dem Grossen Rat unterstellte Stabsstelle.[107] Dähler sagt auch:

> *Das Parlament sei zwar das oberste Organ. Das mächtigste Organ sei aber «die Regierung mit ihrem riesigen, professionellen Apparat im Hintergrund. Es hat eine Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive gegeben», also vom Parlament hin zur Regierung.*[108]

Mit der Privatisierung der staatlichen Institutionen (weitestgehend in Aktiengesellschaften) fand eine weitere Machtverschiebung statt, bei der das Volk noch mehr entmachtet wurde.

In einer Aktiengesellschaft gibt es drei Hauptorgane: Die Generalversammlung, den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung. Der Verwaltungsrat wird von der Generalversammlung, d.h. den Aktionären, gewählt und die Geschäftsleitung wird vom Verwaltungsrat bestellt. Betrachten wir den Staat als Aktiengesellschaft, so finden wir am Beispiel des 'Kantons Zürich' den *Kantonsrat während des Ratssitzungen* als Tochtergesellschaft des 'Kantons'. Der 'Kanton Zürich' ist ebenfalls eine Tochtergesellschaft, und zwar gegenüber der Muttergesellschaft 'Schweizerische Eidgenossenschaft', aber für alle Organisationseinheiten des 'Kantons' selbst ist er in der Holding-Struktur gleichzeitig die Muttergesellschaft. Das bedeutet, der 'Kantonsrat' als angeblich höchstes Organ im Kanton ist der Geschäftsleitung bzw. dem Verwaltungsrat der Unternehmung 'Kanton Zürich' unterstellt.

Das Volk wählt jedoch weder den Verwaltungsrat der einen noch der anderen Unternehmung, sondern lediglich die Mitglieder des Parlaments. Bei der Geschäftsleitung des Parlaments können wir davon ausgehen, dass diese die Nachfolgerin des ehemaligen Büros des Kantonsrates ist, und dass deren Mitglieder aus dem Parlament bestellt werden. Wer sitzt jedoch im Verwaltungsrat des Parlaments? Der Verwaltungsrat steht wie aufgezeigt über der Geschäftsleitung, weshalb er ihr Weisungen erteilen kann. Und wer sitzt in der Geschäftsleitung und im Verwaltungsrat der Muttergesellschaft 'Kanton Zürich'? Formell ist es nicht die 'Regierung', denn diese ist zusammen mit der Verwaltung ebenfalls der Muttergesellschaft 'Kanton Zürich' unterstellt. Diese Funktionäre wurden noch nie öffentlich gewählt.

Das ist nicht nur im Kanton Zürich so, sondern auch in allen anderen Kantonen, im Bund und in den Städten und Gemeinden. Wer sitzt in diesen Geschäftsleitungen bzw. Verwaltungsräten und erteilt den Parlamenten, den Regierungen, den Gerichten und den Stadt- und Gemeinderäten die entsprechenden Weisungen? Diese Funktionäre wurden nie vom Volk gewählt. Damit stellt sich die Gretchenfrage: Von wem wurden sie denn dann gewählt bzw. ernannt und wer erteilt ihnen die Direktiven?

Gemäss den beiden Wirtschaftsdatenbanken werden als Hauptgeschäftsleiter des Kantons Zürich der ehemalige Staatsschreiber Beat Husi (1995-2018) und die heutige Staatsschreiberin Kathrin Arioli (ab

---

107 https://www.polizei.bs.ch/nm/2018-der-grosse-rat-verabschiedet-parlamentsdienst-leiter-thomas-daehler-gr.html

108 https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/pensionierung-ich-hatte-einen-logenplatz-im-basler-staatstheater

2018) genannt. Gemäss ihrer Funktion als Staatsschreiber sind sie formell lediglich die Ausführungsgehilfen der Regierung und stehen weit unter dem Parlament. Wer hat sie als Geschäftsleiter gewählt und wer sitzt im Verwaltungsrat?

Martin Bornhauser war von 2006 bis 2014 Stadtpräsident von Uster. Er sass von 1991 bis 2002 im Kantonsrat und präsidierte ihn 2001/2002. Nach den Wirtschaftsdatenbanken ist Bornhauser bei der Mutter- bzw. Tochtergesellschaft der *Direktion der Justiz und des Innern* u.a. als Zeichnungsberechtigter sowie bei der Mutter- bzw. Tochtergesellschaft *Generalsekretariat der Direktion der Justiz + des Innern* als Verwaltungsratspräsident aufgeführt. Das Generalsekretariat wurde im Jahre 2014 «incorporated». Interessanterweise sitzt die Vorsteherin der *Direktion der Justiz + des Innern* nicht im Verwaltungsrat des Generalsekretariats. Das bedeutet, dass die Entscheide nicht von den «Gewählten» gefällt werden.

Wie sagte doch der ehemalige bayerische Ministerpräsident und Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer (1949-):[109]

> *Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt ... und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.*

Der oben zitierte Thomas Dähler sass ebenfalls in beiden Unternehmen als Zeichnungsberechtigter bzw. als Verwaltungsrats-Vizepräsident. Beide, Bornhauser und Dähler sind Babylonier. Das wird höchst wahrscheinlich auch auf Husi und Arioli zutreffen, ansonsten wären sie mit Sicherheit nie als 'Staatsschreiber' ausgewählt worden.

Anhand des Organigramms der Stadt Zürich kann festgestellt werden, dass der städtische Gemeinderat nur als Stabsstelle eingezeichnet ist.[110] Demzufolge ist er nur eine folkloristische Organisation, die keine wirkliche Macht besitzt, ein blosser Debattierklub, der zum Schein agiert und die Themen und Abläufe vorgesetzt bekommt. Ganz unter dem Motto: Alle diskutieren mit, aber keiner weiss, worüber.

7.6.3 Ergänzendes

Mit der Inkraftsetzung des Fusionsgesetzes wurden die wichtigsten politischen Mandatsträger und die Chefs der Verwaltungen indoktriniert. Man hat ihnen erklärt, sie könnten sich mehr «unternehmerische» Beweglichkeit verschaffen, indem sie «ihre» Institution in eine Kapitalgesellschaft umwandeln würden, was nun sowieso Pflicht sei. Selbstverständlich wurde diesen unbedarften Verwaltern wohlweislich nicht erklärt, welche Konsequenzen so eine Umwandlung hat. So konnten sie sich dabei noch gebauchpinselt fühlen, weil sie fortan nicht mehr irgendein grauer Verwalter waren, sondern Geschäftsführer oder dergleichen in einer Unternehmung, die ihnen die (vermeintliche) Freiheit gebe, beliebig schalten und walten zu können. Das Vortragsskript der babylonischen Rechtsanwälte Frei Steger Grosser Senti in Altstätten, PDF, erstellt im Mai 2004, legt hierzu eindrücklich Zeugnis ab.[111]

7.7 Zusammenfassung

> *Wahr aber bleibt, dass die grössten Ungerechtigkeiten von denen ausgehen, die das Übermass verfolgen, nicht von denen, die die Not treibt. Man wird ja nicht Tyrann, um nicht zu frieren.*
> *Aristoteles, 384-322 v.u.Z*

---

109 ARD: Horst Seehofer (1/2) bei Pelzig unterhält sich 20.05.2010 - HD - Part 2 / 9
http://www.youtube.com/watch?v=f1XJ9v6iV4Q#t=4m30s

110 https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Stadtrat%20%26%20Stadtpraesident/grafik-und-foto/230101_organigramm_stzh.pdf

111 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Vortragsskript der babylonischen Rechtsanwälte Frei Steger Grosser Senti betreffend der Privatisierung

Damit ist der vollständige Nachweis erbracht, dass es politische Absicht war, die Institutionen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln.

- Zu diesem Zweck wurden alle möglichen Massnahmen ergriffen, um die Bekanntmachung dem Schein nach formell aufrecht zu erhalten. Aber gleichzeitig wurden alle erdenklichen Mittel eingesetzt, um die Offenlegung zu verhindern oder zumindest stark einzuschränken.
- Dazu schlossen sich nicht nur Parlamente, Regierungen, Gerichte und Universitäten zusammen – wie schon bei der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht – sondern bei dieser «Privatisierung» wirken bis heute auch die Juristen, insbesondere die Anwälte, alle politischen Parteien und Verbände sowie die Medien geschlossen mit. Das sind keine blossen Behauptungen, sondern dies lässt sich anhand der bundesrätlichen Botschaft und der Handlungen und Unterlassungen der verschiedenen Beteiligten beweisen.
- Laut Fusionsgesetz haben sich die Institutionen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Jede Umwandlung müsste jedoch zwingend einem Volksentscheid unterliegen, weil es dabei jedes Mal um eine Einschränkung der Volksrechte geht. Andernfalls wäre die Entmachtung ein Betrug am Volk. Bis auf die erwähnten Ausnahmen wurde dieser Betrug tatsächlich in ungeheurem Ausmass vollzogen, weil nie eine Zustimmung des Volkes eingeholt wurde. Auf betrügerische Vorgänge deuten nicht nur die eigenmächtigen, weitestgehend geheim gehaltenen Umwandlungen hin, sondern auch die hierzu erfolgten Absprachen zwischen den beteiligten Organisationen.
- Mit den wenigen Ausnahmen, bei denen eine Volksbefragung durchgeführt wurde, wurde ausgerechnet von jenen ein Präjudiz für das zwingende Erfordernis der Volksbefragung zu den Staatsprivatisierungen geschaffen, die nun noch angestrengt versuchen, das Gegenteil zu behaupten.
- Nachdem das Fusionsgesetz eine Umwandlung verlangt, zeigen sich auch die verschiedenen Einträge in den privaten Wirtschaftsdatenbanken als folgerichtig. Die Aussagen der Dun & Bradstreet Schweiz AG bestätigten – ob mündlich oder schriftlich – dass die verwendeten Eintragungsinformationen von verdeckten, aber tatsächlich vorhandenen Schweizer Handelsregistereinträgen stammen.
- Gemäss dem gültigen Recht müssten aber die neuen Unternehmen nicht nur im Handelsregister öffentlich einsehbar sein. Sie hätten auch zwingend im Handelsamtsblatt publiziert werden müssen, da sie ansonsten keine Rechtspersönlichkeit erlangen. Solange diese Pseudo-Unternehmen keine Rechtspersönlichkeit besitzen, kann ihnen auch keine Legitimation übertragen werden.
- Weiter müssten diese Unternehmen als Kapitalgesellschaften im Minimum die Kurzbezeichnung der Rechtsform (z.B. AG oder GmbH) in ihrem Firmennamen tragen.
- Mit der eigenmächtigen Umwandlung in Kapitalgesellschaften – ohne Volksentscheide – verschwanden gleichzeitig auf einen Schlag die vormals staatlichen Institutionen und deren hoheitliche Legitimation, die nicht auf die Pseudo-Unternehmen übertragen werden konnte. Auch die vorgebliche «Legitimation durch Wahlen» ist nicht mehr gegeben, da die Urnengänge seit den illegalen Privatisierungen nicht von legitimierten Organen organisiert und rechtskonform durchgeführt werden konnten. Die Wahlen sind seither nur noch Schall und Rauch.
- Da diese Pseudo-Unternehmen keine Rechtspersönlichkeit besitzen, haften all ihre Angestellten für ihr Tun und Lassen als Firmenfunktionäre privat und mit ihrem eigenen Vermögen.

Damit ist die eigenmächtige Umwandlung als widerrechtlich und betrügerisch bewiesen.

Da es offenbar Absicht ist, diese Rechts-Tatsachen weiter zu ignorieren, in der Meinung, es könne immer munter so weitergehen, begehen alle Angestellten dieser Pseudo-Unternehmen gewerbsmässig Verbrechen. Dabei stehen je nach Tätigkeit u.a. folgende Straftatbestände gemäss Strafgesetzbuch (SR 311.0) im Vordergrund:

- Körperverletzung, Art. 122/123
- Veruntreuung, Art. 138
- Raub, Art. 140
- Betrug, Art. 146
- Ungetreue Geschäftsbesorgung, Art. 158
- Nötigung, Art. 181

- Freiheitsberaubung, Art. 183
- Hausfriedensbruch, Art. 186
- Urkundenfälschung, Art. 251
- Unterstützung einer kriminellen Organisation, Art. 260ter
- Gefährdung der verfassungsmässigen Ordnung, Art. 275
- Amtsanmassung, Art. 287

Die Angestellten dieser Pseudo-Unternehmungen müssen sich endlich überlegen, wie viele entsprechende Verbrechen sie noch begehen wollen. Es ist absehbar, dass diese Verbrechen nicht ungesühnt bleiben werden, weil sich das Volk dies alles nicht mehr lange bieten lässt.

Alle Unternehmen und Private, die mit diesen illegalen Pseudo-Unternehmen Handel treiben oder deren Vorgaben und 'Weisungen' umsetzen, begehen dabei ebenfalls Verbrechen, weil sie auf diese Weise zumindest Mittäter sind, eine kriminelle Organisation unterstützen und mithelfen, die verfassungsmässige Ordnung weiter zu untergraben.

Folgende Branchen und Bereiche sind dabei betroffen:

- Liegenschaftenverwaltungen, die einen Betreibungsauszug einer privaten Pseudo-Unternehmung *Betreibungsamt* verlangen und/oder den Ein- und Auszug von Mietern der privaten Unternehmung *Einwohnerkontrolle* melden.
- All jene, die Beherbergungen anbieten, wurden seit Mitte des 16. Jahrhunderts verpflichtet, die neu ankommenden Gäste den 'Behörden' zu melden.[112] Wenn diese Unternehmen heute diese Meldungen immer noch vollziehen, so liefern sie geschützte private Daten an diese privaten Pseudo-Unternehmungen, d.h. rechtlich gesehen an die einzelnen Funktionäre, weil diese Unternehmen formell nicht existieren.
- Schlüsselservices, die im «Auftrag» einer privaten Pseudo-Unternehmung (Polizei, Konkursamt, Betreibungsamt etc.) Schlösser aufbrechen, damit diese in fremde Räume eindringen können.
- Jedes Inkasso, das über das Betreibungs- und Konkursamt abgewickelt wird, ist ungültig, unabhängig davon, ob die Forderung zu Recht besteht oder nicht. Der Grund liegt eindeutig darin, dass die erforderlichen, hoheitlich legitimierten «Ämter» nicht mehr existieren, sondern nur noch vorgetäuscht werden. Sollte die Forderung von einer Pseudo-Unternehmung stammen oder sich auf eine Norm oder einen Entscheid einer Pseudo-Unternehmung berufen, so sind diese Forderungen grundsätzlich ungültig. Dies betrifft nicht nur die gewerblichen Inkasso-Unternehmen, sondern auch Unternehmungen, insbesondere auch Krankenkassen und Private, die Forderungen eintreiben, oder beispielswiese auch Sicherheitsunternehmen, die Bussen aufgrund von vorgeblichen 'richterlichen Verboten' kassieren.
- Bei den Anwälten kommt dazu, dass sie bei 'Rechts-Händeln' ihre Klienten doppelt betrügen. Sie gaukeln ihnen einerseits die Legitimität des Gerichtes vor, das keine mehr besitzt, weil die 'Richter' keine hoheitliche Befugnis mehr haben und nur Amtsanmassung betreiben. Andererseits fordern sie von ihren Klienten für diesen Betrug auch noch schamlos Geld.[79]
- Die ehemals staatlichen Pseudo-Unternehmungen können ihr Spiel mit dem Volk nur dank der Mittäterschaft der Banken treiben, weil diese Zahlungen für und zugunsten von Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit ausführen. Die Banken haben diesen Betrug bis ins kleinste Detail institutionalisiert, indem sie in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen vorgeben, sie müssten die verschiedenen Gesetzte der 'zuständigen Behörden' einhalten, obwohl solche gar nicht mehr existieren, sondern nur Pseudo-Unternehmungen ohne Rechtspersönlichkeit.[113]
- Auch jede Baubewilligung ist ungültig. Das ist besonders erheblich bei sensiblen Anlagen wie Mobilfunkantennen, insbesondere im 5G-Standard, der ein erhebliches gesundheitliches Risiko für das ganze Volk darstellt.

---

112 www.brunner-architekt.ch → Politik → Eidgenössische Abstimmungen → Das Passwesen, vom 02.04.2009

113 www.brunner-architekt.ch → Politik → Div. Korrespondenzen ab 2020 → Private Unternehmen → Banken und Wertpapierhäuser → Brief an die Geschäftsleitungen aller Banken und Wertpapierhäuser, 18. Januar 2023

- Ebenfalls nichtig sind die 'Vergabelizenzen' für 4G (2012) und 5G (2019) durch die Aktiengesellschaft Eidgenössische Kommunikationskommission (ComCom) an die Mobilfunkbetreiber. Diese erfolgten samt und sonders ohne hoheitliche Legitimation, weshalb alle Betreiber illegal senden.
- Auch Arbeitgeber, die im Auftrag des 'Betreibungsamtes' Lohnpfändungen bei ihren Angestellten vornehmen, werden zu Mittätern beim Betrug. Die Arbeitgeber, welche Beiträge für AHV/IV, SUVA und Arbeitslose an diese Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit schicken, überweisen sie an unberechtigte, unbekannte, private Dritte. Sie begehen daher Vertragsbruch gegenüber ihren Angestellten. Sollten diese Gelder nicht mehr zweckgebunden und vollständig zur Verfügung stehen, so haften die Arbeitgeber für den Schaden und dessen weitere Folgen direkt.
- Alle Versicherungen, die eine Motorfahrzeug- oder Schiffsversicherung anbieten, kooperieren mit den verschiedenen Pseudo-Unternehmen namens 'Strassenverkehrs- und Schifffahrtsämtern', womit sie diese gewerbsmässig unterstützen.
- Alle Mitbeteiligten an der KESB-Einmischung ins Privatleben Einzelner sind ebenfalls privat haftbar, wenn sie ermöglichen, dass Gelder aus Erbschaften, Vermögensverwaltung etc. in private, unlegitimierte Kanäle fliessen und/oder die Freiheit der Menschen nötigend eingeschränkt wird.
- Diese Liste könnte noch beliebig weitergeführt werden.

Abschliessend muss festgestellt werden, dass analoge kriminelle Privatisierungen in vielfältiger Art und Weise in jedem Nationalstaat auf der ganzen Welt stattfinden und globale Akteure daraus Profit schlagen. Das einzelne Vorgehen ist von der jeweiligen politischen Geschichte abhängig und erfordert vertiefte, individuelle Recherchen. Wir beschränken uns hier jedoch schwerpunktmässig auf das Land Schweiz.

8. Die Geschichte wiederholt sich

Der Glaube an das Gedruckte ist seit Gutenberg einer der mächtigsten Aberglauben dieser Welt. *Ludwig Marcuse (1894-1971), Deutscher Philosoph und Schriftsteller, Vertreter der Frankfurter Schule*

Zum gröbsten Aberglauben gehört der Aberglaube der Gelehrten, dass der Mensch ohne Glauben leben könne. *Giuseppe Mazzini (1805-1872), Italiener, Jurist, Revolutionär, Hochgradfreimaurer und Mitglied des Komitees der 300*

Sowohl aus Kapitel 7, Behörden und Ämter als Unternehmen, als auch aus Kapitel 2, Die stillen politischen Veränderungen in der Schweiz, geht eindeutig hervor, dass nicht nur die drei sozialen Mächte gegen das Volk agieren und sich mittels Täuschungen für unbekannte Dritte und deren Profit beim Aussaugen der Menschen beteiligen. Sie werden zusätzlich von den Universitäten und Medien und einem ganzen Heer weiterer Wölfe im Schafspelz unterstützt.

Betrachten wir die Schweizer Geschichte etwas genauer, so war es in der Vergangenheit nie so, dass die Initiative für einschneidende, einschränkende Veränderungen vom Volk ausging. Dies gilt auch für alle anderen Länder weltweit. Tatsache ist, dass solche Veränderungen immer künstlich durch verschiedene (meist schmerzhafte) Eingriffe herbeigeführt wurden, die alle von Babylon über deren Geheimgesellschaften vorbereitet und gesteuert wurden. Die heimliche Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht und die illegale Privatisierung der Institutionen sind nur zwei inzwischen aufgedeckte Ereignisse, die erst langsam ins Bewusstsein der Menschen eindringen. Nennenswerte Verhaltensänderung dank Einblick in die Zusammenhänge und Abläufe geschieht meist nur langsam. Aber jetzt drängt die Zeit, denn die zerstörerischen Kräfte wissen, dass sie das Spiel bereits verloren haben und agieren mit verzweifelter Anstrengung.

BRUNNER

Die Hintergründe der Zerstörung der Lehre der drei Welten

Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen

Kurzfassung

Stand 28. März 2024

Download:

https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/analyse_religionen_kurz.pdf

Dieser Aufsatz ist öffentlich und darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Im Internet darf er nur angeboten werden, wenn der Zugang direkt und uneingeschränkt ist. Ein Download mit einem speziellen Zugang (z.B. Angabe des Mails u.a.m.) ist nicht gestattet und ebenfalls nur mit den technisch minimal erforderlichen Cookies.

Einleitung

> *Derjenige muss in der Tat blind sein, der nicht sehen kann, dass hier auf Erden ein grosses Vorhaben, ein grosser Plan ausgeführt wird, an dessen Verwirklichung wir als treue Knechte mitwirken dürfen.* *Winston Churchill (1874-1965), englischer Premierminister, Freimaurer und Mitglied des Komitees der 300*

Das, was nachstehend schematisch skizziert wird, ist eine kurze Übersicht aus der Analyse *Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen*[1] sowie weiterer Ergänzungen u.a. aus *Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen)*[2].

Ausgangslage ist das goldene Zeitalter, von dem Ovid, Platon und andere berichteten. Diese Zeitalter entstanden, weil damals die Lehre der drei Welten[3] praktiziert wurde und diese Schulen bzw. deren Meister der Gesellschaft Halt gaben. Deshalb lebte sie in Eintracht sowie ohne Kriege und Missgunst.[3] Die fortlaufende Weitergabe dieser Lehre von Generation zu Generation wird als eine goldene Kette bezeichnet. Sogar der Hochgradfreimaurer Albert Pike beschrieb[4] die Gründe, weshalb sich Babylon davor fürchtet, womit die Erklärungen im Aufsatz *Herrschaft*[5] bestätigt werden. Diese Zeitalter dauerten jedoch nicht ewig, denn sie wurden in Zyklen von Weltenbränden abgelöst. Dahinter steckt die Unfähigkeit des Menschen, sich nicht mit einem Mittelmass zu begnügen, um die Spitzen, insbesondere der Weltzerstörung, wie wir sie jetzt erleben, zu vermeiden. Dahinter stecken die beiden Triebe *Wuwei* (griechisch *philía*) als der natürliche Trieb und *Youwei* (griechisch *neíkos*) als der gesellschaftliche Trieb. Es ist tradiert, dass *philía* mit der Göttin Aphrodite und *neíkos* mit dem Gott Ares identisch ist.[3]

Die Veränderungen in Babylon und Ägypten

> *Mangelnde Originalität gilt überall und auf der ganzen Welt seit jeher als die wichtigste Eigenschaft und Empfehlung des aktiven, effizienten und praktischen Menschen.*
> *Fjodor Michailowitsch Dostojewski (1821-1881), russischer Schriftsteller*

Um die Herrschaft über die Menschheit zu erringen, muss man deshalb diese Lehre zerstören, denn ein Meister oder auch Fortgeschrittene dieser Lehre könnten jederzeit die Lügen der Möchtegernherrscher aufdecken und widerlegen, so dass sie dieses Ziel nicht erreichen können. Deshalb mussten diese Meister und Schulen zerstört werden. Das konnte nicht einfach so offensichtlich umgesetzt werden, ansonsten die Absicht in breiten Kreisen ruchbar geworden wäre. Deshalb musste die Lehre mittels Salamitaktik verändert und zerstört werden. Sokrates war der erste heute noch bekannte Meister, der unter solchen fadenscheinigen Behauptungen «demokratisch» liquidiert wurde. Die Justiz war schon damals wie heute Helfershelfer dieser Entwicklung, weshalb Platon, ein Schüler von Sokrates, warnte:

> *Die schlimmste Art der Ungerechtigkeit ist die vorgespielte Gerechtigkeit.*
>
> *Die äusserste Ungerechtigkeit ist die, welche unter dem Schein des Rechts begangen wird.*
>
> *Tyrannei entsteht auf natürliche Weise aus der Demokratie.*

Angefangen hat das Ganze vor rund 6000 Jahren in Babylon, weshalb diese Drahtzieher und Komplizen als Babylonier bezeichnet werden.

Diese Veränderung kann aufgrund der Literatur bei den Ägyptern sehr gut nachvollzogen werden, sofern man etwas Kenntnis von der Lehre der drei Welten besitzt. Der Verfasser besitzt dieses Wissen. Auch bei

---

1 https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/analyse_religionen.pdf

2 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen) → Kurzfassung. https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zerstoerung_3_welten_kurzfassung.pdf

3 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Einführung in die Lehre der drei Welten https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/einfuehrung_in_die_lehre_der_drei_welten.pdf

4 Pike Albert, *Morals and Dogma of the Ancient and Accepted Scottish Rite of Freemasonry*, 1871, PDF-Page 36-37 und 41. http://www.archive.org/details/moralsdogmaofanc00pikeiala

5 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Herrschaft → Kapitel 3.1 https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/herrschaft.pdf

den Griechen ist es möglich, die Vorgänge bei der Ablösung der verschiedenen Göttergenerationen philosophisch zu enträtseln.

Das was bei den Ägyptern umgesetzt wurde, ist allgemein in der Abraham-Nimrod-Legende[6] beschrieben. Die ursprüngliche Dreiheit der Lehre der drei Welten wurde vermenschlicht (inkarniert), womit das rein Spirituelle philosophisch materialisiert und die Begriffe (Metaphern) als Götter (Osiris, Isis und Horus) bezeichnet wurden. Anschliessend wurde Osiris zum Gott Re erhoben, als Sonnenscheibe dargestellt und angebetet. Der Pharao (König) trat die Nachfolge des Sohnes Horus an.

Diese Veränderungen waren die Grundlage für die Revolution von Pharao Echnaton im 15. Jahrhundert v.u.Z., an der «Moses» beteiligt war. Echnaton proklamierte nur noch den einen Gott Aton (Sonnenscheibe) und die anderen wurden entfernt. Das war der Anfang der monotheistischen Religion. Diese Periode dauerte nur 17 Jahre, weil die Revolutionäre von den Gestürzten vertrieben wurden. Den biblischen Auszug der Juden aus Ägypten gab es nie. Dieser war lediglich die Flucht dieser babylonischen Revolutionäre, welche um ihr Leben rannten. Die Juden gab es damals noch nicht.

Die Entstehung des Judentums

> *Ich war schockiert, als ich erfuhr, dass das Judentum grundsätzlich satanisch war, weil es danach strebt, Gott zu verdrängen. Das Judentum war im Grunde in einem Stammeskrieg gegen die Menschheit verstrickt. Die jüdische Religion lehrt Juden, Nichtjuden zu hassen und zu fürchten. Das ist der ultimative Rassismus auf dem Planeten.*[7] *Michael Berg (1985-), Jude*

Aus dieser ersten monotheistischen Ideologie von Echnaton entstand über fast tausend Jahre der babylonisch-monotheistische Götterkult nur mit dem Gott Jahwe. Aus diesem Götterkult entwickelte sich die erste monotheistische abrahamitische Religion, das Judentum. Das alte Testament ist kein Geschichtsbuch, weil es keine historischen Fakten liefert. Zudem wurde der Kanonisierungsprozess des Tanach (hebräische Bibel, entspricht dem alten Testament) erst vor dem Ende des 1. Jhd. u.Z. abgeschlossen.

Infolge der Auflagen des seleukidischen Königs entwickelte sich im 2. und 1. Jahrhundert v.u.Z. der Makkabäeraufstand (Makkabäus = Hammer), der brutal geführt wurde. Der Grund war, dass die Juden nicht mehr ihren Kult ausüben durften und zudem selbst die jüdische Oberschicht begann, die Lehre der drei Welten zu praktizieren. Die orthodoxen Juden, bzw. die Babylonier, konnten sich schlussendlich durchsetzen, weshalb das Judentum überlebte. Der Makkabäeraufstand muss als die erste antichristliche und kommunistische (babylonische) Verschwörung bezeichnet.

Später trat auf einmal Jesus in der Öffentlichkeit resolut auf und kritisierte das damalige Gesellschaftssystem. Jesus war aufgrund der Beschreibung seiner Fähigkeiten ein Meister der Lehre der drei Welten. Er wusste daher, wovon er sprach. Das machte den Babylonier nochmals einen Strich durch die Rechnung,[4, 5] weshalb sie ihr Konzept ändern mussten, um die Menschheit an eine Hierarchie zu binden, die nur von ihnen abhängig ist.

Die Entstehung des Christentums

> *Der Glaube an die Erbsünde hat die wahre Erbsünde geschaffen. Das Christentum predigte so lange die Bösheit der menschlichen Natur, bis diese wirklich böse wurde.*
>
> *Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972),*
> *Freimaurer und Mitglied des Komitees der 300*

Deshalb entstand das Konzept des Christentums, wiederum als monotheistische abrahamitische Religion, wobei im 2. und 3. Jahrhundert zuerst mit der Gnosis alles verwirrt und verdreht wurde. Die Zeit

---

6 Uehlinger Christoph, W*eltreich und «eine Rede». Eine neue Deutung der sogenannten Turmbauerzählung (Gen 11, 1-9)*, Universitätsverlag Freiburg und Vandenhoeck & Ruprecht, 1990, 654 Seiten, ISBN UVF 3727806974, ISBN V&R 3525537336, Seite 193, PDF 210.
https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/149989/1/Uehlinger_1990_Weltreich_und_eine_Rede.pdf

7 https://www.henrymakow.com/2017/11/Young-Israeli.html

der Gnosis wird gemäss Christian Rakowski, einem bolschewistischen Politiker und Hochgradfreimaurer,[8] als die zweite antichristliche und kommunistische Verschwörung bezeichnet. In der Zeit der Gnosis entstanden verschiedene ideologische Gruppen, beispielsweise die Bogomilen, die später noch eine Funktion haben sollten. Jesus war kein Religionsgründer, denn er wurde später wie Buddha zu einem gemacht.

Im römischen Reich wurde eine Vielzahl von Göttern angebetet, die wie bei den Griechen und anderen Völkern immer auf die Lehre der drei Welten zurückgeführt werden können. Die ursprünglichen Begriffe erhielten je nach Kultur einen anderen Namen, wobei alle bis auf einzelne heute unbekannt sind. Während des römischen Kaisertums (1. Jhd. v.u.Z. bis 7. Jhd. u.Z.) begann eine stetige schleichende Sakralisierung.

In der Antike

Mit der Konstantinischen Wende von 313 wurde die freie Religionsausübung gestattet. Mit dem Dreikaiseredikt von 380 wurde das Christentum zur Staatsreligion des Römischen Reiches erhoben. Ausser dem Judentum war keine andere Religion gestattet. Nun wurde dieses Edikt brutal durchgesetzt. Jeder musste andere religiöse Praktiken aufgeben und sich fortan taufen lassen. Jene, die die Lehre der drei Welten praktizierten, mussten aufgeben, fliehen oder wurden erschlagen. Beispielsweise durften auch keine seidenen Kleider mehr getragen werden, sondern nur noch kratzige Wolle. Das gesamte gesellschaftliche Leben wurde auf diese Weise auf den Kopf gestellt.[9] Das war der Grund, weshalb Europa ins dunkle Mittelalter stürzte. Die Zeit der Einführung des Christentums ist lediglich die Vorlage für den heutigen Great Reset, nur wird er 30-mal schneller, gründlicher und weltweit umgesetzt.

Mit dem Christentum wurde eine befehlsgebende Organisation aufgebaut. So entstand eine hierarchische Organisation mit Bischöfen (Vorsteher) von Landesteilen als regionale Führungszentren, die direkt Rom unterstanden. Ihnen unterstellt waren die verschiedenen, im Entstehen begriffenen Klöster, in denen die Mönche stationiert waren. Der Bischof von Rom war das Oberhaupt und wurde ab 384 Papst genannt. Der erste Bischof von Rom war Apostel Petrus. Er wurde nicht von Jesus ernannt, wie behauptet wird.

Die neue Ideologie wurde an mehreren Konzilen immer genauer definiert, damit sie einheitlich umgesetzt wurde. Entscheidend war dabei die Einführung des Filioque, weil es die Grundlage für den hinterlistigen Betrug mit Jesus liefert. Zudem entstanden verschiedene Orden, die begannen zu missionierten, zuerst im römischen Reich, nachher in den angrenzenden Regionen und schlussendlich weltweit.

Im 7. Jahrhundert gründet die Katholische Kirche den Islam als «Konkurrenzorganisation» bzw. als Antithese zu sich selbst bzw. zum Judentum (These). Der Islam hatte bisher im Wesentlichen lediglich den Auftrag seine territorialen Grenzen auszudehnen.

Im Mittelalter

Die territoriale Gründung des Vatikans als Staat begann 728 mit der Schenkung von Sutri und ihr folgte die Pippinische Schenkung von 751. Mit der Konstantinischen Schenkung aus dem Jahre 315 u.Z., einer Urkunde an Papst Sylvester I., wurde die Macht «formell» vom römischen Reich an die Kirche übertragen. Leider hat es daran einen Haken, denn sie wurde im 15. Jhd. als eine Fälschung des 8. Jhd. entlarvt. Trotzdem setzten sich die Päpste als Vertreter von Babylon durch. Nur sie konnten einem Kaiser die formelle Macht übertragen, indem sie ihn salbten, erstmals bei Karl dem Grossen.

Wie souverän beispielsweise der König von England, Johann I., war, zeigt sich, dass er im Jahre 1213 genötigt wurde, seine Krone den Templern, als Vertreter des Vatikans, abzutreten. Deshalb auch der Name Johann Ohneland (ohne Land). Gleichzeitig mietete er die Krone für 1000 Mark Sterling pro Jahr zurück. Das war damals ein enorm hoher Betrag, weshalb die englischen Barone rebellierten und es in

---

8 *Rakowsky-Protokolle*, auch bekannt unter dem Titel "*Sinfonia en rojo major*" (english: "*Red Symphony*")
www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/rakowski_protokolle.pdf

9 Nixey Caterine, *Heiliger Zorn. Wie die frühen Christen die Antike zerstörten*, DTV, 1. Auflage 2019, 400 Seiten, ISBN 978342104775.

der Folge zum Abschluss der Magna Charta kam.[10, 11] Die englische Krone gehört dem Vatikan, weshalb es das englische Königshaus nicht mehr lange geben wird. In welchen Ländern war es ebenfalls so?

In diesen Klöstern wurden unter den Fittichen von Rom u.a. die Grundlagen für die Universitäten entwickelt. Die heutigen Universitäten sind daher nichts anderes als Ableger der Kirche, also von Babylon. Somit wird offensichtlich, dass die Universitäten nur das veröffentlichen dürfen, damit die dahintersteckende Ideologie nicht enttarnt wird, um die Menschheit dorthin zu führen, wo Babylon sie haben will.

Spätestens in der Renaissance «erinnerte» man sich wieder an die Schriften von Platon, die nun vom Griechischen ins Lateinische übersetzt wurden. Weil die Lehre der drei Welten damals praktisch nicht mehr bekannt war, wurde der Inhalt – natürlich, aber auch vorsätzlich – falsch übersetzt. Daraus wurde die Schulwissenschaft gezimmert, die an den Universitäten gelehrt wird, die alles Spirituelle verweigert. Dafür brauchte es aber noch einige Anstrengungen. Aus diesem Grund müssen alle «wissenschaftlichen» Experimente unter definierten Bedingungen wiederholbar sein, damit sie als «Beweis» gelten. Da Materie nichts anderes als ein Geist und damit eine Illusion ist, wie sogar die Quantenphysik bestätigt, funktioniert diese Vorgehensweise nur bedingt.

Die verschiedenen Kreuzzüge wurden nicht planlos durchgeführt, denn auch sie verfolgten eine Absicht. Jene in den Orient waren für die Teilnehmer sehr kostspielig, weshalb sie Ländereien verkaufen und Rechte gegen Entgelt an die Städte abtreten mussten. Daraus entstanden die freien Städte und die Länder folgten später. Nur in den Städten durfte Handwerk und Handel betrieben werden. Auf diese Weise stand alles unter Kontrolle. Weiter wurden Kreuzzüge gegen die verschiedenen Ketzer geführt. Die genannten Bogomilen gehörten ebenfalls zu diesen Ketzern, gingen jedoch ein, dafür entstanden für sie die Katharer. Die Zeit der Ketzer war die Vorbereitungsphase für die babylonische Reformation, die Luther 1517 auslöste.

In der Reformation und Neuzeit

Mit der Reformation wurde die Autorität der Pfaffen und Mönche aufgeweicht, weil nun jeder selbst in der Bibel lesen durfte und mit dem Wegfall der Ablassgebühren, fiel auch deren wirtschaftliche Grundlage weg. Durch die Trennung von Geistlichem und Weltlichem löste sich der Staat von der Bevormundung durch die Kirche. Eine der Folgen der Reformation war der Kongregationalismus, einer Form der christlichen Gemeindeverfassung. Dadurch wurde den Gläubigen in der Gemeinde eine Art Demokratie gewährt; jene in politischen Dingen folgte später. Die Reformation war somit eine Vorbereitung für die Zeit der Aufklärung.

Die babylonische Rosenkreuzerbewegung im 17. Jhd. hatte direkte Auswirkungen auf die «Wissenschaft», indem die Menschen angeregt wurden, ihre Vernunft zu gebrauchen und vor allem aus der Bibel Erkenntnis zu holen, die sie nicht verstanden. Deshalb phantasierte jeder irgendetwas und daraus entstanden neue Ideologien. In den anderen gesellschaftlichen Bereichen war es genau gleich. In England entstand dazu 1660 die Royal Society mit dem Ziel, die Forschung auf dem Gebiet der Naturphilosophie im Sinne der Universitäten zu fördern.

Die Zeit der Aufklärung war die Vorbereitungsphase der Französischen Revolution. Diese wurde versteckt durch die verschiedenen babylonischen Geheimgesellschaften vorbereitet. Dazu wurde die Freimaurerei ins Leben gerufen, die nicht von den Steinmetzen abstammt, sondern um den englischen Bürgerkrieg als politische Kampforganisation gegründet wurde. Diese Mitglieder wurden im Geheimen politisch geschult. In dieser Zeit entstanden unzählige und vielfältige Druckerzeugnisse zu allen Themen.

Mit dem Merkantilismus entstand in Frankreich der Absolutismus, indem die Bauern und Arbeiter immer mehr unterdrückt wurden, so dass die Französische Revolution lediglich das Entlastungsventil für den aufgestauten Druck war. Organisiert wurde sie nicht von Bauern und Arbeiter, die weder lesen noch schreiben konnten, sondern von London aus über die verschiedenen babylonischen Geheimorganisationen. Die Freimaurerei bestätigt selbst, auch wenn sie sich gleichzeitig distanziert, dass sie den Kern

---

10 https://en.wikipedia.org/wiki/John,_King_of_England

11 Walter Veith, 07 Die teletransportablen, nachhaltigen, strahlenden Prinzen, Teil 1, ab ca. 35 min. https://www.youtube.com/watch?v=yB34KHdK2Ys

dieses Aufstandes bildete.[12] Es war die Bourgeoisie, das Bürgertum, die die Herrschaftsordnung des Feudalismus überwand und damit die progressive Klasse war.

Mit der Französischen Revolution und vor allem mit den Napoleonischen Kriegen wurde ganz Europa erstmals auf die kommenden Ereignisse der Nationalstaatengründungen vorbereitet. 1848/49 brannte ganz Europa und daraus entstanden die Nationalstaaten als sogenannte «Demokratien». Diese Revolutionen wurden durch die babylonischen Geheimorganisationen verdeckt geführt. Sie nisteten sich von Anfang an in der Politik und der gesamten Staatsverwaltung ein und blieben seither. Exakt bevor die Revolution begann, wurde das kommunistische Manifest[13] veröffentlicht. Daraus wird nur eine Forderung zitiert: Abschaffung des bürgerlichen Eigentums! Für Marx war damals das Proletariat die progressive Klasse.

Die Vatikanischen Konzile und deren Folgen

Das Erste Vatikanische Konzil von 1870 war die Vorbereitung auf die Öffnung der Kirche, die mit der Weltmissionskonferenz von 1912 eingeläutet und dem Ökumenischen Rat der Kirchen nach dem Vorbild des Völkerbundes bzw. der Vereinten Nationen 1948 umgesetzt wurde. Es war der Anfang der Ausarbeitung einer katholischen Soziallehre, einer Vorstufe zum Kommunismus.

Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil von 1962 bis 1965 wurde vor allem die Soziallehre ausgebaut, die in der Kirche der Armen gipfeln wird (Zitat von Papst Franziskus: «Ich will eine arme Kirche für die Armen!»). Die Kirche wendet sich nun nicht mehr nur an deren Mitglieder, sondern sogar an alle Menschen schlechthin. Zusammen mit der durchgeführten «Liberalisierung», die parallel zur Globalisierung erfolgte und dem Weltkirchenrat, zeigt sich, dass die Kirche das weltweite religiöse Monopol haben will. Aus den verschiedenen Texten geht hervor, dass die Kirche ebenfalls Geburtshelferin der Europäischen Union war. Die EU ist aber ebenfalls nur eine Folge der beiden Weltkriege. Die Grundlagen für die EU wurden noch von den Nazis entworfen, gehen jedoch auf den Freimaurer, einem späteren Mitglied des Komitees der 300, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und sein Buch *Paneuropa*[14], und damit auf Babylon zurück.

In seinem Buch *The Great Reset* schrieb der Gründer des babylonischen World Economy Forums (WEF), Klaus Schwab: *«In 10 Jahren (bis 2030) werden Sie nichts mehr besitzen, und Sie werden glücklich sein.»* Papst Franziskus erklärte zudem: «*Schwab sei wichtiger als Jesus Christus*.» Das bedeutet, das WEF und die Kirche verfolgen die gleiche Absicht, denn hinter beiden steckt Babylon. Aber nicht nur das, denn Schwabs Forderung enthält ausdrücklich die Forderung des Kommunistischen Manifests, womit offensichtlich wird, dass alle auf unterschiedliche Weise am gleichen Strick ziehen. Damit wird einmal mehr bestätigt, wie langfristig und gründlich geplant wird.

Die Prophezeiungen gehen in Erfüllung

Der amerikanische Hochgradfreimaurer Albert Pike hat 1871 dem italienischen Revolutionär Giuseppe Mazzini nicht nur erklärt, wie die ersten beiden Weltkriege entstehen, sondern auch, wie der Dritte Weltkrieg umgesetzt wird.[15] Nach seiner Prophezeiung werden die Zionisten (These) gegen die Moslems (Islam, Antithese) kämpfen. Spätestens seit dem 7. Oktober 2023 können wir zusehen, wie sich dieser Dritte Weltkrieg entwickeln wird.

Weil die Regierungen der christlichen Länder Israel bedingungslos unterstützen, wird es nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen den Zionisten und Moslems geben, sondern auch zwischen Christen und Moslems. Das ist u.a. auch eine Folge der Indoktrination durch die babylonische Holocaust-Ideologie. Aber ausgerechnet zu diesem Zweck wurden unter dem Deckmantel des dringenden Fachkräftemangels

---

12 *Vom freimaurerischen Auftrag der Geschichte*. http://www.internetloge.de/arstzei/geschi.htm

13 Marx Karl / Engels Friedrich, *Manifest der kommunistischen Partei*, www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen. https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/marx_manifest.pdf

14 Coudenhove, *Paneuropa*, Pan-Europa-Verlag, 1924, 184 Seiten. www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen. https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/coudenhove_paneuropa.pdf

15 http://www.threeworldwars.com/albert-pike2.htm **und/oder** http://www.conspiracyarchive.com/2015/01/10/albert-pike-to-mazzini-august-15-1871-three-world-wars/

infolge der Globalisierung immer mehr Ausländer und immer mehr Moslems in die christlichen Länder geholt. Damit die immer augenfälliger werdenden Diskrepanzen nicht publik werden, muss dafür gesorgt werden, dass Mahner mundtot gemacht werden, weil sonst die Menschen aufwachen könnten. Dafür ist primär der Rechtsstaat[5], das ist der babylonische Unrechtsstaat, geschaffen worden und ihm mit dem Strafgesetzbuch mit dem Anti-Rassismus-Artikel ein elegantes Werkzeug in die Hand gelegt worden, um diese Mahner zum Schweigen zu bringen. Deswegen machte die SVP unter dem Bilderberger Christopf Blocher im Abstimmungskampf zur Anti-Rassismus-Strafnorm 1994 einen sogenannten Strategiewechsel, nachdem er bei seinem Chef, dem B'nai Brith-Bruder Sigi Feigel[16], antreten musste, um die drohende Abweisung zu verhindern. Die B'nai Brith kontrolliert gemäss dem Historiker Wolfgang Eggert die Freimaurerei über deren Hochgrade.[17] Mit dem Treffen von Blocher und Feigel haben wir die Bestätigung, dass es so ist. In Kanada sollen solche Mahner bereits lebenslänglich weggesperrt werden.[18]

Das babylonische Bundesgericht trug ebenfalls das ihrige dazu bei, indem es die Einbürgerung von einem politischen Akt, wer im gleichen Haus leben darf, zu einem Verwaltungsakt degradierte und damit allen ein Recht einräumte, in diesem Haus zu leben. Damit wurden die Bewohner, die Stimmbürger, entmündigt. Die Richter taten dies vorsätzlich, obschon sie entgegen der Europäischen Menschenrechtskonvention weder unabhängig noch unparteiisch sind.[19] Mit diesem Entscheid lieferten die Richter sogar den Beweis, dass sie von Babylon abhängig und damit parteiisch sind.

Bis zum Jahr 2050 werden mindestens 4 Milliarden «nutzlose Esser» durch begrenzte Kriege, organisierte Epidemien und tödliche, rasch wirkende Krankheiten und durch Hunger ausgerottet werden.[20] Das ist nur der Anfang, denn nach den Georgia Guidestones soll die Menschheit nur noch aus einer halben Milliarde bestehen.[21] Das wären noch rund 6 Prozent der heutigen Weltbevölkerung. Die Corona-Pandemie war Teil dieses Anfangs. Weitere Pandemien mit «Impfungen» wurden bereits angekündigt.

Gemäss der Malachias-Weissagung ist der jetzige Papst Franziskus der zweitletzte. Wenn der Dritte Weltkrieg vollzogen ist, wird nicht nur die katholische Kirche zerstört sein, sondern alle anderen Religionen ebenfalls. Der Grund liegt in der Tatsache, dass in den Religionen, wenn auch nicht viel, immer noch spirituelles Wissen vorhanden ist. Das muss verhindert werden, weil dieses Wissen die Herrschaft von Babylon gefährden könnte.[3, 4, 22] Die Menschen dürfen künftig nichts mehr von einer Seele wissen. Deshalb wird ihnen die Seele bzw. das geistige Potential mit Stress, Krankheit und seit einem Jahrhundert mit Impfungen zerstört, erst recht mit den Corona-«Impfungen». Seit der vorsätzlich künstlich ausgelösten Pandemie gab es bis Ende 2023 35 Millionen Tote.[23] Das ist nichts anderes als ein Völkermord, der von Babylon angeordnet, von der Politik umgesetzt und von der illegal privatisierten Staatsverwaltung durchgesetzt wurde. Alle diese Funktionäre haften privat.[24]

---

16 http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/gra_medienmitteilung_sigi_feigel_terrase.pdf

17 Eggert Wolfgang, *Israels Geheimvatikan*, alle drei Bände, 2002.
www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen
https://politik.brunner-architekt.ch/politik-literatur/politik-literatur-buecher/

18 14 Mär. 2024: Lebenslang für "Hassrede": Kanada will mit neuem Gesetz "Gefahren des Internets" bekämpfen
https://de.rt.com/nordamerika/199353-lebenslang-fuer-hassrede-kanada-plant/

19 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Das manipulierte Rechtssystem, Kapitel 4 bis 7
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem.pdf

20 Coleman John, *Das Komitee der 300: Mitglieder und Ziele des Komitees der 300*
www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/mitglieder_u_ziele_komitee300.pdf

21 https://de.wikipedia.org/wiki/Georgia_Guidestones

22 Carr William Guy, *Pawns in the Game*, Gadsby-Leek. Willowdale 1955, Seite 125-126
www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen
Genannte Passage in Deutsch: http://www.luebeck-kunterbunt.de/TOP100/Rabbi_Rabinovich.htm

23 https://github.com/TheEconomist/covid-19-the-economist-global-excess-deaths-model

24 www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Ideologie Behörden als Unternehmen → Die Privatisierung im Gesamtkontext
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/kontext_privatisierung.pdf

In den Medien ist bereits von einem Dritten Weltkrieg die Rede. Dieser wird nicht klassisch als militärischer Kampf umgesetzt, sondern mit flankierenden Massnahmen, u.a. auch mit der Gesundheit, der Ökonomie und dem Finanzsystem, entfacht, damit die Ursachen auf den ersten Blick nicht erkennbar sind. Dieser Weltkrieg hat nicht erst mit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 oder mit der Sonderoperation in der Ukraine begonnen. Er begann im Jahre 2020 mit der Corona-Pandemie. Die Corona-Pandemie ist ein Teil des Great Reset des WEF. Damit wurden die Menschen erstmals weltweit gezwungen, drastische Massnahmen gegen die Freiheit anzuwenden, um sich an die Zukunft «anzugewöhnen». Man muss sich auch bewusst sein, dass die illegale Privatisierung lediglich ein Teil der Globalisierung ist. Die Aussage von Schwab, *«In 10 Jahren (bis 2030) werden Sie nichts mehr besitzen …»* – nicht einmal den (eigenen) Staat! – bedeutet nichts anderes, dass das Kommunistische Manifest vollzogen wird. Deshalb gab es bereits vor zwei Jahrtausenden kommunistische Verschwörungen.

Die Funktion des Islam

> *Wie die Nazis haben auch die Kader des Dschihad einen Todeswunsch, der ihren Nihilismus besiegelt. Das Ziel einer Welt, die von einer Oligarchie regiert wird, die im Besitz germanischer Gene ist und je nach Bedarf andere „Rassen" töten oder versklaven kann, ist nicht unerreichbarer als die Idee, dass ein einzelner Staat, geschweige denn der Globus selbst, entsprechend regiert werden könnte dem Diktat eines angeblich heiligen Buches folgen. Dieser verrückte Plan beginnt damit, dass er sich die Talente (und die Rechte) der Hälfte der Bevölkerung verweigert, …*[25]
>
> *Christopher Hitchens, englischer Buchautor und Auslandskorrespondent*

Wie bereits ausgeführt, ist der Islam als Antithese zum Judentum bzw. Christentum als These bestimmt. Das bedeutet nicht, dass der Islam überleben wird, denn aus These und Antithese ergibt sich die Synthese. Diese Synthese wird eine neue Religion (Ideologie) beinhalten, die laufend den Bedingungen von Babylon angepasst werden wird.

Nun stellt sich die Frage, welche Rolle der Islam im Dritten Weltkrieg haben wird. Der frühere Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes, Ami Ayalon, lässt in einem Interview mit der FAZ durchblicken, in welche Richtung es gehen wird.[26] Ziel der Hamas sei es, die israelische Armee in die Städte zu locken – damit die Soldaten dort möglichst viele Zivilisten töten könnten. Danach würden sich die "arabische Strasse" und die internationale Gemeinschaft auf ihre Seite stellen und die Israelis folgen dieser Strategie bis ins Detail. So wird es passieren, denn sowohl auf Seiten der Hamas als auch auf Seiten der Israelis sitzt Babylon in deren Regierungen und Verwaltungen, die die vorgegebene Strategie umsetzen. Die Hamas wurde von den Israelis gegründet.

Deshalb wird dieser Krieg auf die christlichen Länder überschwappen und sich dort zu einem Bürgerkrieg ausweiten. Dabei werden auch Attentate, ob spontan oder langfristig gegen die andere Seite geplant, ausgeführt, wie wir sie immer öfter von einzelnen indoktrinierten Hitzköpfen zur Kenntnis nehmen müssen. Die Terroranschläge in Russland, sie werden momentan fälschlicherweise als Folge der Sonderoperation gedeutet, gehen jedoch genau in diese Richtung. Sie werden demnächst auch im Westen oder gar weltweit stattfinden.

Alle Sicherheitsdienste aller Länder kennen diese Entwicklung, lassen jedoch die Vorbereitungen gewähren, weil sie durch Babylon geführt und kontrolliert werden. Wenn alles ausbricht, ist es passiert und man stellt sich selbst vom Ausmass überrascht dar, obschon alles willentlich akzeptiert wurde.

Die Auflösung des Rätsels der Bibel

Nun stellt sich die Frage, wofür die Figur Jesus am Kreuz gebraucht wurde? Im Angelusgebet finden wir die Lösung. Da heisst es u.a.: «**Führe uns durch sein Leiden und Kreuz zur Herrlichkeit der Auferstehung.**» Zynischer könnte es nicht sein, denn das Leiden und das Kreuz sind u.a. der Dritte Weltkrieg mit den damit verbundenen Bürgerkriegen sowie den neuen Pandemien und die Herrlichkeit ist nichts anderes als die Versklavung unter der Herrschaft von Babylon, die dank der Ausbildung der «Elite» an den

---

25 Hitchens Christopher, The Enemy, 2011. https://archive.org/details/ChristopherHitchensTheEnemy

26 17.03.2024: *Israelischer Ex-Inlandsgeheimdienst-Chef: Tel Aviv hat die Hamas jahrelang gefördert* https://de.rt.com/der-nahe-osten/199654-israelischer-ex-inlandsgeheimdienst-chef-tel/

Universitäten erst recht ermöglicht wird. Aber diese «Elite» will es heute immer noch nicht erkennen, weil sie so tief im Sumpf steckt! Das ist der Grund, weshalb die Frankfurter Schule die Wissenschaft, also die konditionierten Absolventen der Universitäten, als die progressive Klasse bezeichnete. Deshalb heisst es auch in der Erklärung Gravissimum educationis[27] zum Thema Hochschule:

> *Mit den Hochschulen, insbesondere den Universitäten und Fakultäten hat das Konzil seine Sorge. In der Tat ist sie bei denen, … dass sich in ihnen die Erkenntnisse mehr und mehr vertiefen, die neuen Fragen und Forschungsergebnisse der voranschreitenden Zeit sorgfältige Beachtung finden und so tiefer erfasst wird,* ***wie Glaube und Vernunft sich in der einen Wahrheit treffen****. … Die Studenten dieser Anstalten sollen zu Menschen herangebildet werden, die in ihrer Wissenschaft bestens bewandert,* ***wichtigen Aufgaben im öffentlichen Leben*** *gewachsen und Zeugen des Glaubens in der Welt sind.*

Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Erziehung im menschlichen Leben einen ständig wachsenden Einfluss auf den gesellschaftlichen Fortschritt der Gegenwart habe. Deshalb sei die Erziehung der Jugend, ja sogar eine stetige Erwachsenenbildung vor allem dringlicher. Das bedeutet, über die (ideologische) Erziehung wird der Fortschritt gesteuert. Das Wort progressiv ist lediglich ein Synonym für fortschrittlich, also für Fortschritt, der in unerer Gesellschaft doch so vergöttert wird. Fortschritt bedeutet aber auch von etwas fortschreiten! Wovon schreiten wir fort? Von der Natur und damit der Lehre der drei Welten! Orwell bringt es in seinem Buch *1984* auf den Punkt: ***Fortschritt in unserer Welt bedeutet Fortschreiten zu grösserer Pein***. Erklärung siehe in *Einführung in die Lehre der drei Welten*[3].

Die Frankfurter Schule begann ihre Arbeit an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt. Die Folge dieser Schule war die 1968er-Revolution, die in den Universitäten entstand, mit der verschiedene gesellschaftliche Tabus gebrochen wurden. Das Ziel wird verallgemeinert mit eine «vernünftige Gesellschaft mündiger Bürger» anzustreben, umschrieben. Tatsächlich ging es darum, eine Vertiefung in den wissenschaftlichen Marxismus (Kommunismus) vorzunehmen, die als kritische Theorie bekannt ist. Aber dieses spiegelt sich in den Zielen des Zweiten Vatikanischen Konzils mit der Öffnung zur Welt und Menschenrechten.

Im Schreiben Ecclesia in Europa[28] heisst es in Position 44:

> *Die geheime Offenbarung (Offb 5,1) enthält den Schöpfungs- und Heilsplan Gottes, seinen detaillierten Entwurf für die ganze Wirklichkeit, für die Menschen, für die Dinge, für die Ereignisse.* ***Kein geschaffenes Wesen, weder im Himmel noch auf der Erde, ist imstande, «das Buch zu öffnen und es zu lesen» (Offb 5,3), das heisst seinen Inhalt zu verstehen.*** *In der Verworrenheit der menschlichen Wechselfälle vermag niemand die Richtung und den letzten Sinn der Dinge zu benennen.*
>
> *Denn allein Jesus vermag den darin enthaltenen Plan Gottes zu enthüllen und zu verwirklichen. Der sich selbst überlassene Mensch, mag er sich noch so anstrengen, ist nicht imstande, der Geschichte und ihren Ereignissen einen Sinn zu geben: Das Leben bleibt ohne Hoffnung. Allein der Sohn Gottes ist in der Lage, die Finsternis zu vertreiben und den Weg zu zeigen.*

Und in Position 122:

> *Die Frau, mit der Sonne bekleidet, die sich in Geburtswehen windet (vgl. Offb 12, 1-2), kann als das Israel der Propheten gesehen werden, das den Messias hervorbringt,* ***«der über alle Völker mit eisernem Zepter herrschen wird****» (Offb 12, 5; vgl. Ps 2, 9).* ***Aber sie symbolisiert auch die Kirche, das Volk des Neuen Bundes****, das der Verfolgung ausgeliefert und dennoch von Gott behütet ist.* ***Der Drache ist «die alte Schlange****, die Teufel oder Satan heisst und die ganze Welt verführt» (Offb 12, 9).*

Die drei Weltkriege sind kryptisch bereits in der Bibel enthalten, indem sie in der Offenbarung (Offb 9,12 und Offb 11,14) mit Wehe bezeichnet werden.

---

27 https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_gravissimum-educationis_ge.html

28 https://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost_exhortations/documents/hf_jp-ii_exh_20030628_ecclesia-in-europa.html

Die Schlange ist nichts anderes als *Ouroboros*, die den ewigen Kreislauf (5 Phasen, *Wujing*) des Lebens symbolisiert und der Teufel oder Satan ist nichts anderes als eine Degradierung und Verdrehung von Nimrod bzw. Osiris und Uranos, also des Jenseits (*Wu*).

Es ist nicht so, dass diese geheime Offenbarung nicht entschlüsselt werden kann, wie behauptet wird, denn sie wurde soeben entschlüsselt und zudem das begehütete Geheimnis der Kirche gelüftet! Aber diese Entschlüsselung rüttelt massiv an den Grundfesten der akademischen Ausbildung der Theologen und wie es bereits bei den Juristen mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht und der Privatisierung aufgezeigt wurde. Die Corona-Pandemie zeigte das gleiche Bild bei den Ärzten. Das alles passierte nicht zufällig, sondern ist die konsequente Folge der Religion, des Glaubens und nicht des Erfahrens. Diese Veränderungen waren nur Dank unseres babylonischen Schulsystems möglich, das von Babylon durch Kirche, Politik und Universitäten sowie mithilfe der Medien und der Wirtschaft der Bevölkerung gepriesen wurde. Schlussendlich wollte niemand ins dunkle Mittelalter zurück, nachdem uns die Wissenschaft so «bequeme» Erfindungen gebracht hatte und noch bringen wird, die uns frühzeitig unter den Boden bringen. So konnten wir uns nur noch auf das Geldverdienen und das Geldausgeben konzentrieren und alles andere, insbesondere die Politik, ausblenden und Dritten überlassen. Dabei ist anzumerken, dass wir das Wesen des Geldes wie vieles anderes immer noch nicht verstehen, jedoch in der Illusion leben, wir täten es!

Deshalb sträubt sich vor allem die akademische Elite, ob bewusst oder unbewusst, sei dahingestellt, diese Erkenntnis endlich zu akzeptieren, die in die Freiheit führen würde und der frühe Anfang, nicht eines goldenen, aber immerhin eines kupfernen Zeitalters sein könnte. Aber sie wollen nicht, weil sie ihr Gesicht vollständig verlieren würden und deshalb treiben sie die gesamte Gesellschaft in den Ruin, genau so, wie es die Herrscher von Babylon wollen.

Liebe und Hass

> *Wer sich auf die Masse (und deren Mehrheitsmeinung) einstellt und dieses grosse Biest als seine Gebieterin betrachtet, unterwirft sich den Bedürfnissen der Masse.*
>
> *Platon, Republik (493d)*

In der Antike bedeutete das Wort *philía* den natürlichen Trieb *(Wuwei)*, der nachher mit Liebe übersetzt wurde und das Wort *neíkos* den gesellschaftlichen, der nun Hass bedeutet.

Die heutigen Wörter Liebe und Hass haben daher nicht mehr die gleichen Bedeutungen. Vor allem wurde das Wort Hass mittels sozialer Normen instrumentalisiert, insbesondere mit Art. 261bis, Rassendiskriminierung, des Strafgesetzbuches. Dabei geht es nicht mehr darum, Aufrufe zu Hass gegen andere zu verhindern, sondern andere Meinungen und vor allem korrekte Sachverhalte, die den babylonischen Narrativen diametral entgegenstehen, zu unterbinden, wie der Verfasser selbst und wiederholt erfahren musste. Orwell *1984*[29] lässt mit dem Wahrheitsministerium grüssen.

Vor allem reizt das Thema Judentum beide Seiten, weil Babylon einerseits nicht will, was damit bezweckt wird, ansonsten deren Ziele in Frage gestellt werden könnten. Andererseits spornt das Unabhängige an, die «Wahrheit» zu verbreiten, wobei einzuschränken ist, dass dabei diese «Wahrheit» nie bis an den Anfang zurückverfolgt wird, sondern im Wesentlichen die Thematik der letzten beiden Jahrhunderte umfasst. Solange jemand den gesamten Zusammenhang nicht versteht, wird er oft in ein Fettnäpfchen treten, zumal Babylon in Gestalt der Staatsverwaltung alles unternimmt, diese herbeizureden. Zudem wachen die verschiedenen babylonischen Organisationen, u.a. die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) und der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), mit Argusaugen, das babylonische Narrativ zu bewahren.

Die Triebe Liebe und Hass sind jedoch zwei entgegengesetzte Emotionen. Emotionen kann man beliebig manipulieren. Nachdem wir feststellen mussten, was mit dem Dritten Weltkrieg beabsichtigt ist, wird das ganz bestimmt die Emotionen des Hasses zum Kochen bringen, erst recht, wenn man weiss, dass die beiden ersten Weltkriege dazu benutzt wurden, den nun begonnen Weltkrieg zu provozieren.

---

[29] Orwell George, Neunzehnhundert-Vierundachtzig, Originalausgabe Nineteen Eighty-Four, Diana, 21. Auflage 1973, 458 Seiten, ISBN ISBN 387158035X. www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/orwell_george_1984.pdf

Aber nicht nur den Hass kann man schüren, auch die Liebe. Liebe macht bekanntlich blind und untergräbt das eigene Ego, das eigene Selbst, auch wenn die einzelnen Spezies unterschiedlich stark darauf reagieren. Damit kann man die Menschen, zusammen mit der Emotion Angst, vortrefflich manipulieren und beherrschen.

Die Nächstenliebe ist so ein Teilgebiet. Früher ging es noch darum, Menschen in Notlagen zu helfen. Das war aber schon damals keine Nächstenliebe, sondern ein Akt der Menschlichkeit und der Verbundenheit, weil man nicht nur im gleichen Dorf wohnte, sondern oft auch der gleichen Sippe angehörte. Heute ist das anders, denn die von der Kirche gepredigte Nächstenliebe ist ein zentrales Gebot der christlichen und damit babylonischen «Ethik», denn wer Gottes Liebe erfahren hat, soll «seinen Nächsten lieben wie sich selbst». In Lev 19,18 wird ausgerechnet auf die Stammesgenossen Bezug genommen und nicht wie heute, auf die Willkommenskultur der fremden Facharbeiter, die den Westen überfluten und einen babylonischen Zweck erfüllen. Diese babylonische Nächstenliebe ist nichts anderes als ein Altruismus. Beim Altruismus-Syndrom geht es darum, dass ich jemandem helfe, mich aber gleichzeitig schädige. Das ist das Dogma, zu allem ja und Amen zu sagen.

Durch die Tora-Auslegung wurde Nächstenliebe auch ein Zentralbegriff des Christentums, der in der Ethik der Antike neben den Grundwert der Gerechtigkeit trat.

In der priesterlichen Eucharistie ist von der Selbstverleugnung die Rede. Wenn die Priester sich selbst verleugnen, dann wird diese Botschaft auch auf die Mitglieder der Kirche übertragen. Selbstverleugnung ist der Verzicht auf die eigene Führung und ist das Bereitsein für die Verfügungen eines Höheren. Vom Altruismus zur Selbstverleugnung ist es ein kleiner Schritt.

Was uns noch erwartet

> *Wenn wir an nichts glauben, wenn nichts eine Bedeutung hat und wenn wir keinerlei Werte bekräftigen können, dann ist alles möglich und nichts hat irgendeine Bedeutung.*
>
> *Camus Albert (1913-1960), französischer Schriftsteller und Philosoph*

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping gab im März 2019 bekannt[5, 30], dass es vom Sozialismus zum Kommunismus gehen werde, auch wenn es noch dutzende von Generationen dauern werde. Es wird das skrupelloseste und menschenverachtendste System sein, wie es die Menschheit noch nie zuvor erlebt hat, schrieb der Hochgradfreimaurer Carl Friedrich von Weizsäcker (1912-2007).[31]

Der Historiker Wolfgang Eggert schrieb, dass der Scientology-Gründer Hubbard[32] zur Vorbereitung eines neuen Äons zum Okkultisten Aleister Crowley (1875-1947), gegangen sei.[33] Für Crowley sei der normale Mensch nichts als ein programmierter Roboter ohne Entscheidungsfreiheit sei. Er habe aber die Möglichkeit, diesem Robotertum zu entkommen, indem er die Fiktion seines individuellen Ichs überwindet. Dazu gehört natürlich die Überwindung aller überkommenen Gesetze und Moralvorstellungen, Vorurteile, Vorlieben und Abneigungen.[34] Dieses Robotertum wird mit der vierten industriellen Revolution, sie ist ein Teil des Great Reset,[35] umgesetzt werden, auch wenn es (noch) nicht offen kommuniziert wird. Die Überwindung der überkommenen Gesetze und Moralvorstellungen ist nichts als der Nihilismus. Dieser Nihilismus träufelte auch von der kommunistischen Sowjetunion in den Westen.[36]

---

30 Deutsch: https://de.rt.com/asien/86683-chinas-praesident-xi-sozialismus-wird-siegen/
Chinesisch: http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2019-03/31/c_1124302776.htm?fbclid=IwAR3qlQXDn0yvKcx3ERGuJLMxwpPbKDo0iSiw1RSsKO7-7TykDDHB_TU2gCs

31 Weizsäcker, Der bedrohte Friede - heute in zwölf Punkten:
www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/weizsaecker_der_bedrohte_friede1.pdf

32 Weiteres dazu siehe im Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem», Kapitel 9.5, Scientology, ab Seite 149

33 Eggert Wolfgang, *Israels Geheimvatikan*. Band III, Seite 504 und 465ff.

34 Carmin E. R., *Das schwarze Reich. Okkultismus und Politik im 20. Jahrhundert*, Tegtmeier, 1994, 632 Seiten, ISBN 3924613303, Kapitel 3.2.15, Seite 49. www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/carmin_das_schwarze_reich.pdf

35 https://www.handelszeitung.ch/panorama/the-great-reset-was-steht-da-wirklich-drin

36 Golitsyn Anatoliy, *Der Perestroika-Betrug*, 1995, 305 Seite, Seite 23.

In Ecclesia in Europa[28] wird beschrieben, dass das Vergessen Gottes zum Niedergang des Menschen geführt habe. Deshalb sei ein grosser Freiraum für die Entwicklung des Nihilismus des Relativismus im erkenntnistheoretischen und moralischen Bereich, des Pragmatismus und sogar des zynischen Hedonismus in der Gestaltung des Alltagslebens entstanden. Aber ausgerechnet diese Eigenschaften werden gemäss Pike zur Durchführung des Dritten Weltkriegs gebraucht.[15]

Dieses «Vergessen von Gott» passierte, wie skizziert, nicht zufällig, denn dahinter steckt Kalkül, um den bestialischen Plan mit den drei Weltkriegen, in der Bibel kryptisch hinter den Geburtswehen versteckt, umzusetzen, damit die Herrlichkeit der Auferstehung, die Versklavung der Menschheit, in Erfüllung gehe.

Deagel-Liste

Im Internet wurde eine Deagel-Liste[37] verbreitet, die alle Länder der Erde auflistet und die Veränderungen der Bevölkerung und des Bruttoinlandsprodukts (GDP) der Jahre 2017 und 2025 vergleicht. Man kann nun davon halten was man will, jedenfalls wird offensichtlich, dass vor allem die westlichen und am stärksten industrialisierten Länder bevölkerungsmässig aber auch wirtschaftlich den grössten Aderlass haben werden, unabhängig davon, ob es bis ins Jahr 2025 passiert. Betrachtet man den wirtschaftlichen Einbruch, der bei Grossbritannien 92.1 %, bei den USA 85.4 % und in der Schweiz bei 66.4 % bei liegt, so bedeutet das, dass zumindest in grossen Teilen der westlichen Welt, ein kompletter wirtschaftlicher Zusammenbruch erfolgen wird. Weltweit beträgt der Einbruch im Mittel 15.9 %. Damit wird das Zitat von Schwab, *«In 10 Jahren (bis 2030) werden Sie nichts mehr besitzen …»*, brandaktuell.

Auch die Bevölkerung wird sich reduzieren: In Grossbritannien soll sie 77.1 %, den USA 72.4 % und in der Schweiz 33.1 % weniger sein. Weltweit sind es«nur» 4.9 % oder rund 350 Millionen Menschen.

Zur Erinnerung nochmals die Aussage von Pike: ***«… wir werden einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch provozieren …»***. Und wenn die Menschen nichts mehr besitzen und damit auch nichts mehr zu essen haben, werden sie jede Hemmung verlieren, ihr eigenes Leben zu sichern. Dann werden sie sprichwörtlich über Leichen gehen!

Dieses Ereignis wird alles übersteigen, das die Menschheit je gesehen hat. Nachher wird ein neues Zeitalter ohne Religionen eingeläutet. Deshalb sollte man die Äusserung von Pike lesen.[15]

Die Konsequenzen für die Funktionäre der Pseudo-Unternehmen

> *Wir leben im Zeitalter der Vorsätzlichkeit und des perfekten Verbrechens. Unsere Kriminellen sind keine hilflosen Kinder mehr, die sich auf Liebe als Entschuldigung berufen könnten. Im Gegenteil, sie sind Erwachsene und haben das perfekte Alibi: Philosophie, die für jeden Zweck genutzt werden kann – sogar um Mörder in Richter zu verwandeln.*
>
> *Camus Albert (1913-1960), französischer Schriftsteller und Philosoph*

Alle Funktionäre der inzwischen illegal privatisierten Institutionen, diesen Pseudo-Unternehmen, unterstützen diesen höchst kriminellen Prozess und fördern auf diese Weise nicht nur die Verarmung und Enteignung, wie sie das WEF und die Kirche fordern.

In der Corona-Pandemie haben sie sogar bewiesen, dass sie einen Völkermord gegen die eigene Bevölkerung organisierten und ihn mit Zwangsmitteln bar jeder Vernunft durchsetzten.

Es gibt verschiedene Ansatzpunkte, um diese Prozesse zu stoppen. Die einfachste, effizienteste und am besten zu verstehende Begründung, die von einer breiten Bevölkerung verstanden wird, ist die illegale Privatisierung. Weil keine Legitimation vorhanden ist, können alle «hoheitlichen» Handlungen sofort gestoppt werden.

Je länger es dauert, bis dieses Eingeständnis von Verwaltung und Politik akzeptiert wird, desto mehr Fakten werden geschaffen und je grösser wird das Elend werden. Da die Funktionäre dieser Pseudo-Unternehmen keine Legitimation besitzen, haften sie für ihre Handlungen privat, also zivil- und strafrechtlich. Dafür werden sie hiermit verantwortlich gemacht. Es kann sich deshalb niemand hinter einem Auftrag eines Vorgesetzten verstecken, weil sie so oder so alle privat haften. Im Weiteren gilt der Grundsatz: Nichtwissen schützt vor Strafe nicht!

---

37 https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Deagel-Liste.pdf